

20. Jahrgang

Nr. 4

Dezember 2009

Sozialimpulse

Rundbrief

Dreigliederung
des sozialen
Organismus

Klima und
Energie

Wirtschafts-,
Öko- und Kulturkrise

Burnout -
individuell und sozial

Betrachtungen
und Berichte

Initiativen
und Termine

Herausgegeben von der
Initiative Netzwerk Dreigliederung

Inhalt

Notiert - Aus dem Zeitgeschehen _____ 3

Klima und Energie

Die Kopenhagen-Konferenz und die Aufgaben nachhaltiger Entwicklung (Harald Spehl, Christoph Strawe) _____ 5

Wirtschafts-, Öko- und Kulturkrise

Ansätze zu ihrer Überwindung (Michael Rist) _____ 16

Burnout

Was stärkt und was schwächt die Lebenskräfte in Individuen und Gemeinschaften? (Christoph Strawe) _____ 22

Betrachtungen und Berichte

C. Hiß wird „Entrepreneur der Nachhaltigkeit“ __ 30

Geldschöpfung aus dem Nichts? (Michael Rist) __ 31

Klimaschutz-Finanzierung (WFC) _____ 31

Serie von Weltkonferenzen (Wilhelm Neurohr) __ 32

Lissabon-Vertrag (Wilhelm Neurohr) _____ 34

Bologna-Prozess (Thomas Brunner) _____ 36

Verwaltung des Bodens durch das Geistesleben (Rudolf Isler) _____ 37

Mehr Demokratie in Baden-Württemberg _____ 41

Minarett-Verbot _____ 41

Wahlkommission versucht Perlas-Kandidatur zu torpedieren - Aufruf _____ 42

„Winnability“ (Nicanor Perlas) _____ 43

Initiativen und Termine

Aktion ELIANT / HRE-Petition _____ 44

Studiengang Social Banking, International Summer School, Einführungstage (Katharina Beck) _____ 44

Sozialkundelehrer-Tagung _____ 46

Stuttgart Open fair und Weltsozialforum _____ 46

Veranstaltungen im Forum 3 _____ 46

Literatur

Kapital = Geist / Gentechnik / Geldbegriff _____ 47

Aufruf zum Kostenausgleich _____ 48

Fortbildungsseminare 2010 _____ 50

Studiengang Sozialentwicklung _____ 52

Impressum

Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus. Herausgegeben von der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. +49 (0) 711 - 23 68 950, Fax: 23 60 218, E-Mail: netzwerk@sozialimpulse.de, Internet: www.sozialimpulse.de. ISSN 1863-0480. Redaktion und Verwaltung: Dr. Christoph Strawe. Lektoratsberatung: Prof. Dr. Hellmut Fischmeister, Graz. Gestaltung: Marion Ehrsam. Logo: Paul Pollock. Es erscheinen vier Hefte pro Jahr. Versand (Abo) auf Bestellung und gegen Kostenbeitrag (Richtsatz für das volle Jahr EUR 20,-/CHF 35,-). Zahlungen bitte durch Geldschein oder Überweisung auf Konto-Nr. 1161625, Treuhandkonto Czesla, Baden-Württembergische Bank, BLZ 60050101 (IBAN: DE 65 6005 0101 0001 1616 25, BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST). Bitte jeweils das Stichwort „Rundbrief“ angeben. Bezieher in der BRD können uns auch eine Abbuchungsermächtigung schicken (bitte genauen Betrag angeben). Redaktionsschluss jeweils Anfang März, Anfang Juni, Anfang September und Anfang Dezember. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen.

Editorial

Als ich mich entschlossen habe, „Klima und Energie“ zu einem Schwerpunkt des Heftes zu machen, geschah das wegen der allgemeinen Bedeutung dieses Themas und auch wegen der bevorstehenden Klimakonferenz in Kopenhagen. Leider sind deren Ergebnisse noch weit unbefriedigender geraten, als man zuvor bereits befürchten musste. Um so wichtiger aber, sich dem Thema zu stellen, denn ohne das verstärkte Engagement von unten, aus der Zivilgesellschaft, wird es in den Klima-, Umwelt- und Energiefragen nicht weitergehen. Die ökologische Krise in ihrem Zusammenhang mit einer Wirtschafts- und Kulturkrise behandelt auch Michael Rist in seinem Artikel.

Viele Krisen hängen mit einer Verknäuelung und Konfundierung kultureller, ökonomischer und rechtlich-politischer Fragen zusammen. Die soziale Dreigliederung kann helfen, das Knäuel zu entwirren und Bedingungen herzustellen, unter denen die Probleme besser bearbeitet werden können als gegenwärtig. Es ist daher wichtiger denn je, dass der Arbeitsansatz der Dreigliederung wirksam werden kann.

Über die Frage des Wirksamwerdens für die Dreigliederung beriet sich eine Gruppe von „NetzwerkerInnen“ Anfang Dezember bei einem Treffen in Stuttgart. Man war sich einig: Im kommenden Jahr wird die Arbeit nicht weniger werden. Es wird darauf ankommen, die richtigen Fragen und Themen aufzugreifen - und mit unseren bescheidenen Mitteln in den öffentlichen Diskurs über die gesellschaftlichen Zukunftsfragen einzugreifen. Für die Wirksamkeit der sozialen Dreigliederung wird es wichtig sein, dass ihre Lebenskraft an Praxisbeispielen sichtbar wird, die zum Mitmachen anregen - so wie das Beispiel von Christian Hiß und der Regionalwert AG, von dem in diesem Heft berichtet wird.

Wirksam zu werden für die Dreigliederung ist aber immer zugleich auch eine Frage unserer inneren Entwicklung. Was kann man tun, um seine Kräfte in den notwendigen Auseinandersetzungen nicht völlig zu erschöpfen? Wie findet man immer wieder die Auftriebskräfte, die man für die Wirksamkeit braucht? Was macht neue soziale Gemeinschaften als Beispiele einer anderen Welt heute lebensfähig? Um solche Fragen kreist der Artikel über individuelles und soziales Burnout und seine Überwindung.

Für die vielen Aufgaben, die sich uns stellen werden, brauchen wir nicht nur Ideen und Tatkraft, sondern auch die nötigen finanziellen Mittel. Was gebraucht wird, können Sie auf S. 48 und 49 im Heft nachlesen. Ich setze wieder darauf, dass sich auch nächstes Jahr genügend Menschen finden, die sich an der Umlage der Kosten beteiligen, und sage allen lieben Dank, die in diesem Jahr die Arbeit finanziell ermöglicht haben!

Allen Leserinnen und Lesern wünsche ich gesegnete Weihnachten und ein gutes neues Jahr!

Ihr 

Notiert: Aus dem Zeitgeschehen

In München prügeln jugendliche Schläger den 50jährigen Dominik Brunner zu Tode, nachdem er versucht hat, Kinder vor den Jugendlichen zu schützen +++ Die USA stoppen die Errichtung eines sogenannten Raketen Schildes in Tschechien und Polen. Das Abwehrsystem war von Russland als Bedrohung empfunden worden +++ Das Europäische Parlament wählt den Portugiesen Barroso erneut zum Chef der EU-Kommission +++ In Berlin demonstrieren weit über zehntausend Menschen unter dem Motto: Stoppt den Überwachungswahn! +++ GM beschließt, Opel an Magna zu verkaufen, macht diesen Beschluss jedoch später wieder rückgängig.. Es wird nun mit dem Abbau von europaweit mindestens 10.000 Arbeitsplätzen gerechnet +++ In Sachsen und Thüringen kommt es zu schwarz-gelben Koalitionen, die neue thüringische CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht erreicht allerdings erst im dritten Wahlgang im Landtag die erforderliche Mehrheit +++ Der Landtag von Schleswig-Holstein spricht sich für die Stilllegung der Atomkraftwerke Krümmel und Brunsbüttel aus +++ Ein G-20-Gipfeltreffen in Pittsburgh berät über Konsequenzen aus der Finanz- und Wirtschaftskrise. - Während die deutsche Kanzlerin Angela Merkel das Treffen als Erfolg feiert, spricht das globalisierungskritische Netzwerk Attac von einem völligen Fehlschlag +++ Der Iran bekennt sich zum Bau einer bisher geheimen Anlage zur Urananreicherung. Gespräche auf internationaler Ebene über das iranische Atomprogramm führen zu keinem Ergebnis. Die Internationale Atomenergiebehörde kritisiert den Iran, der seinerseits droht, die Zusammenarbeit mit der Behörde einzustellen. +++ Die schwedische EU-Ratspräsidentschaft will sich dafür einsetzen, dass mehr Flüchtlinge aus Nicht-EU-Staaten in Europa aufgenommen werden. Laut Migrationsminister Billström helfe dies, das Problem der illegalen Einwanderung zu lösen +++ Der UN-Sicherheitsrat verabschiedet eine Resolution zur atomaren Abrüstung und fordert stärkere Bemühungen zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen +++ Bei einem Treffen zwischen dem israelischen Premier, dem Palästinenserpräsidenten und dem US-Präsidenten gelingt es nicht, einen Durchbruch im Friedensprozess zu erzielen +++ Die Barmer Ersatzkasse und die GEK Gmünd wollen fusionieren +++ Die größte deutsche Landesbank, die LBBVV, rechnet im laufenden Geschäftsjahr mit einem Verlust von rund zwei Milliarden Euro +++ Anhaltende Proteste von Milchbauern gegen die niedrigen Milchpreise +++ Bei den Bundestagswahlen in Deutschland erzielen CDU/CSU und Liberale eine regierungsfähige Mehrheit. Die FDP erzielt mit knapp 15 Prozent ihr bestes, die SPD mit 23 Prozent ihr schlechtestes Ergebnis der Nachkriegsgeschichte +++ Die Koalitionsverhandlungen zwischen CDU/CSU und FDP gestalten sich schwierig. Im ausgehandelten Koalitionsvertrag werden eine Reihe von Details offengelassen bzw. an Kommissionen verwiesen, so die Tiefe der Veränderungen in der Gesundheits- und Steuerpolitik. Einig ist man sich jedoch darüber, dass es zunächst Steuersenkungen geben und dafür ein Wachstumsbeschleunigungsge-

setz verabschiedet werden soll; später soll dann ein härterer Sparkurs gefahren werden. Die Opposition bezeichnet das als illusionär. Bei Hartz IV soll es kleine Korrekturen wie eine Anhebung des sogenannten Schonvermögens geben, bei der „inneren Sicherheit“ müssen die Christdemokraten gegenüber den Liberalen etwas zurückstecken. +++ Sigmar Gabriel wird neuer Vorsitzender der SPD +++ In Brandenburg wird die SPD erneut stärkste Partei, sie entscheidet sich schließlich für eine Koalition mit der Linkspartei +++ Im Saarland wird eine sogenannte Jamaika-Koalition aus CDU, Grünen und FDP gebildet +++ In Schleswig-Holstein kommt es zur einer schwarz-gelben Koalition +++ Ein im Auftrag der EU erstellter Bericht über den Georgien-Konflikt kommt zu dem Ergebnis, dass die ersten Kampfhandlungen von georgischer Seite ausgingen, allerdings wird auch die russische Reaktion als unverhältnismäßig kritisiert +++ El Kaida droht Anschläge in Deutschland an, daraufhin umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen beim Münchner Oktoberfest +++ Ein Erdbeben in Indonesien fordert über 1000 Tote +++ In Irland kommt bei einem zweiten Referendum eine Mehrheit für den zunächst abgelehnten Lissabon-Vertrag zu Stande. Nachdem der polnische Präsident Kaczynski und der tschechische Präsident Vaclav Klaus den Vertrag schließlich auch unterschrieben haben, tritt das umstrittene Dokument Anfang Dezember in Kraft +++ Sieg der Sozialisten bei den Wahlen in Griechenland und in Portugal +++ In Italien kippt das Verfassungsgericht ein Gesetz, das u.a. Ministerpräsident Berlusconi Immunität gewährt und ihn dadurch vor anhängigen Strafprozessen geschützt hätte +++ Barack Obama erhält den diesjährigen Friedensnobelpreis, Literaturnobelpreisträgerin wird die Deutsche Herta Müller. Der Wirtschafts-Nobelpreis geht zum ersten Mal an eine Frau, Elinor Ostrom, die sich mit Gemeinschaftsgütern beschäftigt und der lokalen Kooperation bei ihrer Nutzung den Vorzug gegenüber staatlicher Kontrolle und Privatisierung gegeben hat +++ Die olympischen Spiele 2016 gehen nach Brasilien, trotz persönlicher Intervention des US-Präsidenten für Chicago +++ Die Türkei und Armenien unterzeichnen ein historisches Abkommen zur Normalisierung ihrer Beziehungen +++ Der UN-Menschenrechtsrat nimmt einen Bericht zum jüngsten Gazakrieg an, in dem sowohl Israel als auch der Hamas Menschenrechtsverletzungen vorgeworfen werden. +++ Prozess gegen Radovan Karadzic vor dem UN-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag. Der ehemalige Serbenführer boykottiert die Verhandlungen +++ Margot Käßmann wird Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland +++ Vereidigung der neuen deutschen Regierung mit Kanzlerin Merkel und Vizeminister Westerwelle, der zugleich Außenminister wird. Neuer Finanzminister wird Wolfgang Schäuble, dessen Amt als Innenminister übernimmt Thomas de Maiziere. Neuer Gesundheitsminister wird Philipp Rösler (FDP), neuer Arbeitsminister Franz Josef Jung, Theodor zu Guttenberg wird Verteidigungsminister, Rainer Brüderle von der FDP neuer Wirtschaftsminister +++ Die deutsche Kanzlerin Merkel spricht vor dem amerikanischen Kongress +++ Eine Steuerschätzung für das Jahr 2010 kommt zum Ergebnis, dass 13 Milliarden Euro Steuern weniger als im Vorjahr fließen werden. Geplante Steuersenkungen sind dabei noch nicht eingerechnet +++ Der Straßburger Gerichtshof

* 13. September bis 11. Dezember 2009

für Menschenrechte erklärt, dass es der Europäischen Menschenrechtskonvention widerspreche, wenn in Klassenzimmern Kruzifixe vorgeschrieben würden. Die italienische Regierung will gegen das Urteil Revision einlegen +++ Bei einem Amoklauf im texanischen Fort Hood sterben zahlreiche Menschen +++ In Paris stirbt 100-jährig der Ethnologe und Anthropologe Claude Lévi-Strauss. Lévi-Strauss war Begründer des sogenannten Strukturalismus +++ In Berlin feiern Deutsche und ausländische Staatsgäste den 20. Jahrestag des Falls der Mauer +++ Der russische Präsident Medwedjew nimmt in einer Grundsatzrede die ökonomische und politische Rückständigkeit Russlands aufs Korn und plädiert für Modernisierung und die Überwindung autoritärer Strukturen +++ In Dresden wird der Mörder, der aus rassistischen Motiven eine Ägypterin im Gerichtssaal erstochen hat, wo sie gegen ihn ausgesagt hatte, zu lebenslanger Haft verurteilt, eine vorzeitige Haftentlassung wird vom Gericht ausgeschlossen. Der Fall hatte großes Aufsehen in der islamischen Welt erregt +++ Der Selbstmord des deutschen Nationaltorhüters Robert Enke führt zu einer Welle des Mitgeföhls. In der öffentlichen Diskussion wird eine Enttabuisierung des Themas Depression, besonders auch im Leistungssport, gefordert +++ Es wird mit einem erheblichen Anstieg der Strompreise im kommenden Jahr gerechnet +++ Die neuen durch den Lissabon-Vertrag geschaffenen Ämter eines EU-Ratspräsidenten und eines Hohen Vertreters für Außen- und Sicherheitspolitik gehen an den Belgier Herman Van Rompuy und die Engländerin Catherine Ashton. Beobachter sprechen von einer Verlegenheitslösung, da stärkere Kandidaten nicht die nötige Zustimmung fanden +++ Neuer und alter afghanischer Präsident ist Hamid Karsai, nachdem die Stichwahl wegen des Rückzug seines Mitbewerbers Abdullah Abdullah nicht stattgefunden hat. Dieser hatte eine faire Wahl nicht für möglich gehalten. Nicht zuletzt auf Druck seiner Verbündeten verspricht Karsai bei seiner Vereidigung Korruptionsbekämpfung und Festigung der Sicherheit im Land +++ Bundesarbeitsminister Jung tritt zurück, als sich herausstellt, dass er die Öffentlichkeit in seiner früheren Funktion als Verteidigungsminister über den Bombenangriff von Kundus falsch informiert hatte. Bei dem Angriff waren mindestens 142 Menschen, darunter zahlreiche Zivilisten getötet worden. Jung hatte zivile Opfer bestritten +++ Der baden-württembergische Ministerpräsident Günther Oettinger geht als EU-Kommissar nach Brüssel und wird dort für den Bereich Energiepolitik zuständig. Als Nachfolger in Stuttgart wird Stephan Mappus nominiert +++ In Deutschland wird zum ersten Mal das sogenannte Bad-Bank-Gesetz zur Rettung einer Bank, der WestLB, angewendet +++ Großer Wettskandal im Fußball, eine global agierende Wettmafia hat offenbar in großem Umfang Spiele manipuliert +++ Das Emirat Dubai muss seine Gläubiger, bei denen es mit ca. 60 Milliarden Dollar in der Kreide steht, um Zahlungsaufschub bitten. Zuvor war der Immobilienboom zum Erliegen gekommen, gigantische Bauvorhaben mussten gestoppt werden +++ Erfolgreiches Volksbegehren zum Nichtraucherschutz in Bayern, wahrscheinlich kommt es zu einer Volksabstimmung, da die CSU-FDP-Regierung die Forderungen des Begehrens nicht umsetzen will +++ Das deutsche Verfassungsgericht erklärt eine generelle Ladenöffnung an den Adventssonntagen für nicht rechtens +++ Der US-Präsident kündigt in einer Grundsatz-

Rede die Entsendung von 30.000 zusätzlichen Soldaten nach Afghanistan an. Gleichzeitig wird das Jahr 2011 als Stichjahr für einen beginnenden Truppenrückzug fixiert +++ In einer Volksabstimmung in der Schweiz votieren 57,5 Prozent der Stimmbürger für ein Verbot des Baus von Minaretten. Regierung und christliche Kirchen hatten sich zuvor gegen das Verbot ausgesprochen, das möglicherweise vor dem europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angefochten werden wird +++ Heftige Kritik am neuen Verteidigungsminister zu Guttenberg, seine Umbewertung des Bombenangriffs in Kundus sei nicht glaubwürdig. Guttenberg hatte diese damit begründet, ihm seien entscheidende Dokumente vorenthalten worden. Es wird bekannt, dass der Angriff ausdrücklich zur Ausschaltung von Gegnern gedient und damit den ISAF-Einsatzregeln widersprochen hat, die diese Ausschaltung nicht ohne vorangegangene direkte Feindberührung erlauben +++ Der Aufsichtsrat der Deutschen Bahn AG und danach der sogenannte Lenkungsausschuss geben grünes Licht für das Milliarden-Prestigeprojekt Stuttgart 21. Die Bürgerbewegung gegen das Projekt veranstaltet Demonstrationen. Sie spricht von geschönten Zahlen und falschen Behauptungen und propagiert weiter ihr Konzept „Kopfbahnhof 21: Die Alternative zu Stuttgart 21 mit Flughafenanbindung“. +++ Der VW- und der Suzuki-Konzern rücken zusammen, beide übernehmen Anteile am jeweils anderen Unternehmen +++ Anhaltende Proteste von Studierenden gegen die katastrophalen Folgen der Umsetzung des Bologna-Prozesses. Kultusminister und Hochschulrektoren versprechen Korrekturen an der Reform, um die Arbeitsbelastung und den Prüfungsdruck zu reduzieren und Wechsel der Universität zu erleichtern. Letzteres war paradoxe Weise ein Hauptgrund für die Reform gewesen. Die Studierenden stehen den Versprechungen mehrheitlich skeptisch gegenüber +++ Zuwanderer sollen in Deutschland leichter ihre in den Herkunftsländern erworbenen Berufsqualifikationen anerkannt bekommen +++ Barack Obama nimmt den Friedensnobelpreis entgegen. In seiner Rede bei der Preisverleihung verteidigt er das Konzept des „gerechten Krieges“ und betont zugleich, dass der Preis eine Art Vertrauensvorschuss auf zukünftige Früchte seiner Außenpolitik darstelle +++ In New York stirbt die Künstlerin Jeanne Claude, die mit ihrem Mann Christo durch Verhüllungsaktionen wie die des Berliner Reichstags weltbekannt geworden war +++ In Wien stirbt der Bildhauer Alfred Hrdlicka. +++ Tod der ehemaligen Bundesministerin Maihofer (FDP), Matthöfer (SPD) und Graf Lambsdorff (FDP) +++ Tod des Ökonomen Jörg Hufschmidt. Er war u.a. Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von Attac +++ Beginn der Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Die Tagung soll 2 Wochen dauern. Erwartet wird die Vereinbarung niedriger CO₂-Emissionen, die zu einer Reduktion von mindestens 2 Prozent pro Jahr führen soll. Zuvor hatte das EU-Ziel noch bei 20 Prozent gelegen. Die Entwicklungsländer bezeichnen die von der EU angebotenen Hilfen als zu gering. Zehntausende demonstrieren für besseren Klimaschutz und einen gerechten Ausgleich der damit verbundenen Lasten zwischen dem globalen Süden und dem globalen Norden. Es kommt zu Übergriffen der Polizei auf Demonstranten. Am Ende der ersten Konferenzwoche stecken die Verhandlungen in einer Sackgasse. +++

Klima und Energie

Die Kopenhagen-Konferenz und die Aufgaben nachhaltiger Entwicklung

Harald Spehl, Christoph Strawe

Vom 7. bis zum 18. Dezember trafen sich die Staatenvertreter unter dem Dach der UNO zur 15. Weltklimakonferenz in Kopenhagen. Das Ergebnis hat tiefe Enttäuschung, ja Entsetzen hervorgerufen - nicht nur bei den zu Tausenden in Kopenhagen präsenten Umweltaktivisten. Auch die meisten konservativen Zeitschriften sprechen vom Scheitern des Gipfels. Ein Schlussdokument (s. S. 15) blieb nicht nur inhaltlich weit hinter den Erwartungen zurück, sondern wurde schließlich vom Plenum nur zur Kenntnis genommen und nicht einmal verabschiedet, weil keine Einstimmigkeit zu erreichen war. Einige Teilnehmer der Konferenz geben sich vorsichtig optimistisch, verweisen auf einzelne Konsenspunkte und die geplanten Nachfolgekonzferenzen; sie sprechen von einem „wichtigen Anfang“ (so UNO-Generalsekretär Ban Ki Moon). Faktum ist, dass man vom Ziel, ein den ökologischen Herausforderungen angemessenes Nachfolgeabkommen zum auslaufenden Kyoto-Protokoll zu erreichen, weit entfernt ist. Der folgende Artikel über die Schlüsselthemen „Klima und Energie“ knüpft an die grundlegende Darstellung über nachhaltige Entwicklung im Dezemberheft 2008 der Sozialimpulse an. Ausgangspunkt der Darstellung war ein Vortrag von Harald Spehl zu diesem Thema im November 2009 in Kassel, dem dieser von C. Strawe verfasste und von H. Spehl bearbeitete Artikel in der Argumentation im Wesentlichen folgt.

Frühgeschichte und Entwicklung des Energieverbrauchs

Unsere Vorfahren waren Jäger, Fischer und Sammler, die in Wäldern und Steppen lebten und sich dort nützlich erhalten konnten. Moderne Forscher haben errechnet, was diese unsere Ahnen an Energie in Form von Nahrung gebraucht haben. Bei der Erhaltung spricht man vom Grundumsatz, den man in Watt messen kann. Um zu überleben braucht ein Mensch je nach Stärke und Körperbau 55 - 90 Watt, das sind 1,3 bis 2,2

Kilowattstunden (kwh) pro Tag. Diese Energie mussten unsere Vorfahren in irgendeiner Form der Erde entnehmen, um ihr Dasein fristen zu können. Wenn Menschen nicht nur existieren, sondern arbeiten, also Holz hacken, Tiere jagen oder zum Fischen hinausrudern, erhöht sich die Energieanforderung; man bezeichnet das als Leistungsumsatz. Dieser beträgt bei leichter Arbeit 2,1 bis 3,5 kwh pro Tag. Bei leichter Arbeit braucht man also durchschnittlich 2,8 kwh oder 2400 Kilokalorien pro Tag. Heute essen viele Menschen mehr als das, verrichten aber weniger körperliche Arbeit als unsere Vorfahren. Zugleich hungern erstmals in der Menschheitsgeschichte mehr als 1 Milliarde Menschen.

In der Vorzeit lebten die Jäger und Sammler von Nüssen, Fischen, Kräutern, Wildschweinen usw. Diese Nahrungsgrundlage erlaubte nur eine Bevölkerungsdichte von bis 100 Menschen pro Quadratkilometer. Je nach Leistung der damaligen Menschen wird der Pro-Kopf Energieverbrauch für Nahrung und Brennmaterial auf das Drei- bis Sechsfache des Grundumsatzes geschätzt.

Dann kam in der Geschichte die große Umwälzung der Sesshaftwerdung. Die Landwirtschaft entstand, Getreide wurde gezüchtet und angebaut, Nutztiere gaben Milch und Fleisch.

Mit dem Fortschritt schuf die Menschheit die erste Agrarrevolution. Damit stand einem Menschen ein wesentlich höherer Energievorrat zur Verfügung, nämlich das 18-24-fache des menschlichen Grundumsatzes. Das erweiterte die Möglichkeiten. Immer mehr Menschen konnten von der direkten Erzeugung der Nahrungsgrundlage freigestellt werden und sich anderen Tätigkeiten widmen. Der Lebensstandard wurde besser und sicherer. Die Bevölkerung konnte wachsen, weil die Nahrung für mehr Menschen ausreichte. Nun konnten bis zu 500 Menschen je Quadratkilometer zusammen leben.

Energie brauchen wir nicht nur für den Grund- und Leistungsumsatz, sondern auch für Heizung, Beleuchtung und Transport. Mit dem Anbau von Feldfrüchten entstand die Notwendigkeit zusätzlicher Transporte. Der Einsatz des Feuers bedeutet Bedarf an getrocknetem Tierdung, aber auch zunehmend von Holz.

Holz diente zugleich als Baustoff. Für ein mittelalterliches Haus brauchte man Dutzende Eichen. In Windsor Castle wurde im 14. Jahrhundert 4000 Eichen verbaut. Mangel an Bauholz herrscht in Nordchina bereits im 11. und 12. Jahrhundert, ab dem 13. Jahrhundert in England und ab dem 15. und 16. Jahrhundert in Kontinentaleuropa. Er verstärkte sich in dem Maß, in dem das Schmelzen von Eisen und mit ihm der Brennstoffbedarf zunahm. So musste England aus Mangel an Feuerholz zum Salztrocknen sein Salz aus Frankreich importieren. Der Holz-mangel führte auch dazu, dass die eigentlich ungeliebte, weil schmutzige und Schwefelgase freisetzende Kohle zunehmend als Feuerungsmittel benutzt wurde.

Die amerikanische Eisenherstellung verschlang im Jahre 1810 2500 km² Wald nur für Eisen. Ein Jahrhundert später hätte man ohne Weiterentwicklung der Technologie bereits 170.000 km² gebraucht. Man sieht hier die Problematik von Prognosen. Oft bestehen diese in der

Kopenhagen: Schlag gegen Weltklima und die ärmsten Staaten der Erde

Der Vorsitzende des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) Hubert Weiger erklärte am 19.12., es sei eine Bankrotterklärung der Staats- und Regierungschefs, dass nach jahrelangen Vorverhandlungen am Ende der Kopenhagen-Konferenz keine ausreichenden Beschlüsse stünden, die der Dramatik des Klimawandels angemessen seien.

„Das Kopenhagen-Ergebnis ist eine Ohrfeige für das Weltklima und die ärmsten Staaten der Erde, die unter den Folgen des Klimawandels am meisten leiden. Die Bemühungen für mehr Klimaschutz wurden um Jahre zurückgeworfen. Es wird immer unwahrscheinlicher, dass es auch künftig internationale Verpflichtungen zum Klimaschutz geben wird“, sagte Weiger. Hauptverantwortlich für das Scheitern des Kopenhagener Gipfels sei die Weigerung der Industriestaaten, ihre CO₂-Minderungsziele und die Finanzzusagen für Entwicklungsländer aufzustocken und einen konkreten Zeitplan für Klimaschutzmaßnahmen vorzulegen.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel sei mitverantwortlich für das schwache Ergebnis von Kopenhagen. Verbal trete sie zwar für das ferne Zwei-Grad-Ziel ein, habe aber auf europäischer Ebene nichts Entscheidendes bewirkt, um es auch zu erreichen. Unter ihrer Ägide seien die CO₂-Minderungsziele für die Autoindustrie und die Flugzeugbranche aufgeweicht worden. Damit habe man den Entwicklungs- und Schwellenländern signalisiert, dass sich die reichen Staaten in Sachen Klimaschutz nur mäßig engagierten. Darunter habe die Glaubwürdigkeit Deutschlands entscheidend gelitten.

Ein Minderungsziel von 45 Prozent bis 2020 für die Industriestaaten und ein Beitrag der Europäischen Union für Anpassung und Klimaschutz in den armen Ländern von jährlich 35 Milliarden Euro wäre das mindeste gewesen, was die EU hätte anbieten müssen, sagte Weiger. Die von der EU zugesagten 20 Prozent Reduktion würden auch real nicht erreicht. Das Geschacher mit Verschmutzungsrechten sowie die Möglichkeit, sich durch fragwürdige Klimaschutzprojekte in Entwicklungsländern von Emissionsreduktionen zu Hause freizukaufen, könne sogar dazu führen, dass sich die CO₂-Emissionen der Industriestaaten bis 2020 um bis zu zehn Prozent erhöhen.

Weiger: „Was die Welt braucht, sind schnelle Fortschritte bei der Minderung der Treibhausgase. Jede weitere Verzögerung ist ein Sargnagel für die Zukunft der Menschheit. Die Industriestaaten müssen sich endlich bewegen und ihre bisher schwachen Angebote zum Klimaschutz deutlich aufstocken. Schlupflöcher, die reale Emissionsminderungen verhindern, sind zu schließen. Dafür hat die Staatengemeinschaft sechs Monate Zeit, bevor sie zum nächsten Weltklimagipfel aufbricht.“

Die Klimakonferenz habe auch gezeigt, dass die Staats- und Regierungschefs die tatsächliche Dramatik des Klimawandels nicht erkannt hätten. Für den BUND ergebe sich daraus die Konsequenz, nicht zu resignieren, sondern sein Engagement vor Ort zu verstärken. Deutschland müsse seine Hausaufgaben im Klimaschutz machen, um international glaubwürdiger zu werden. Auch der weltweite Druck der Zivilgesellschaft auf ihre Regierungen müsse weiter erhöht werden.

Quelle: <http://www.bund.net/nc/bundnet/presse/>

Hochrechnung vorhandener Größen und berücksichtigen nicht qualitative Veränderungen und Innovationen. Wenn wir auf die Entwicklung des Transportwesens schauen, so war das Straßennetz der Römer hervorragend und der Transport mit Ochsenkarren bereits sehr effizient. Im Mittelalter verfielen die Straßen, man braucht daher Pferde für den Transport. Die Bedeutung des Pferdes nahm zu. Im Jahr 1901 gab es in London 300.000 Pferde für den Personen- und Gütertransport. Diese Pferde mussten nicht nur ernährt werden, auch der Mist musste entsorgt werden. Daher prognostizierte man, dass eine Stadt unmöglich über die Größe des damaligen London hinauswachsen könne, weil sie sonst im Mist ersaufen würde. Dass es -einmal Autos geben würde und damit alles anders wäre, vermochte sich niemand vorzustellen.

Wachsender Energiebedarf und der notwendige Umstieg von fossilen auf erneuerbare Energien

Mit zunehmendem Wachstum der Wirtschaft, vergrößerte sich auch der Energiebedarf. Das galt schon vor der Industrialisierung. Damals nutzte man Wasser- und Windkraft, also natürliche, regenerative Energiequellen. In den USA gab es vor der Industrialisierung viele Hunderttausende von Windmühlen zum Wasserpumpen. Noch 1849 betrug die Leistung aller Wasserräder in den USA mehr als die Hälfte der Leistung der damals bereits installierten Dampfmaschinen. In Europa gab es 30.000 größere Windkraftanlagen, überwiegend entlang der Nordsee, die vor allem Pumpen zur Entwässerung des Landes antrieben. So stieg also die Energienutzung bereits vor der Industrialisierung vom 3 bis 6-fachen auf das 18- bis 24-fache des menschlichen Grundumsatzes.

Mit der Industrialisierung kam nun ein weiterer, gewaltiger Entwicklungssprung. Er stand vor allem mit zweierlei in Verbindung: Mit der Entdeckung und Ausbeutung großer Kohlevorkommen und der Entwicklung von Antriebsaggregaten - zunächst der Dampfmaschine und später des Elektromotors. Mit Kohle und Dampfmaschine begann der Übergang von erneuerbaren zu nicht erneuerbaren, fossilen Energien. Mitte des 19. Jahrhunderts wurde die Kohle mehr und mehr durch das Öl abgelöst. Mit der Industrialisierung erhöht sich der Energieverbrauch pro Kopf auf das 70 bis 80-fache des menschlichen Grundumsatzes. Die Güter der Industriegesellschaft, Autos, Flugzeuge, Fernreiseisen usw., wurden erst durch den Einsatz dieser Energie-Einheiten ermöglicht.

Der Physiker Hans-Peter Dürr, ein Pionier des Nachhaltigkeitsgedankens, beschreibt diese Entwicklung mit dem Bild von den „Energiesklaven“, die hinter jedem von uns stehen. Die Römer hatten richtige Sklaven - und sie fanden noch nichts dabei, Menschen für sich zwangsweise arbeiten zu lassen. Wenn wir die Kraft eines Sklaven als Maßeinheit zugrundelegen, dann können wir angeben, über wie viele Energiesklaven heute ein einzelner Mensch verfügt. Man legt bei der Rechnung 200 Watt Energieverbrauch zu Grund und geht davon aus, dass ein Energiesklave 8 Stunden am Tag und 365 Tage im Jahr - ohne Urlaub und

Sonntage - zur Verfügung steht. Der Energiesklave ist ein bildhaftes Maß für einen Primärenergieverbrauch von 880 kWh pro Jahr.

Jeder Deutsche hat im Schnitt 58 Energiesklaven zu seiner Verfügung - manche mehr, manche weniger. Weltweit sind die Unterschiede enorm. So verfügte ein Kanadier im Stichjahr 2005 über 148 Energiesklaven, ein US-Amerikaner über 112, eine Chinese über 17 und ein Einwohner Indiens über 5 Energiesklaven.

Die jüngere Entwicklung als Menschheit ist eng mit dem Energieverbrauch verbunden. Im Wesentlichen beruht sie auf der Ausbeutung fossiler Energien. Die natürlichen regenerativen Energien - Pflanzen, Zugtiere, Wind, Wasser usw. - reichten nicht mehr aus. Wir haben dabei gegen die zweite sogenannte Managementregel für eine nachhaltige Entwicklung verstoßen. Diese besagt, dass die Nutzung nicht erneuerbarer Ressourcen wie Öl, Gas und Kohle auf Dauer nicht größer sein darf als die Substitution ihrer Funktionen durch erneuerbare Energien. D.h. dass die fossilen Ressourcen nur in dem Umfang verbraucht werden dürfen, in dem für die heutige und künftige Generationen erneuerbare Ressourcen erschlossen werden.

Im Gegensatz dazu haben wir mit dem Beginn der Industrialisierung angefangen, die Tresore der Natur zu knacken, in denen die Natur Energieressourcen eingeschlossen hatte: die Kohle, die wir den Pflanzen, das Öl, das wir tierischen Organismen verdanken, schließlich das Gas. Wir finden die letzten Flöze, lernen die Ölsande auszubeu-ten. Wenn die Tresore erschöpft sind, erfinden wir neue bessere Panzerknackermethoden. Wir sind im wahrsten Sinne des Wortes eine Panzerknacker-gesellschaft. Wir benehmen uns dabei letztlich nicht weniger dumm als die Panzerknackerbande in Walt Disneys Entenhausen. Wir verstoßen permanent gegen die Regeln der intragenerativen und der intergenerativen Gerechtigkeit, d.h. wir leben auf Kosten unserer Mitmenschen in den Ländern des globalen Südens und auf Kosten künftiger Generationen. Unsere Gesellschaft beruht und beruht immer noch überwiegend darauf, dass wir nehmen, uns aber nicht darum kümmern, ob wir der Erde, unseren Mitmenschen und kommenden Generationen genug zurückgeben. Wir folgen einem Entwicklungsmodell, das nicht

nachhaltig und damit nicht zukunftsfähig ist, von dem wir aber gegenwärtig alle, jedenfalls in Deutschland und Europa mit profitieren. Wie entkommen wir dieser zerstörerischen Logik, wie kommen wir zu einer nachhaltigen Entwicklung? Das ist die große Frage.

Eine weitere Maßeinheit für den Energieverbrauch, die heute in der Forschung verwendet wird, ist neben den schon genannten die sogenannte Steinkohleeinheit. Dabei wird Öl und Gas zu Vergleichszwecken in den Brennwert von Steinkohle umgerechnet. Im Jahr 1991 betrug der Energieeinsatz im Weltdurchschnitt 2,0 t Steinkohleeinheiten pro Kopf und Jahr, dabei stand 4 Milliarden Menschen, das sind 75 Prozent der Weltbevölkerung bzw. 122 Ländern der Erde weniger als dieser Durchschnitt zur Verfügung. Bangladesch hat den geringsten Wert, Mexiko liegt knapp über dem Durchschnitt, und zu den Spitzenreitern zählen wieder die reichen Industriestaaten. Auch hier bestätigt sich das Bild der intragenerativen Ungleichheit.

Heute hat der Verbrauch und die Bedeutung von Gas gegenüber dem Öl erheblich zugenommen. Die Versorgungssicherheit hat strategische Priorität. Wir bemerken das, wenn sich Russland und die Ukraine um den Gaspreis streiten und die Leitungen für eine Weile gesperrt werden. Aber die Nutzung von Gas ist auch nicht der Königsweg der Energieversorgung. Es sind nur andere Tresore, die wir da knacken. Irgendwann werden auch diese leer sein.

Wie viele Energiesklaven leisten wir uns?

Land	toe**	kWh	Energiesklaven
Deutschland	4,4	51.000	58
Frankreich	4,7	55.000	52
Großbritannien	4,2	49.000	56
Italien	3,5	41.000	46
(Durchschnitt EU)	4,1	48.000	54
USA	8,5	99.000	112
Kanada	11,2	130.000	148
China	1,3	15.000	17
Indien	0,4	5.000	5
Japan	4,4	51.000	58
Russische Föderation	5,3	62.000	70
Südafrika	2,6	30.000	34
Mexiko	1,7	20.000	22
Brasilien	1,3	15.000	17

* Der Primärenergieverbrauch ist der Energiegehalt, wie er der Natur entnommen wird, also z.B. in dem geförderten Öl oder in der Kohle. Die Menge der letztendlich genutzten Energie ist wesentlich geringer, weil bei der Umwandlung (z.B. von Kohle-Energie in elektrische Energie) erhebliche Verluste auftreten. Entnommen aus: <http://www.umweltschulen.de/energie/powermensch.html>. www.weltkarte-klimapolitik.de/ > Karten > Energy Consumption > Total primary Energy Consumption per Capita (Stand: 4.3.2008)

** 1 toe = 1 Tonne Erdöläquivalent (die nutzbare Energie einer Tonne Erdöl) = 41,868 GJ

*** 1 Energiesklave entspricht 880 kWh / Jahr.

Wegen der von der Energiewirtschaft hervorgerufenen Umweltbelastungen gelten (nur) ca. 15 Energiesklaven pro Kopf der Weltbevölkerung als dauerhaft vertretbar. Für die Europäer bedeutet dies, ihren heutigen Energieverbrauch auf ca. ein Viertel zu reduzieren.

Quelle www.umweltschulen.de/energie/powermensch.html

Klimafiasko: Industrieländer stellen Profit vor Klimaschutz

Attac Österreich kritisiert undemokratische Verhandlungen

„Die Regierungen der Industrieländer beweisen, dass ihnen die Profitinteressen ihrer Unternehmen näher stehen als das Schicksal von Millionen Menschen“, kommentiert Alexandra Strickner von Attac Österreich das Ergebnis des UN-Klimagipfels. „Es ist ein Skandal, dass verbindliche Reduktionsziele an Bedingungen geknüpft und die Verantwortung den Schwellen- und Entwicklungsländern in die Schuhe geschoben wurde.“ Attac kritisiert auch den undemokratischen Ablauf des Gipfels. Entwicklungsländer und NGOs wurden aus den Verhandlungen verbannt. Während des Gipfels wurde friedlicher Protest mit skandalösen polizeistaatlichen Methoden brutal unterdrückt, die Zivilgesellschaft kriminalisiert und eingeschüchert.

Auch mit einem verbindlichen Abkommen würde die internationale Klimapolitik an einem grundlegenden Konstruktionsfehler leiden. Sie vertraut weiter auf die Heilungskräfte des „Freien Marktes“. „Emissionshandel im Interesse von Industrie- und Finanzwirtschaft wird unser Klima nicht retten. Nötig ist ein Abschied vom Wachstumsdogma und eine solidarische Handels-, Agrar- und Energiepolitik“, fordert Strickner.

Erfreulich sei dagegen, dass sich in Kopenhagen erstmals eine globale Klimabewegung von großer Stärke gezeigt hat. „Während die offizielle Klimapolitik in einer tiefen Krise steckt, markiert Kopenhagen die Geburtsstunde einer Klimapolitik von unten, in der viele Menschen sich Stillstand und Ungerechtigkeit nicht mehr gefallen lassen“, sagt Strickner. Attac-Organisationen aus ganz Europa haben sich in Kopenhagen an den Demonstrationen, dem Gegengipfel und anderen Aktionen beteiligt und waren mit mehreren Beobachtern bei den Verhandlungen anwesend.

Quelle: Pressemitteilung, www.attac.at

Runder Tisch zu biologischer Landwirtschaft und Klimawandel gegründet

Der Klimawandel beeinflusst die Lebensmittelproduktion weltweit. Je nachhaltiger die Lebensmittel produziert werden, umso günstiger wirkt sich das auf den Verlauf des Klimawandels aus. Deshalb soll die nachhaltige Landwirtschaft als mögliche Problemlöserin in alle Verhandlungen zum Klimaschutz einbezogen werden. Die biologische Lebensmittelproduktion muss dabei eine Vorreiterrolle spielen. Um diese Rolle zu stärken, wurde am Rande der UNO Klimakonferenz in Kopenhagen der „Round Table on Organic Agriculture and Climate Change“ (RTOACC) im Forschungsinstitut für biologischen Landbau FiBL gegründet. Er setzt sich aus verschiedenen Akteuren aus der biologischen Lebensmittelproduktion zusammen und hat acht Gründungsmitglieder.

„Die biologische Landwirtschaft hat ein großes Potenzial, die Klimaveränderung abzuschwächen. Durch den Verzicht auf Kunstdünger werden weniger Treibhausgase produziert und durch den Aufbau von organischer Substanz im Boden wird Kohlenstoff gebunden“, sagt Urs Niggli, einer der Mitinitiatoren. Ziel sind weitere Forschung und Stärkung des Potenzials der biologischen Landwirtschaft, deren Klimaleistungen messbar gemacht werden sollen.

Quelle: Pressemitteilung des Forschungsinstituts für biologischen Landbau (FiBL), www.fibl.org/de

Wir sollten nicht den Fehler machen, der bei der Prognose in Bezug auf den Pferdemist in London gemacht worden ist. Sicher stellt sich die Frage, ob der Peak Oil, die höchste Fördermenge von Öl, von dem ab die Fördermenge sinkt, bereits 2006 erreicht worden ist oder demnächst erreicht werden wird. Die Argumentation, dass die Ölvorräte noch lange reichen, wenn der Preis pro Barrel Rohöl auf 150 Dollar gestiegen sein und es sich lohnen werde, z.B. die kanadischen Ölsande auszubeuten, kann durchaus richtig sein. Sicher ist aber, dass der Vorrat an fossilen Energieträgern begrenzt ist, dass die Erschließung und Ausbeutung zusätzlicher Lagerstätten tendenziell immer teurer wird. Sicher ist auch, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht auf der Grundlage nicht erneuerbarer Ressourcen aufbauen kann.

Die CO₂-Emissionen und die Erderwärmung - Prognosen des IPCC

Die heutigen Umweltprobleme haben bekanntlich damit zu tun, dass wir nicht nur Güter - „goods“ - erzeugen, sondern zugleich mit ihnen auch „Ungüter“ oder „bads“. Mit solchen ungewollten und unvorhergesehenen Nebenwirkungen haben wir es in großem Umfang bei der Energieproduktion zu tun. Sie entstehen bei der Verarbeitung und Verbrennung der Energieträger. So ist jeder Verbrennungsvorgang mit der Freisetzung von CO₂ verbunden. Dieses und andere Treibhausgase verschmutzen nach dem Urteil der überwiegenden Zahl der Wissenschaftler nicht nur die Luft, sondern führen auch zu einer Erwärmung der Atmosphäre.

Es gab einen langen Streit unter Wissenschaftlern, Wirtschaftsverantwortlichen und Politikern, ob diese Erwärmung den natürlichen Schwankungen des Erdklimas zuzurechnen ist - immer gab es schließlich Eiszeiten und Wärmeperioden - oder ob sie „man made“, also menschengemacht ist. Inzwischen ist die übergroße Mehrheit derer, die sich mit dem Thema seriös beschäftigen, der Meinung, dass der Temperaturanstieg mit der dargestellten Entwicklung des Energieeinsatzes zu tun hat. Durch Auswertung von Eisbohrkernen kann man heute zweifelsfrei feststellen, dass die Erdtemperatur seit Beginn der Industrialisierung um 0,8 Grad Celsius gestiegen ist.

Es scheint zweifelsfrei festzustehen, dass Treibhausgase zumindestens mit dafür verantwortlich sind, dass sich die Atmosphäre erwärmt. Es stellt sich heute die Frage, wie sich dieser Prozess fortsetzt. Die CO₂-Konzentration in der Atmosphäre wird mit der Maßeinheit ppm (parts per million) gekennzeichnet. Nach dem Beginn der Industrialisierung, in den Jahren zwischen 1850 und 1900, stieg die Konzentration von CO₂ in der Atmosphäre auf 280 ppm, von da an bis zum Jahr 2005 erfolgte ein Anstieg auf 385 ppm. Die Industrialisierung und der mit ihr verbundene Energieeinsatz führten also zu einer erheblichen Steigerung der Konzentration von CO₂ in der Erdatmosphäre. Fachleute sagen, dass jedes Jahr 2 ppm hinzukommen, wenn wir so weiter machen wie bisher.

Nun konzentrieren sich die Studien und Überlegungen auf die Frage, wie es weitergehen wird. Nach der Rio-Konferenz zur Nachhaltigen Entwicklung im Jahr 1992 wurde ein Weltklimarat eingerichtet, ein hoch angesehenes Gremium von Fachleuten. Dieses IPCC (Intergovernmental Panel of Climate Change) hat nun eine Studie vorgelegt, die auch die Beratungen in Kopenhagen prägte und die zwei große Szenarien enthält.

Das erste Szenario soll zeigen, wohin die Entwicklung führen wird, wenn die Weltgemeinschaft so weitermacht wie bisher. Dann ist laut IPCC ein Anstieg von heute 385 ppm auf 510 ppm im Jahr 2030 zu erwarten. Unterstellt man, dass die Wirtschaftsentwicklung in den „Entwicklungsländern“, insbesondere in China und Indien, weiterhin dynamisch erfolgt und dass dabei in grossem Umfang fossile Brennstoffe, vor allem noch mehr Kohle, eingesetzt werden, muss schlimmstenfalls sogar mit einem Anstieg auf 1000 ppm im Jahr 2050 gerechnet werden.

Das zweite Szenario ist das sogenannte „Szenario 450“. Es besagt, dass die Menschheit den Anstieg des CO₂ in der Atmosphäre unbedingt bei 450 ppm kappen muss. Dies wird bei großen Anstrengungen und sofortigem Beginn der Maßnahmen für machbar gehalten. Man unterstellt dabei, dass sich bei 450 ppm die Atmosphäre um 2 Grad erwärmen wird. Die Beschwörung dieser 2 Grad-Grenze ist inzwischen weitgehend akzeptiert und sogar zu einer Art Mantram der Politiker geworden.

Scheitert „Szenario 450“ muss mit einer Erwärmung von bis zu 6 Grad gerechnet werden.. Die Auswirkungen halten die meisten Fachleute für unkalkulierbar. Eine derartige Erwärmung der Erdatmosphäre gab es nur zu Zeiten, als es noch keine Menschen gab und dann erfolgte sie in wesentlich längeren Zeiträumen. Das Umkippen des Golfstroms ist eines der möglichen Szenarien. Es zeigt zugleich, dass die Erwärmung durchaus auch in bestimmten Gegenden der Erde zu Abkühlungen führen kann. Die Natur ist ein vernetztes System, keine linear-determinierte Maschinerie. Auch sind die Klimasysteme, besonders das Meeressystem in der Reaktion sehr träge. Das heißt, es wird Reaktionen auf bereits vollzogene Veränderungen geben, die wir als solche gar nicht mehr aufhalten, sondern allenfalls begrenzen können. Eine der schlimmsten Aussichten besteht darin, dass die Permafrostböden in Sibirien auftauen könnten. Dann wird Methan in großer Menge frei, ein klimarelevantes Gas, das noch aggressiver wirkt als CO₂.

Der für die britische Regierung verfasste Stern-Report - benannt nach seinem Autor, dem ehemaligen Weltbank Chefökonom Nicholas Stern - kommt zu dem Ergebnis, dass die Welt 2% des globalen Sozialprodukts einsetzen muss, um das 2%-Ziel zu erreichen. In Kopenhagen sollte es vor allem darum gehen, diese Last auf die einzelnen Länder zu verteilen. Die armen Ländern stehen auf dem Standpunkt, dass die Reichen den Löwenanteil des bisherigen CO₂-Anstiegs zu verantworten haben und daher auch die größten Lasten übernehmen müssen. Die reichen Länder dagegen betonen, dass ihre Anstrengungen

Klimagipfel in Kopenhagen verfehlt sein Ziel

Germanwatch: Es fehlen Ambition der Klimaziele, Zusätzlichkeit der Finanzen und rechtliche Verbindlichkeit

Nach Einschätzung der Umwelt- und Entwicklungsorganisation Germanwatch hat der zu Ende gegangene Kopenhagener Klimagipfel sein Ziel nicht erreicht.

„Mehr als 120 Regierungschefs waren sich einig - der Klimaschutz ist eine der größten Herausforderungen des Jahrhunderts. Wortgewaltig beschworen sie auf dem Klimagipfel: Jetzt ist die Zeit des Handelns gekommen. Die Ergebnisse des Klimagipfels von Kopenhagen stehen dazu in einem merkwürdigen Missverhältnis.“ So Christoph Bals, Politischer Geschäftsführer von Germanwatch.

„Erstens stimmt die Ambition des Klimaschutzes nicht. Die Welt ist damit eher auf einem Pfad in Richtung 3,5 Grad Temperaturanstieg als 2 oder gar 1,5 Grad. Zweitens ist bei den Finanzausgaben für 2020 von insgesamt 100 Milliarden Dollar für Klima- und Regenwaldschutz sowie Anpassung nicht sichergestellt, dass es sich hier nicht einfach um Umetikettierung von Geldern der Armutsbekämpfung handelt. Drittens ist auch nicht klar, ob die USA, China und andere Schwellenländer in wenigen Monaten in einem rechtlich verbindlichen Abkommen gebunden sein werden. Damit ist zwar sichergestellt, dass weltweit der Zug weiter in Richtung Klimaschutz fährt - aber die Geschwindigkeit ist viel zu langsam. Hier muss schon in den nächsten Monaten nachgebessert werden.“

Der Verhandlungspoker scheiterte letztlich an einer fehlgeleiteten Strategie, die von vielen zentralen Akteuren verfolgt wurde, kritisiert Bals: „Die USA und China haben bei den Verhandlungen keinerlei Führungsrolle übernommen. Auch die EU konnte diese Lücke diesmal nicht füllen. Zusätzlich haben die EU und die USA einen dicken strategischen Fehler begangen, indem sie nicht zu Beginn der Verhandlungen ihre Langfristfinanzierung an Bedingungen geknüpft auf den Tisch gelegt haben. Deshalb bestand bei den Entwicklungs- und Schwellenländern großes Misstrauen, ob diese 2007 in Bali gemachten Zusagen eingehalten werden. Entsprechend zögerlich haben sie sich voranbewegt.“

Auch die Vorgehensweise der dänischen Präsidentschaft bewertet Bals kritisch: „Der dänische Premierminister Lars Løkke Rasmussen hat durch eine seltsame Häufung formaler Fehler und undiplomatischer Vorgehensweise als Konferenzleiter immer wieder den Prozess der Verhandlungen gefährdet. Die Länder, die hier bremsen wollten, haben dies wiederholt ausgenutzt, um aus prozeduralen Gründen auf die Bremse treten zu können.“

Insgesamt habe der Gipfel damit nicht das eingelöst, was in den vergangenen zwei Wochen in der dänischen Hauptstadt gefordert wurde: „Nur auf den Plakaten ist Kopenhagen tatsächlich zu Kopenhagen geworden“, stellt Bals fest.

Presseerklärung von Germanwatch, www.germanwatch

nichts nützen würden, wenn in den armen Ländern mit ihrem starken Bevölkerungs- und Wirtschaftswachstum nichts geschehe.

Alles Schwindel? Die Thesen der „Klimaskeptiker“

Klimaskeptiker verschiedenster Schattierungen bestreiten, dass die Prognosen des IPCC zutreffen, ja es wird vom „Klimaschwindel“ geredet, einem gigantischen Täuschungsmanöver, hinter dem finstere Absichten und eigensüchtige Interessen stünden. Sie unterdrückten die Argumente derer, welche die These vom menschengemachten Klimawandel kritisieren, und ließen nur den Mainstream in der Öffentlichkeit zu Wort kommen. Ziel sei die Schürung einer Klimahysterie, also Alarmismus, - ein Vorwurf, mit dem seit Jahrzehnten jede Warnung vor ökologischen Bedrohungen bedacht wurde, vom „Waldsterben“ über die Atomenergie bis zur Gentechnik. Ziel sei die Errichtung einer Energiediktatur, so kann man hören. Kritiker der Klimaskeptiker wiederum argumentieren, diese bildeten eine kleine Minderheit, die vor allem mit von millionenschweren Interessengruppen gesponserter geschickter PR ihre relative Bedeutungslosigkeit überspiele.

Große Fernsehsender wie RTL und ntv haben in Sendungen diese Thesen der „Skeptiker“ aufgegriffen. Es scheint erwiesen, dass Darstellungen wie der dort ausgestrahlte Film „Der Klimaschwindel“ von der großen amerikanischen Ölfirma Exxon Mobile finanziert wurden (vgl. Kasten). Es ist auch wenig überzeugend, wenn man hört, die Ölindustrie stecke hinter der These von der Erderwärmung, weil sie am Polystrol als Dämmmaterial verdiene, dessen Grundstoff Erdöl sei. Man mag ja der Auffassung sein, dass zur Lösung der Energiefrage eingesetzte Techniken selbst ein ökologisches Problem darstellen und derselben Denkart entstammen, die die ökologische Krisenlage verursacht hat. Logisch folgt daraus jedoch nicht, dass es keine durch uns verursachte Erderwärmung gibt, sondern höchstens, dass wir dieser mit anderen Methoden entgentreten müssen.

Natürlich ist gar nicht zu bestreiten, dass jeder, der etwas durchsetzen will, das gerne mit der Erderwärmung begründet. Denn dieses Argument ist sehr schlagkräftig, seit sich die Auffassung vom weltbedrohenden menschengemachten Klimawandel im allgemeinen Bewusstsein verbreitet hat. Oft wird dieser Auffassung gegenüber argumentiert, die von Menschen verursachten CO₂-Emissionen kämen gegenüber den gigantischen natürlichen CO₂-Mengen gar nicht in Betracht. Dabei wird jedoch meist übersehen, dass die These vom Treibhauseffekt davon ausgeht, dass der natürliche CO₂-Kreislauf zwar gigantische Ausmaße hat, aber eben in sich geschlossen ist, während die von Menschen verursachten Emissionen das Gleichgewicht zerstören. Die These einiger, wenn auch keineswegs aller Klimaskeptiker, in Wirklichkeit werde es kälter statt wärmer, widerspricht - wenn sie als Behauptung über einen längerfristigen Trend gelten soll - dem augenscheinlichen raschen Rückgang der Gletscher, dem Verhalten von Zugvögeln und anderen beobachtbaren Phänomenen.

Antworten auf ethisch-soziale Fragen sind nicht durch mathematische Berechnung zu gewinnen

Ein Gutes hat die Debatte um den „Klimaschwindel“ aber doch: Sie zwingt die Befürworter der These von der drohenden Katastrophe durch die Erderwärmung, genauer zu reflektieren, mit welchen Methoden und Anschauungsweisen die Menschheit dem Problem im Sinne einer nachhaltiger Entwicklung begegnen kann. Angenommen, es würden Techniken entwickelt, die den CO₂-Gehalt der Luft so zu stabilisieren erlaubten, dass die Abholzung großer Teile der tropischen Regenwälder zur kommerziellen Nutzung mit einer Begrenzung des CO₂-Anstiegs auf 450 ppm vereinbar wäre. Dann wäre das immer noch eine gewaltige Naturzerstörung und alles andere als nachhaltig.

Bei allen Maßnahmen müssen wir uns bewusst sein, dass wir die ethischen, gesellschaftlichen, ja spirituellen Fragen nicht ausklammern dürfen. Mathematische Modelle sagen uns nicht, was wir tun sollen, sie helfen uns nur, die richtigen Fragen zu stellen und dann schöpferische Antworten zu finden.

Selbst, wenn weniger sicher wäre, dass die CO₂-Emissionen so wirken, wie das IPCC es annimmt: Könnten wir es dann einfach darauf ankommen und die CO₂-Konzentration in der Luft weiter ansteigen lassen - so wie es seiner Zeit die Bush-Administration propagierte? Handlungsansätze entstehen nicht als direkte Folge der Wahrscheinlichkeitsrechnung. Warum soll gegenüber der Erderwärmung falsch sein, was gegenüber der Atomenergie immer eingewendet wurde: Es komme nicht primär auf den Wahrscheinlichkeitsgrad eines GAU an, sondern auf die Folgen seines Eintretens? Wir sagen das nicht, weil wir die Auffassung einer geringen Wahrscheinlichkeit einer Klimakatastrophe im Fall weiteren CO₂-Emission im bisherigen Umfang teilen, sondern um auf die Kurzschlüssigkeit der Argumente hinzuweisen. Trial and Error ist im Zeitalter so gewaltiger Rückwirkungen menschlichen Handelns auf die Natur keine mögliche Strategie der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung mehr.

Nicht alle Antworten, die heute gegeben werden, sind also befriedigend. Schauen wir uns an, welche Maßnahmen diskutiert werden, um weiteres Wirtschafts- und Energiewachstum ohne negative Folgen zu ermöglichen. Hier gibt es verschiedene Vorschläge.

CCS, Atomenergie, Geo-Engineering, gesellschaftliche Veränderungen

1. Der erste lautet: CCS, das bedeutet „Carbon Capture and Storage“. Der Plan besteht darin, das CO₂ aufzufangen, bevor es in die Atmosphäre gelangt und dann unter der Erde zu lagern. Wenn das gelingt, könnte man weiter auf Kohle als Energieträger setzen, von dem es noch sehr große Vorkommen gibt. An der Technik wird mit Eifer geforscht, in Deutschland ist die erste Versuchsanlage im Bau. Dass diese Technologie möglicher Weise unbekannte und schwer beherrschbare Probleme und Nebenwirkungen erzeugen kann, wird ebenso ausgeklammert wie die Tatsache, dass es sich um eine Großtechnologie mit hohen Risiken handelt.

2. Die zweite Antwort ist die Atomenergie. Ihre Nutzung ist - wenn man vom Bau der Kraftwerke, Urantransport, Aufbereitung usw. absieht - CO₂-frei. Indes verstößt die Nutzung der Atomenergie gegen jene Managementregel, die sagt, nicht abschätzbare Großrisiken seien zu vermeiden. Der ehemalige deutsche Umweltminister Sigmar Gabriel hat gesagt, Atomenergie sei wie ein Flugzeug, das gestartet ist, von dem wir aber nicht wissen, ob es ein Fahrwerk hat und wo es überhaupt landen kann. Bei der Atomenergie ist die Endlagerfrage nach wie vor ungelöst. Zusätzlich gibt es aber auch - wie die Diskussion um das iranische Atomprogramm zeigt - neben unvermeidbaren Risiken für die natürliche Umwelt und die menschliche Gesundheit die permanente Gefahr, dass Staaten die Technologie militärisch nutzen. Atomkraft ist eine Hochrisikotechnologie.

3. Die dritte Antwort lautet: Geo-Engineering. Das ist ein Ansatz, der auf neue technologische Entwicklungen setzt. Eine Technik ist z.B. die „Meeresdüngung“. Vor kurzem brachte das deutsche Forschungsschiff „Polarstern“ versuchsweise 6 Tonnen Eisen in feinsten Verteilung im antarktischen Meer aus. Damit sollten Algen gedüngt und zur explosionsartigen Vermehrung gebracht werden. Diese sollten CO₂ binden und es, durch das Eisen beschwert, auf den Meeresgrund sinken lassen. Mögliche Nebenwirkungen und Gefahren des Experiments wurden kleingeredet nach dem Motto: Was sind schon 6 Tonnen Eisen im riesigen Eismeer, davon kann es nicht kippen. Dass es auch in Bezug auf den Erdorganismus so etwas wie homöopathische Wirkungen geben könne, war für die beteiligten Naturwissenschaftler kein Thema. Das Experiment scheiterte daran, dass die Algen ihrerseits bestimmten Krebsen besonders gut schmeckten; es vermehrten sich nun diese Krebse explosionsartig, so dass kaum mehr Algen übrig blieben, die CO₂ hätten binden können. Das Scheitern zeigt das Unvermögen eines technisch-monokausalen Denkens in Bezug auf die Komplexität der Natur.

„Klimaskeptiker“ und ihre Argumente

Eine Kurzeinführung mit Literaturhinweisen von Germanwatch (Gerold Kier, Manfred Treber, Christoph Bals)

Zusammenfassung: Über viele Erkenntnisse zum Klimawandel herrscht in der Wissenschaft inzwischen ein Grundkonsens. Zweifellos ist es wichtig, gewonnene Erkenntnisse immer wieder zu hinterfragen oder zu überprüfen. Doch sind die meisten der mit erstaunlich großer Medienpräsenz immer wieder vorgebrachten grundlegenden Zweifel am globalen Klimawandel schon längst schlüssig widerlegt. Zudem steht den verbleibenden Unsicherheiten, die bei dem hochkomplexen Erd-Klima-System kaum auszuschließen sind, die Notwendigkeit des Handelns im Sinne des Vorsorgeprinzips gegenüber: Die Konsequenzen großer Risiken durch ungebremsten Emissionsanstieg drohen die Lebensbedingungen von Millionen von Menschen insbesondere in Entwicklungsländern zu gefährden. Das vorliegende Hintergrundpapier führt kurz in das Thema ein, nennt weiterführende Informationsquellen und beleuchtet an dem von der Union of Concerned Scientists aufgearbeiteten Beispiel des Konzerns ExxonMobil die Finanzierung von „Klimaskeptikern“ durch Konzerne der fossilen Energiewirtschaft.

Aus der Einleitung: „Wir werden gesiegt haben, wenn durchschnittliche Bürger die Unsicherheiten in der Klimawissenschaft ‚verstehen‘ bzw. wahrnehmen“ - so ein 1998 erstellter interner Kommunikations-Aktionsplan des American Petroleum Institute, des größten Interessenverbands der US-amerikanischen Öl- und Gasindustrie.¹ Die an dieser Strategie beteiligten Unternehmen der fossilen Energiewirtschaft waren offenbar erfolgreich, wie man vielerorts beobachten kann. Argumente, die einen wissenschaftlichen Eindruck erwecken und Klimaschutz als falsche Strategie darstellen, fallen bei vielen Bürgern - auch Entscheidungsträgern - auf fruchtbaren Boden. Dies ist wenig verwunderlich, denn viele Menschen neigen dazu, bequemen Positionen („wir müssen nichts ändern“) eher Glauben zu schenken als unbequemen Wahrheiten.

Und tatsächlich klingen viele der Argumente, die trotz steigender Treibhausgasemissionen für ein „weiter wie bisher“ werben, für den Laien und selbst für manche Fachleute zunächst einmal sehr plausibel... Angesichts der für die Menschheit tatsächlich bedrohlichen Szenarien eines ungebremsten Klimawandels des IPCC² und der seitdem in der Dramatik weiter zunehmenden Warnungen aus der Wissenschaft können wir uns deren Widerlegung eigentlich nur wünschen. Insbesondere hinsichtlich der unter der Bezeichnung „Kipp-Elemente“ bekannt gewordenen Großgefahren für das Erdsystem und damit für die Menschheit - etwa irreversible großräumige Eisverluste in Grönland und der Westantarktis oder ein mögliches Umkippen des Amazonas-Regenwaldes in Savannenvegetation - können wir nur hoffen, dass die Schwellenwerte („Kipp-Punkte“) möglichst hoch liegen und die optimistischeren Szenarien Recht behalten.³ Für viele Millionen Menschen insbesondere in Entwicklungsländern wären die Gefahren dann geringer als sie derzeit scheinen.

Aber das Wünschen war selten ein guter Ratgeber der Wissenschaft. Skepsis ist dann hilfreich, wenn sie in stichhaltigen Gegenargumenten mündet. Ja, es ist sogar das Lebenselixier der Wissenschaft, auch längst etablierte Mehrheitsmeinungen in Frage zu stellen. Allerdings kann dies in der Öffentlichkeit oft Verwirrung anrichten. Dort kann dann der Eindruck entstehen, alles sei unsicher, obwohl aus dem den historischen Daten, den aktuellen Beobachtungen sowie den darauf basierenden Modellen für die Zukunft durchaus sehr viele gültige Schlüsse gezogen werden können.

Skepsis schlägt leicht in Dogmatik um, wenn kritische Thesen - obwohl ihrerseits in Fachzeitschriften [...] widerlegt - dennoch in den Medien wiederholt werden, ohne mit neuen Argumenten auf die vorherige Widerlegung einzugehen [...] Wenn sich „Skepsis“ gegen Argumente immunisiert und Risiken verschleiert, dann ist sie gefährlich. [...]

¹ „Victory will be achieved when average citizens ‚understand‘ (recognize) uncertainties in climate science“, http://www.euronet.nl/users/e_wesker/ew@shell/API-prop.html

² IPCC (2007): Fourth Assessment Report: Climate Change 2007. <http://www.ipcc.ch/ipccreports/assessments-reports.htm>

³ Für eine aktuelle Zusammenfassung siehe Lenton et al. (2008): Tipping elements in the Earth's climate system. PNAS 105: 1786-1793. <http://www.pnas.org/cgi/reprint/0705414105v1.pdf>

Diese Kurzeinführung und einen Foliensatz: dazu findet man unter: www.germanwatch.org/ > Klima > Klimawissenschaft

Wissenschaftler in Arizona haben vorgeschlagen, 16 Billionen hauchdünne Siliziumscheiben als Mini-Sonnenschirmchen in Päckchen zu je 1 Million mit 2 km hohen Spezialkanonen ins All zu schießen und zwar an den „Lagrange-Punkt“, wo sich die Anziehungskräfte von Erde und Mond ausbalancieren. Dort würden sie dann schweben. Um eine entsprechende Schattenwirkung zu erzielen, müssten 20 solcher Kanonen 10 Jahre lang im Abstand von 5 Minuten solche Plattencontainer ins All schießen. Der Physiker Edward Teller - bekannt als Vater der Wasserstoffbombe - machte den Vorschlag, Millionen von Alu-Ballons in die Atmosphäre zu bringen, wo sie dann schwebend einen Teil der Sonnenstrahlung absorbieren sollen. Andere Forscher träumen davon, die tropischen Ozeane mit High Tech-Müll anzureichern, damit sie mehr Wärme zurückstrahlen. Der Chemie-Nobelpreisträger Paul Crutzen will künstliche Wolken am Himmel erzeugen, indem mit Spezialballons Millionen Tonnen Schwefeldioxid in die Stratosphäre verbracht werden.

Das alles ist sicher ernster zu nehmen als Science Fiction. Aber die Vorschläge lassen die Ursachen unverändert und doktern nur an den Folgen herum. Instrumentelle Vernunft wird technologisch eingesetzt, die Natur zum Objekt gemacht, allerdings auf einem technischen Niveau, auf dem die Wirkungen und Nebenwirkungen nicht mehr überschaubar und im Ernstfall auch nicht mehr rückgängig gemacht werden können. Auch früher haben sich Kulturen durch Raubbau an der Natur ruiniert, die Folgen blieben aber immer regional begrenzt. Heute ist die ganze Erde betroffen. Wenn ein solches globales Experiment schief geht, trifft es die gesamte Menschheit, die im schlimmsten Fall untergehen kann. -

Welche anderen Möglichkeiten gibt es?

4. Die vierte Antwort setzt auf den Primat gesellschaftlicher vor technologischen Veränderungen. Wir müssen also endlich ernsthafter an gesellschaftlichen Veränderungen und den dafür nötigen Bewusstseinsveränderungen arbeiten. Mit neuen Techniken kann man Renditen erzielen, die entscheidenden Nachhaltigkeitsgewinne erfordern Veränderungen des gesellschaftlichen Bewusstseins und entsprechende gesellschaftliche Einrichtungen.

Die Firmen McKinsey und Vattenfall haben eine Studie in Auftrag gegeben, um zu ermitteln, mit welchen Mitteln und Maßnahmen der CO₂-Ausstoß vermindert werden kann.¹ Diese Firmen werden allgemein nicht zu den Pionieren der nachhaltigen Entwicklung gerechnet. In der Studie rangiert denn auch etwa die Atomenergie vor der Solarenergie. Um so interessanter ist es, dass die Forschergruppe, die die Studien durchführte, in vielen Punkten zu erstaunlichen Ergebnissen hinsichtlich der Kosten und des Nutzens verschiedener Möglichkeiten

¹ A cost curve for greenhouse gas reduction. A global study of the size and cost of measures to reduce greenhouse gas emissions yields important insights for businesses and policy makers. FEBRUARY 2007 (Per-Anders Enkvist, Tomas Nauclér, and Jerker Rosander). McKinsey Quarterly, http://www.themckinseyquarterly.net/Energy_Resources_Materials/Environment/A_cost_curve_for_greenhouse_gas_reduction_1911. Auch unter <http://web.mit.edu/abrownin/OldFiles/MacData/afs.course/2/2.813/OldFiles/www/readings/McKinsey2007.pdf>

der CO₂-Reduktion kommt. Ein wesentliches Ergebnis ist, dass heute oft genannte Lösungsversuche wie die CCS-Technik zwar wirken, aber im Vergleich zu anderen sehr teuer sind, dass es aber einen großen Bereich von weniger technischen als vielmehr gesellschaftlichen Maßnahmen gibt, die wenig oder nichts kosten, aber neben dem ökologischen sogar einen ökonomischen Nutzen bringen. Andere Ansätze als die normalerweise genannten technischen Maßnahmen haben also die größten Effekte und bringen zugleich einen wirtschaftlichen Nutzen. Die Verbesserung der Gebäudedämmung gehört dazu. Wird auch der Altbaubestand erfasst, ergeben sich sehr große Einsparungsmöglichkeiten beim Energieverbrauch. Energie, die nicht gebraucht wird, muss nicht produziert werden, wir müssen uns daher auch nicht mit den Nebenwirkungen ihrer Produktion auseinandersetzen. Auch für die Nutzung von Sonnenenergie braucht man entsprechende Anlagen, deren Herstellung den Einsatz von Energie und Rohstoffe erfordert. Insofern ist die Einsparung von Energie im Zweifelsfall der noch so effektiven Energieproduktion immer vorzuziehen.

Alle Techniken, die für Nullenergiehäuser gebraucht werden, sind verfügbar. Um den Heizungsbedarf radikal zu verringern, müssen wir nun dafür sorgen, dass die entsprechende Technik in allen Gebäuden verwendet wird. Auch die Verringerung des Energieverbrauchs für Mobilität ist weniger ein technisches Problem - was nichts gegen Elektro- und Hybridautos sagt - als vielmehr die Frage einer andersartigen gesellschaftlichen Organisation der Mobilität. Stichworte sind Car-Sharing-Systeme, Mitnahmeorganisation, eine bessere Koppelung von Schiene und Straße im Güterverkehr und dergleichen mehr.

Effizienz, Suffizienz, Konsistenz

Generell gibt es drei Ansatzpunkte, um den Umgang mit Energie nachhaltiger zu gestalten: Effizienz, Suffizienz und Konsistenz.² Effizienz bedeutet das Gleiche mit weniger Ressourcen und Energieeinsatz zu produzieren. Suffizienz bedeutet, weniger zu produzieren und zu verbrauchen. Konsistenz dagegen heißt, mehr Rücksicht auf die Natur und ihre Lebensbedingungen zu nehmen, die ökonomische Entwicklung in angemessener Weise mit der ökologischen und sozialen Entwicklung zu verbinden. Häufig kommt natürlich eine Kombination dieser Ansätze in Betracht, aber wichtig ist, zu sehen, wo letztlich der Primat liegt.

Was die Effizienz angeht, so ist es natürlich richtig, aus der Primärenergie mehr Nutzenergie zu machen, etwa indem die Umwandlungsverluste vermindert werden. Auch bei einer Effizienzstrategie sollte man aber nicht auf Kohlegrößenkraftwerke setzen, sondern auf regenerative Energien und verbrauchsnahe Kraft-Wärme-Koppelung. Auch dies ist wieder nicht in erster Linie ein technisches Problem, sondern eines der gesellschaftlichen Organisation. Die Technik ist vorhanden. Eine größere technische Herausforderung sind allenfalls die notwendigen Veränderungen am Leitungssystem, das bisher nicht auf eine dezentrale Energieerzeugung ausgerichtet ist.

² Vgl. Sozialimpulse Heft 4/2008, a.a.O.

Eine aktuell kontrovers diskutierte Frage ist die, ob wir bei der Nutzung der Solarenergie primär auf Solargroßkraftwerke, etwa in der Sahara, oder mehr auf dezentrale Lösungen setzen sollten. Natürlich ist die Nutzung des riesigen Energiepotenzials der Sonne langfristig in jedem Fall energieeffektiver als die Nutzung fossiler Energien. Die genannte Entscheidung aber ist eben nicht nur eine Effizienzentscheidung, sondern eine Konsistenzfrage.

Die Haushalte in Deutschland, also jeder von uns und unsere haushaltsnahen Energiesklaven, verbrauchen 28 Prozent der Energie. Von den haushaltsfernen Energiesklaven arbeiten 29 Prozent im Verkehr, 27 Prozent in der Industrie und 16 Prozent in Handel, Dienstleistung und Gewerbe. Die Häuserdämmung, von der schon die Rede war, ist eine Effizienzstrategie. Die Wohnfläche pro Person zu verkleinern oder auf den Bau freistehender Einfamilienhäuser zu verzichten, wären Suffizienzstrategien. Sie erfordern eine Bereitschaft zum gesellschaftlichen Ausgleich und entsprechende Regelungen. Sonst sind diejenigen dafür, die eine Wohnung haben bzw. deren Haus schon steht, und alle dagegen, die sich noch verbessern möchten. Es geht also nicht nur darum, es besser zu machen, weniger zu verbrauchen, sondern darum, die Dinge anders zu machen! Das heißt, statt ständig neue Panzerknackerübungen zu machen, sich wieder in die Natur einzugliedern. Dabei geht es keineswegs darum, zu den Verhältnissen vor der Industrialisierung zurückzukehren, sondern mit einem modernen Bewusstsein und moderner Technologie ein neues Verhältnis zur Natur zu entwickeln. Zu dieser Konsistenzstrategie gehört ganz zentral die intelligente Nutzung der Sonnenenergie.

Es geht letztlich um einen Bewusstseinsfortschritt: Die Frage ist, welche Anschauung von Mensch und Erde wir entwickeln können. Ist die Erderwärmung nur eine mechanische Betriebsstörung oder ein Konstruktionsfehler der Erde? Sind die Versauerung der Flüsse, die Versalzung der Böden bloß vorübergehende und ärgerliche Nebenwirkungen einer an und für sich richtigen industriellen Landwirtschaft oder erleben wir diese als Schädigungen, die wir der Erde, auch aufgrund unseres mangelnden Naturverständnisses, zugefügt haben und an deren Heilung wir arbeiten müssen? Um es zu wiederholen: der Erde zu helfen, heißt nicht, ins Mittelalter zurückzustreben. Wir brauchen auch neue und bessere Technologien, das heißt durchaus, dass die Menschheit neben einer neuen Weltansicht auch ein neues High Tech-Zeitalter anstreben muss. Geo-Engineering der beschriebenen Art ist aber nicht High-Tech, sondern brutaler „Wahnsinnstech“.

Eine Weile können wir vielleicht noch nach der Devise leben: „Nach uns die Sintflut“. Und mancher mag sich damit beruhigen, dass es ihn selbst ja nicht mehr trifft. Dem Organismus der Erde wird das genauso wenig gerecht wie der Perspektive, dass jeder einzelne Mensch mit der Erdentwicklung durch wiederholte Erdenleben (Reinkarnation) stets verbunden bleibt. Auf dem jetzt eingeschlagenen Weg der Konfrontation mit der Natur kann die Menschheit nicht weitergehen, ohne in irgend eine Art von Katastrophe zu geraten. Wir müssen unsere Art zu denken, zu empfinden, zu leben, zu arbeiten und zu wirtschaften ändern!

Dieses Thema holt uns in jeder Einzelfrage ein. Täglich lesen wir neue Zahlen - aber die Zahlen interpretieren sich nicht selbst, und sie nehmen uns auch keine Abwägungen und Entscheidungen ab. Ob eine neue Technik wirklich nachhaltig ist und was sie den Nutzer kosten darf, muss irgendwo vernünftig besprochen werden: Was z.B. ist ein richtiger Preis für Energiesparlampen - unter dem Gesichtspunkt der notwendigen Qualität, der Entsorgung, aber auch der Akzeptanz durch den Verbraucher? Die Alternative, ob das „der Markt“ oder „der Staat“ entscheiden soll, greift hier zu kurz. Ohne assoziative Verständigungsorgane, in denen solche Fragen behandelt werden können, ist das letztlich nicht zu beantworten.

Auch die Entscheidung, wie wir die Solarenergie am sinnvollsten nutzen, ist nur dann gut zu treffen, wenn es entsprechende Verständigungsorgane gibt. Desertech - riesige Solarparks in der Sahara - beruht auf einer alten Idee, die schon im Zusammenhang mit der ersten Ölkrise auftauchte. Man dachte da schon an eine Art Deal: Öllieferungen aus dem Nahen Osten und Nordafrika zu einem fairen und stabilen Preis von Seiten der Lieferländer und im Gegenzug die Entwicklung und Lieferung der Technik durch die Empfängerländer. Das würde den Ölstaaten ermöglichen, auf Sonnenergieproduktion umzusteigen und damit für die Zeit nach dem Öl gesichert zu sein. Es gibt aber unter den heutigen Bedingungen erwägenswerte Bedenken gegen dieses Projekt. Wieder stoßen wir da nicht auf technische, sondern auf gesellschaftliche Fragen. Wer entscheidet, wo welche Leitungsnetze entstehen? Wie sind die Eigentumsrechte an den Anlagen geregelt? Wie kommen die Preise zustande? Wie lässt sich verhindern, dass Großanlagen wieder zu einer Abhängigkeit von Großtechnologien führen und damit die dezentrale Energieversorgung und die für sie notwendige Infrastruktur schwächen oder verhindern? Bei aller grundsätzlichen Einigkeit über die stärkere Nutzung der Sonnenenergie zeigen sich hier schwierige Detailfragen, die wiederum Hinweise auf grundsätzliche Probleme geben.

Rechtliche, wirtschaftliche und geistige Aspekte der Energiefrage

Mit Entscheidungen über die Energieerzeugung sind grundlegende Rechts- und Eigentumsfragen verbunden: Wenn wir eine nachhaltige Entwicklung wollen, müssen wir die Frage beantworten, wie derjenige in die Lage versetzt wird, die Erde in Anspruch zu nehmen, der auf und mit dem Boden etwas für die Menschheit Sinnvolles machen will, und nicht derjenige, der durch einen irgendwann einmal stattgefundenen Gewaltakt - genannt „Landnahme“ - Eigentümer des Bodens geworden ist oder diesen gekauft hat. Wenn man davon ausgeht, dass die Erde grundsätzlich allen Menschen gehört, stellt sich die Frage, wem der Ertrag zuzurechnen ist, wenn unter einer bestimmten Fläche Kohle, Öl, Gas oder andere Rohstoffe entdeckt werden. Das wäre ein erster Ansatzpunkt: eine rechtliche Grundlage für den Umgang mit der Erde und den Ressourcen, die wir brauchen, zu schaffen.

Vertreter der herrschenden Lehre in der Ökonomie, erklären es zu einer großen Errungenschaft, dass wir die Verschmutzung der Atmosphäre, die CO₂-Freisetzung, nicht mehr als ein „bad“, sondern als ein

„good“, ein handelbares Gut behandeln, indem eine CO₂-Verschmutzungsberechtigungsborse eingerichtet wird. Dort kann dann jeder Verschmutzungsrechte kaufen und verkaufen. Dadurch kann ein „Anreiz“ für Investitionen entstehen, die zur Energieeinsparung oder effiktiverer Energienutzung führen. Das sieht auf den ersten Blick wie eine wunderbare wirtschaftliche Lösung aus. Aber wenn wir genau hinschauen, dann liegt dem etwas ganz anderes zu Grunde, nämlich eine rechtliche Entscheidung, wie die Verschmutzungsrechte der Menschheit zugeteilt werden. Das ist keineswegs ein wirtschaftlicher Sachzwang, für den der Markt verantwortlich ist. Das ist ein grundlegendes rechtliches und politisches Problem.

Es gibt zwei Alternativen: Das sogenannte Grandfathering-System und das Gleichverteilungssystem. Das „Grandfathering-System“ (historisches Verteilsystem, Besitzstandsmethode) „schützt den bisherigen Inhaber eines knappen Guts, in dem es ihm bei der Neuzeuteilung einen absoluten Zuteilungsvorrang einräumt.“³ Das heißt, jeder bekommt Verschmutzungsrechte für die Zukunft in dem gleichen Maße, wie er heute bereits als Verschmutzer in Erscheinung tritt. Als fragwürdige Begründung für dieses Verfahren wird die Eigentumsgarantie und das Argument angeführt, dass eine andere Regelung zu schweren wirtschaftlichen Schäden führen würde.

Das Gleichverteilungsverfahren würde zur Aufteilung der Verschmutzungsrechte unter allen auf der Erde lebenden Menschen führen. Man könnte von der Vorgabe des Szenarios 450 ausgehen, die zulässigen CO₂-Emissionen durch die Zahl der Menschen teilen und jeder bekäme ein Guthaben, mit dem es handeln, z.B. an der Börse auftreten kann. Die großen Verschmutzer müssten dann denen, die wenig verbrauchen und verschmutzen, Verschmutzungsrechte abkaufen. Man sieht sofort, welche Verteilungswirkungen mit der zugrundeliegenden Entscheidung über eine der beiden Zuteilungsalternativen verbunden sind und welche gravierenden Folgen das hat für den angeblich so eleganten und effizienten Verschmutzungsrechtemarkt. Wirtschaftsinstitutionen lösen eben keine Rechtsfragen.

Was ist der wirtschaftliche Aspekt der Nachhaltigkeit? Weil sie mit grundlegenden Rechtsfragen verbunden sind, sind in der Landwirtschaft und bei der Energie wie wir gesehen haben, gegenüber anderen wirtschaftlichen Bereichen, wie der Herstellung von Autos oder dem Erbringen von Dienstleistungen zusätzliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen. Heute werden die wirtschaftlichen Angebote und Nachfragen in diesen Bereichen über Märkte für landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe koordiniert. Es wird aber immer deutlicher, dass die Marktsteuerung in diesen Bereichen nicht zufriedenstellend funktioniert. An einigen Stellen mischen sich staatliche Machtstrukturen in den Markt hinein. Die OPEC ist z.B. ein Staatskartell, das über die Steuerungen der Fördermengen den Preis für das Rohöl beeinflusst. Und auf der Nachfrageseite wird dieser Markt überwuchert von finanzspekulativen Gesichtspunkten, die mit wirtschaftlichem Leistungsaustausch und wirtschaftlicher Bedürfnisbefriedigung nichts zu tun

haben. Das führte z.B. dazu, dass an der Kaffeebörse zeitweilig 10mal so viel Kaffee gehandelt wurde wie real geerntet wurde.⁴ Entstehen an den Lebensmittelmärkten unsoziale Ergebnisse, wird nach dem Staat gerufen, er soll für Lebensmittelsicherheit, akzeptable Preise usw. sorgen. Es zeigt sich dann immer wieder, dass der Staat diese Aufgaben auf Dauer nicht leisten kann. Als Ergebnis geraten wir in den Zirkel von Markt- und Staatsversagen. Aber die Alternative ist nicht Markt oder Staat. Wir brauchen ein Drittes, die Assoziation, d.h. eine Organbildung, die eine Bildgestaltung zwischen denen, die produzieren, und denen, die Produkte und Leistungen benötigen, ermöglicht. Dort können sich die Beteiligten über Produktionsbedingungen, Einkommen, Preise, Qualitäten usw. verständigen. Das kann wie bei der Consumer Supported Agriculture (CSA) unmittelbar zwischen Bauern und Verbrauchern geschehen. Wo es - was meist der Fall ist - über weitere Distanzen geht, braucht es den Handel als Vermittlungsinstanz. Nur wenn der Handel eine Mittler- und Maklerrolle ausfüllt, hat er eine gesunde Position im Assoziativen.

Dann kommt der dritte Bereich, der Bereich des Geisteslebens und seine Beziehung zur nachhaltigen Entwicklung. Da geht es primär um individuelle geistige Entwicklungsschritte: Der Einzelne will etwas ändern, weil er ein Bewusstsein davon hat, und das führt ihn zur Tat. Freies Handeln aus Einsicht ist hier das Entscheidende. Einsichtsvolles Handeln setzt eine Vorausschau und Rückschau in Bezug auf die Handlungsfolgen voraus. In der heutigen Zeit und in Bezug auf den hier behandelten Fragenkreis heißt das aber: Wir müssen den Blick für das Ganze bekommen. Was die doppelte Buchführung am Beginn der Neuzeit für die Betriebswirtschaft bedeutete - nämlich in der Gegenbuchung stets die Folgen einer ökonomischen Handlung mit ins Bewusstsein zu nehmen, das muss heute über die einzelbetriebliche Perspektive hinaus gelingen. Gerade nach dem Fiasko der Konferenz von Kopenhagen ist zu fragen: Wo wird etwas verbraucht und vernutzt und wo ist die Gegenbuchung? Diese Folgen in den Blick nehmen zu können, setzt wieder voraus, dass Informationen in einer assoziativen Rundtisch-Situation zusammengetragen werden können. Diese setzt zugleich voraus, dass uns nicht Rechtsformen an der Umsetzung der gewonnenen Einsichten hindern. Insofern sind hier die Aspekte des Geistes-, Rechts- und Wirtschaftslebens gut unterscheidbar, jedoch auch wieder zusammenspielend.

Mit der Frage nach der Gegenbuchung vermeiden wir auch die Falle, dass nachhaltige Entwicklung ausschließlich mit Sparen und Askese gleichgesetzt wird. Mancher

4 Jemand kann zum Beispiel auch darauf setzen, dass der Ölpreis in 1 Jahr 100 Dollar pro Barrel sein wird. Zu diesem Preis, denkt er, kann man dann Öl verkaufen. Deshalb ist er jetzt zu einem Kontrakt bereit, X Millionen Barrel Öl zum Stichtag zu 90 Dollar zu kaufen. Ich gehe auf diesen Kontrakt ein, weil ich vermute, dass der Preis unter 90 Dollar liegen wird. Wenn nun das Öl tatsächlich am Stichtag mit 80 Dollar gehandelt wird, bin ich fein heraus und habe die Wette gewonnen. Denn ich kann die X Millionen Barrel zu 80 Dollar einkaufen und zu 90 verkaufen. Wir können auch auf die reale Transaktion ganz verzichten. Der Verlierer zahlt dem Gewinner schlicht die Differenz. Dann kann ich 100 Ernten verwetten. Trotzdem kommt die Transaktion als Preissignal am Markt an. Der Ölpreis oder der Kaffeepreis geht tatsächlich in die Höhe. Das Spiel geht solange, wie sich Leute daran beteiligen. Dass wir es angesichts der schlimmen Folgen zulassen, ist eine rechtliche Entscheidung. Wir könnten es verbieten, wie wir Kettenbriefe verboten haben.

3 Mario Martini: Der Markt als Instrument hoheitlicher Verteilunglenkung. Tübingen 2008, S. 122.

ökologisch denkende Mensch würde ja die Erde am liebsten verlassen, um keinen ökologischen Fußabdruck mehr zu verursachen. Wir können unseren Nachkommen die Erde in gutem Zustand, nicht jedoch unberührt hinterlassen. Wir würden sonst negieren, was allein Sinn des Daseins auch unserer Nachkommen sein kann: dass für sie nämlich wie für uns die Erde ein Entwicklungsort

ist. Allerdings sind wir damit für die Entwicklung der Erde als unserem Entwicklungsorts mitverantwortlich. Dieses wachsende Bewusstsein der Mitverantwortung ist ein wichtiger Schritt in der Entwicklung des Menschen und der Menschheit, denn Verantwortung ist mehr als die Frage: was hält die Erde gerade noch aus?⁵

5 Die Energiefrage ist ein wichtiges Arbeitsfeld der sozialen Dreigliederung. Der Pionier auf diesem Gebiet war der englische Anthroposoph Daniel Nicol Dunlop (1868 -1935), der sich für großanlegte assoziative Lösungen einsetzte und dafür 1924 die erste World Power Conference (WPC) (Welt-Energie-Konferenz) organisierte, den Vorläufer des heutigen World Energy Council (WEC). An der 1. WPC nahmen 2000 Delegierte aus ca. 40 Nationen teil. Sie sollte „für den Energiesektor Möglichkeit zum Austausch von Information, Verabredungen zur Zusammenarbeit

und persönlicher Begegnung für diejenigen bieten, die in den folgenden Jahren im Energiebereich für die Konzipierung von Projekten und Forschung verantwortlich sein würden.“ (Ariane Dieter: Daniel Nicol Dunlop und sein Wirken für eine Neugestaltung der Weltwirtschaft. Wissenschaftliche Arbeit im Fach Geschichte für die Zulassung zur wissenschaftlichen Prüfung für das Lehramt an Gymnasien. Manuskriptdruck, Leimen o.J., S. 30f. Dunlop war von 1924 bis 1928 Generalsekretär der WPC. Vgl. auch http://de.wikipedia.org/wiki/Daniel_Nicol_Dunlop

Die sogenannte Kopenhagener Vereinbarung

Quelle: Regierung online, 21.12.2009. 25 Staaten, darunter Deutschland, haben in Kopenhagen in der Nacht von Freitag auf Samstag eine Vereinbarung ausgearbeitet. Dieser „Vertrag von Kopenhagen“ (Copenhagen accord) wurde allerdings vom Plenum nur zur Kenntnis genommen. Das Dokument enthält folgende zwölf Punkte:

1. Die langfristige Zusammenarbeit im Kampf gegen den Klimawandel soll verstärkt werden. Das wissenschaftlich fundierte Zwei-Grad-Ziel wird anerkannt. Basis der Zusammenarbeit sind der Gerechtigkeitsgrundsatz und der Kontext nachhaltiger Entwicklung.
2. Der Höhepunkt der globalen wie der nationalen Emissionen soll sobald wie möglich erreicht werden.
3. Die entwickelten Länder sollen angemessene, berechenbare und nachhaltige Finanzquellen, Technologie und Hilfe beim Aufbau von Kapazitäten zur Verfügung stellen, um Anpassungsmaßnahmen in den Entwicklungsländern zu unterstützen.
4. Die Annex-I-Staaten nach der UN-Klimarahmenkonvention (d. h. die Industriestaaten) verpflichten sich, einzeln oder gemeinsam Emissionsziele bis 2020 umzusetzen. Diese Ziele werden in einem Anhang 1 zum „Copenhagen accord“ bis zum 1. Februar 2010 aufgelistet.
5. Nicht-Annex-I-Staaten (d. h. die Entwicklungsländer) setzen Minderungsschritte um, die in einem Anhang bis zum 1. Februar 2010 aufgelistet werden. Die am wenigsten entwickelten Länder unternehmen Schritte freiwillig und mit Unterstützung.

Die Entwicklungsländer informieren über ihre Minderungsschritte auf der Basis von Richtlinien, die die Vertragsstaatenkonferenz beschließt. Die Maßnahmen werden im Anhang 2 ergänzt. Minderungsschritte der Nicht-Annex-I-Staaten werden national gemessen, berichtet und überprüft. Alle zwei Jahre sollen die Staaten über die Ergebnisse informieren. Minderungsschritte, für die finanzielle Unterstützung angestrebt wird, werden in einem Register geführt. Diejenigen Maßnahmen, die Unterstützung erhalten, werden im Anhang II aufgeführt. Sie werden auch internationaler Messung, Berichterstattung und Nachprüfung unterworfen.

6. Die Bemühungen um eine Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und aus der Schädigung von Wäldern müssen verstärkt werden. Anreiz dazu soll durch die sofortige Schaffung eines Mechanismus (REDD-plus) geschaffen werden. Ziel ist die Mobilisierung von finanziellen Quellen bei den Industriestaaten.
7. Die Kosteneffizienz und die Verbreitung von Minderungsschritten sollen verstärkt werden. Entwicklungsländer sollen Anreize erhalten, ihre Entwicklung auf einem niedrigen Emissionsniveau fortzusetzen.
8. Aufgestockte und zusätzliche Mittel sowie verbesserter Zugang dazu für Entwicklungsländer, um verstärkte Minderungsschritte (inklusive REDD-plus), Anpassung, Technologieentwicklung, -transfer und Aufbau von Kapazitäten zu finanzieren. Die Industriestaaten verpflichten sich, neue und zusätzliche Mittel in Höhe von 30 Milliarden Dollar in den Jahren 2010 bis 2012 bereitzustellen. Die Mittel für die Anpassung werden dabei in erster Linie den am wenigsten entwickelten Ländern, den kleinen Inselstaaten und Afrika zur Verfügung gestellt.
- Für das Jahr 2020 setzen sich die Industriestaaten das Ziel, gemeinsam 100 Milliarden Dollar bereitzustellen. Diese Mittel sollen aus öffentlichen und privaten Quellen zusammenkommen.
9. Ein High-Level-Gremium soll die Beiträge zur Langfristfinanzierung beobachten.
10. Ein „Copenhagen Green Climate Fund“ soll eingerichtet werden um Minderung (inklusive REDD-plus), Anpassung, Aufbau von Kapazitäten, Technologieentwicklung und -transfer zu unterstützen.
11. Ein neuer Mechanismus soll die Entwicklung und den Transfer von Technologie beschleunigen.

12. Die Umsetzung dieser Vereinbarung wird bis Ende 2015 überprüft. Maßstab ist dabei auch das langfrist-Ziel der Konvention: die Treibhausgaskonzentration auf einem Niveau zu halten, das das Klima nicht gefährdet.

<http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2009/12/2009-12-21-copenhagen-accord.html>

Wirtschafts-, Öko- und Kulturkrise

Ansätze zur ihrer Überwindung¹

Michael Rist

Weltwirtschaftskrise

Nach einem Vorschlag von Joseph Huber und dem unabhängigen englischen Publizisten und Politikberater James Robertson in ihrem Buch „Geldschöpfung in öffentlicher Hand“ (1) sollen nur noch die Zentralbanken für die Beschaffung von neuem Geld zuständig sein und nicht mehr die Geschäftsbanken. Die beiden Autoren schreiben (S. 7): „Die Zentralbanken schöpfen den Betrag an neuem Geld, der nach ihren Einschätzungen notwendig ist“. Sicher ist es besser, wenn nur eine Stelle in jedem Land für diese Aufgabe zuständig ist. Aber ist dadurch auch gewährleistet, dass die Geldschöpfung in ihrem Umfang richtig ist?

Wie wir bei der Finanzbranche gesehen haben, waren die Banken so mächtig, dass sie den Staat bzw. die Politiker veranlassen konnten, im Notrecht - unter Umgehung des Parlaments - das Bankensystem zu „retten“. So wurden im Falle der Schweizerischen Großbank UBS 6 Milliarden Franken in Aussicht gestellt, während die USA 800 Milliarden Dollar für die Rettung ihrer Finanzbranche bereit stellten. Unabhängig davon, ob dieses Geld beansprucht wurde oder nicht, zeigte es sich, dass die „öffentliche Hand“ keine ausreichende Sicherheit bietet, um die Geldschöpfung im richtigen Ausmaß zu halten. Hinzu kommt, dass es bei einer globalen Wirtschaft eine Vielzahl von Zentralbanken gibt, die wohl kaum alle zur gleichen Auffassung kommen, wie viel Geld „nach ihrer Einschätzung“ zur Erhöhung der Geldmenge notwendig ist. Es müsste also eigentlich eine objektive Zahl für die jährlich neu zu schöpfende Geldmenge geben, die alle Zentralbanken einsehen. Man ist dieser Zahl schon etwas näher gekommen, indem man eingesehen hat, dass die neu zu schöpfende Geldmenge in einem gewissen Verhältnis zur Realwirtschaft stehen

¹ Der Text geht von einem Vortrag aus, den der Autor bei der Sozialwissenschaftlichen Tagung „Beiträge zur Weltlage“ vom 17. Oktober 2009 im Herbert Wizenmann Zentrum in Dornach/Schweiz gehalten hat.

muss. Dies bedeutet, dass Finanzwirtschaft und Realwirtschaft nicht unabhängig voneinander sind, sondern aufeinander abgestimmt sein sollten.

Die Zentralbanken stellen - nach J. Huber und J. Robertson - das Neugeld ihren Regierungen als Staatseinnahmen (abzüglich dem Aufwand für die Neugeldschöpfung) zur Verfügung. Die Regierungen bringen das neue Geld durch öffentliche Ausgaben in Umlauf, z. B. durch die Reduktion der Staatsschulden, geringere Steuerlasten oder für Bildungsvorhaben, kurz durch Ausgaben, die das Parlament demokratisch beschließt.

Auf diesen Zusammenhang von Finanzwirtschaft und Realwirtschaft gehen aber die öffentlichen Medien wie Fernsehen, Radio und Presse leider kaum ein, sondern versuchen vielmehr - wohl bewusst oder unbewusst im Dienste der Finanzwirtschaft - die Krise schönzureden, indem sie vor jeder neuen Hiobsbotschaft über weitere Kurzarbeit oder gar Entlassungen aus der Realwirtschaft meist von Firmen berichten, die sich in der Hochkonjunktur ein gutes Polster angelegt haben, - wenn sie nicht erfolgreiche Fußballspiele oder Tennisturniere vermelden. Trotzdem kann die nachhaltige Wirkung der weltweiten Wirtschaftskrise auf die Realwirtschaft nicht verschleiert werden. Unter der Überschrift „Die Industrie sieht noch keinen Aufschwung“ berichtet A. Flütsch (2): „In den nächsten Monaten verschwinden in der Industrie nochmals 8000 Arbeitsplätze - vielleicht sogar mehr.“ Robert Mayer (3) kommt zu der Auffassung: „Die Nachwirkungen des wirtschaftlichen Einbruchs werden sich 2010 erst noch richtig bemerkbar machen. Die rekordhohe Überkapazität in der Industrie wird nicht über Nacht verschwinden“, dabei seien Maschinenbauer und Metallverarbeiter gezwungen, „ihre Betriebe zu restrukturieren, was mit Stellenabbau und Entlassungen verbunden ist.“ Auch die Arbeitslosenzahlen werden im kommenden Jahr 2010 „auf 5 %“ ansteigen (4). Der jetzige selbständige Unternehmer Klaus Wellershoff (5), der frühere Chefökonom der UBS, kommt zu dem Schluss: „Jetzt das Ende der Rezession zu verkünden, grenzt für mich an Zynismus.“

Man muss sich zunächst fragen, was bedeutet eigentlich Geld? Vor der Geldwirtschaft war ja die Tauschwirtschaft das Übliche. Man hat also Waren gegen Waren getauscht, was heute noch in manchen Ländern üblich ist. Als dann das Geld aufkam, hat man die Waren gegen Geld und das Geld wieder gegen Waren getauscht, so dass das Geld nur als Tauschmittel für Waren diente. Durch die Einführung dieses Tauschmittels Geld wurde natürlich das Tauschen z. B. sperriger Güter oder großer Warenmengen sehr erleichtert. Schon Aristoteles (384-322 v. Chr.) (6) wies darauf hin, dass das Geld wie ein Maß alle Waren messbar macht. Aber er machte auch deutlich, dass zwischen beiden ein wesentlicher Unterschied besteht, indem er die Kunst der Hauswirtschaft als „ökonomia“ und die Kapitalwirtschaft als „chremastika“ bezeichnete. Auch Rudolf Steiner weist in seinem „Nationalökonomischen Kurs“ (7), der eigentlich ein weltwirtschaftlicher Kurs ist, darauf hin, dass das Geld entsprechend den verderblichen Waren auch abgeschrieben werden müsste, wenn das Geld nicht ein unlauterer Konkurrent gegenüber den Waren sein soll (S. 174). Also sollten die Abschreibungen der Waren und des Geldes

einander entsprechen. Maschinen werden z. B. mit ca. 10 % jährlich abgeschrieben, Liegenschaften mit ca. 2 - 4 %. Nun wird ja in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung neben dem Bruttoinlandprodukt (BIP) in jeder Volkswirtschaft angegeben, wie groß der Abschreibungsbetrag ist. Zum Beispiel belief sich das Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik Deutschland 2007 auf ca. 2.423 Milliarden Euro, während die Abschreibungen ca. 359 Milliarden Euro betragen (8), so dass die Abschreibungen ca. 15 % des Bruttoinlandprodukts ausmachten. Dies bedeutet, dass die jährliche Neugeldschöpfung einer Volkswirtschaft durch die entsprechende Zentralbank sich im Rahmen der Abschreibungsquote bewegen und nicht nur den „Einschätzungen“ der jeweiligen Zentralbank überlassen werden sollten.

Dieser Vorgang ist vergleichbar einem biologischen Prozess z. B. der sogenannten Plenter-Waldwirtschaft, bei der ein gewisser jährlicher Holzertrag geerntet werden kann, aber ein ständig sich verjüngender Dauerhochwald vorhanden bleibt, mit Bäumen aller Altersklassen, weil nicht zu viel oder zu wenig jährlicher Holzertrag abgeerntet wird (vergleichbar der jährlichen Abschreibung und Neugeldschöpfung). Nur muss in der Finanzwirtschaft der Mensch die richtige jährliche Abschreibung und Neugeldschöpfung (vergleichbar dem jährlichen Holzertrag und dem natürlichen biologischen Nachwachsen des Waldes) selbst an die Hand nehmen (9).

Wird dies nicht gemacht, so entsteht ein falsches Bild vom Wachstum der Volkswirtschaften und selbstverständlich auch der globalen Wirtschaft. Wenn alle das Geld nicht abschreiben, fällt dies natürlich niemandem auf, aber es ist trotzdem nicht richtig.

Weltweite Ökokrise

Wir leben aber nicht nur in einer globalen Wirtschaftskrise, sondern auch in einer weltweiten Ökokrise, die sich nur langsamer, aber genauso schwerwiegend entwickelt. Als „ökologischer Fußabdruck“ der Schweiz

wurde sie auch von verschiedenen Bundesämtern (ARE, DEZA, BAFU, BFS) bearbeitet (10). Leider gehen die Zahlen der öffentlichen Publikationen der Bundesämter nur bis zum Jahr 2002. Neuere Zahlen bis 2005 bzw. 2010 sind teilweise enthalten in „Living Planet Report 2008“ vom WWF (11). Abgesehen vom CO₂-Ausstoß der Industrieländer ändern sich die Zahlen nicht sehr schnell, und es ist es besorgniserregend genug, die Zahlen bis 2002 zur Kenntnis zu nehmen.

Der ökologische Fußabdruck ist ein Maß, das den Verbrauch der natürlichen Ressourcen in Flächeneinheiten, den sog. „globalen Hektaren“ (gha) umrechnet. Unter „Biokapazität“ wird die biologische Produktivität einer Fläche ebenfalls in globalen Hektaren (gha) verstanden. Da beide Werte in globale Hektaren (gha) umgerechnet werden, sind Ressourcenverbrauch und natürliche Ressourcenerzeugung (Biokapazität) gut miteinander zu vergleichen. - Den größten ökologischen Fußabdruck haben die Vereinigten Arabischen Emirate mit 10,5 gha, gefolgt von den Vereinigten Staaten von Amerika mit 9,6 gha.

Wie Abb. 1 zeigt, beträgt der ökologische Fußabdruck der Schweiz pro Kopf der Bevölkerung 4,7 gha, die Biokapazität der Schweiz aber nur 1,6 gha. Das Defizit an Schweizer Biokapazität pro Kopf der Bevölkerung beträgt also 3,1 gha. Das heißt, der ökologische Fußabdruck der Schweiz ist fast dreimal so groß wie die eigene Biokapazität. Die Schweizer Bevölkerung verbraucht also fast dreimal mehr Ressourcen, als im eigenen Land an Biokapazität erzeugt wird. Dies ist nur möglich, indem die Schweiz mehr Biokapazität einführt, als sie verbraucht. Es ergibt sich dies durch den Import von Biokapazität aus anderen Ländern, deren Biokapazität höher ist als ihr eigener Ressourcenverbrauch, namentlich durch die Einfuhr von Lebensmitteln. - Die weltweite Biokapazität pro Kopf der Bevölkerung macht durchschnittlich 1,8 gha aus.

Der ökologische Fußabdruck der Schweiz setzt sich 2002 in Prozent folgendermaßen zusammen: 11 % Ackerfläche, 6 % Weidefläche, 9 % Wald, 3 % Fischerei, 4 % Siedlungsfläche, 35 % fossile Energie,

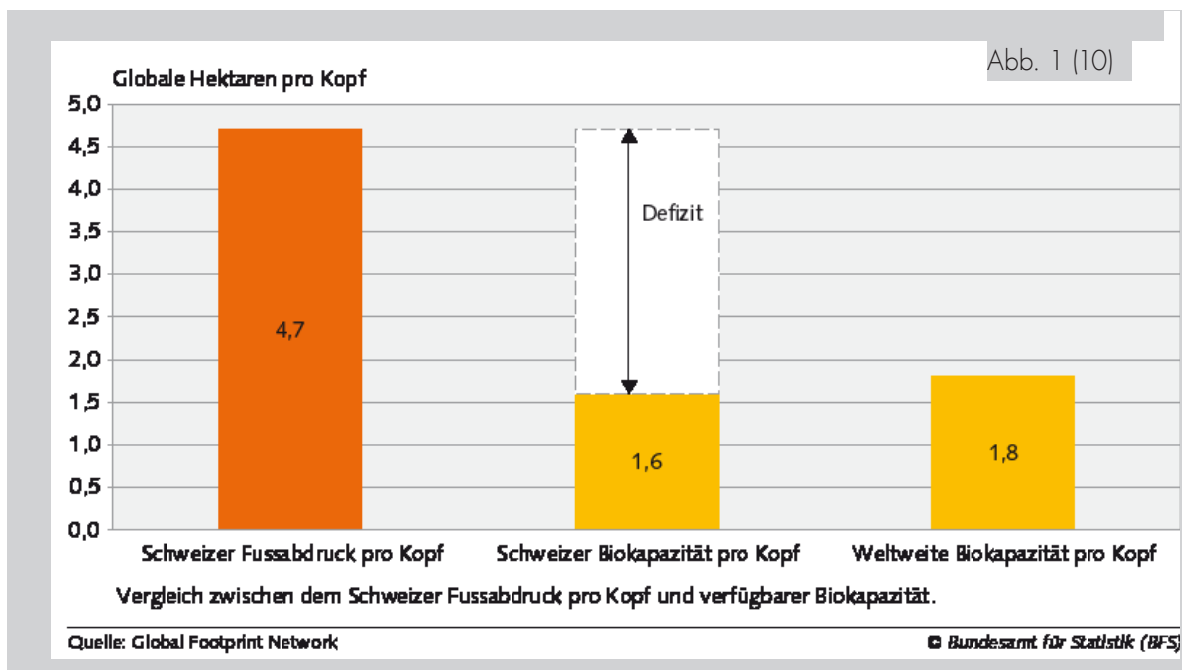


Abb. 2 (10):

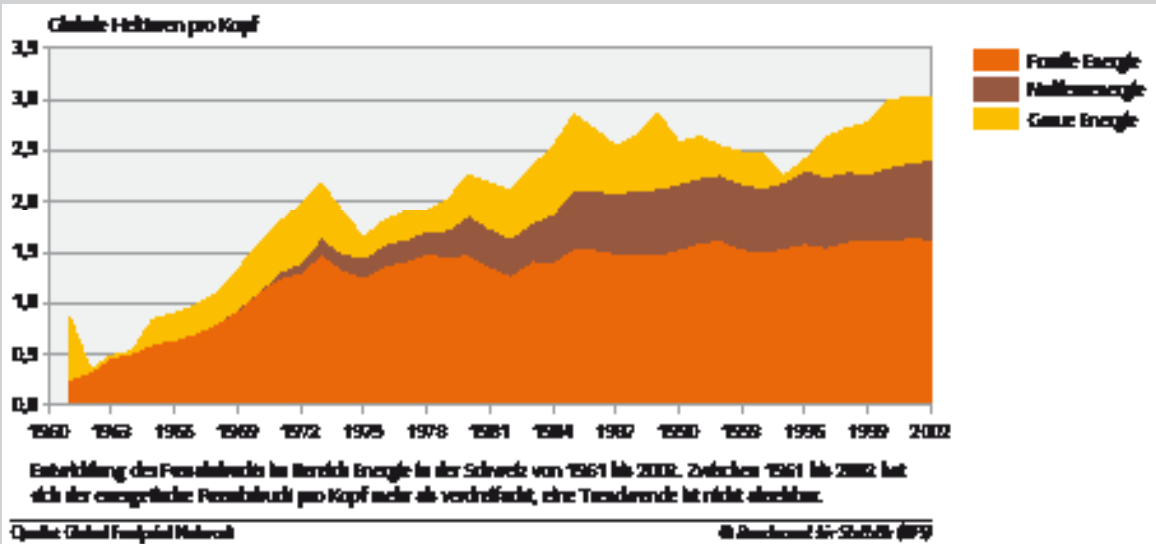
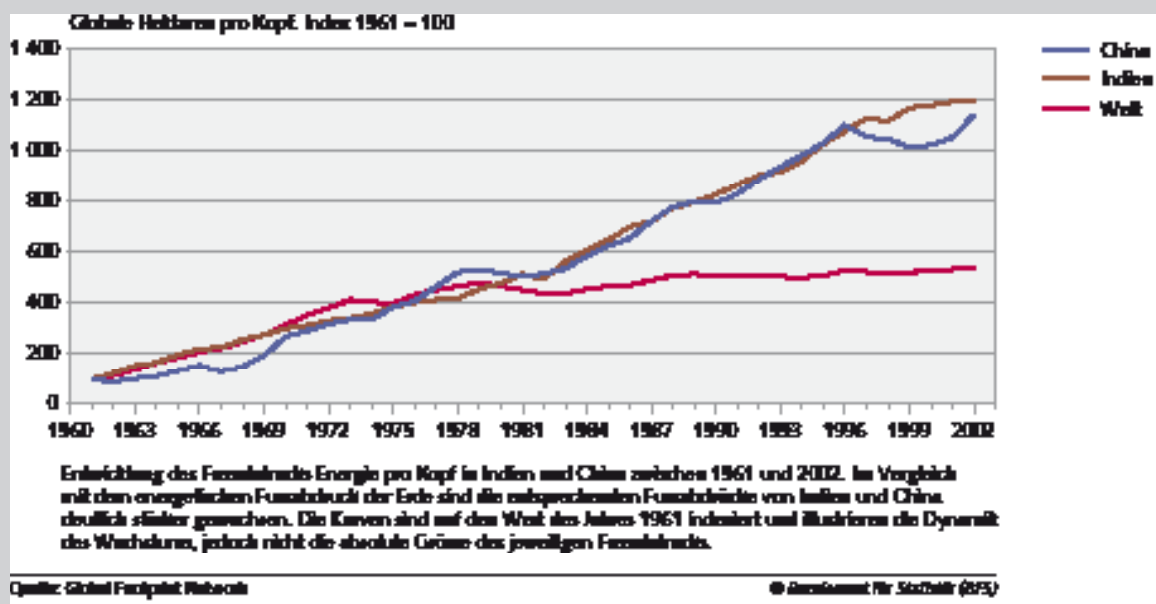


Abb. 3 (10):



17 % Nuklearenergie und 15 % graue Energie, so dass 67 % des ökologischen Fußabdrucks durch den Energieverbrauch verursacht wird. Unter grauer Energie wird dabei die Energiemenge verstanden, die in der Herstellung, dem Transport und der Entsorgung von Produkten enthalten ist, die in den Produkten importiert werden, abzüglich der Produkte, die exportiert werden, d. h. dass in den importierten Waren in der Schweiz mehr Energie steckt als in den exportierten Produkten (z. B. Autos, Möbel, Lebensmittel etc.).

In Abbildung 2 ist der Anstieg des Energieverbrauchs der Schweiz pro Kopf der Bevölkerung dargestellt, wobei zwischen fossiler, nuklearer und grauer Energie unterschieden wird. In Abb. 3 ist der energetische Fußabdruck von China und Indien im Vergleich mit dem energetischen Fußabdruck der Erde dargestellt (indexiert auf 1961 = 100). Sie zeigt den ebenfalls starken Anstieg des Energieverbrauchs der beiden Länder ab den 80er Jahren.

Der Vergleich der weltweiten Entwicklung des ökologischen Fußabdrucks und der Biokapazität von 1961 - 2002 in Milliarden globalen Hektaren zeigt auf, wie

ca. 1986 dieser Fußabdruck die vorhandene weltweite Biokapazität überschreitet.

Die Weltkarte (Abb. 4) zeigt die globale Verteilung des ökologischen Fußabdrucks im Jahr 2002. Die Länder Alaska, Kanada, Nordamerika, England, Frankreich, Norwegen, Schweden, Finnland, Australien und Neuseeland konsumieren über 300 % der durchschnittlich verfügbaren Biokapazität. Die Länder Peru, Mali, Sierraleone, Liberia, Elfenbeinküste, Togo, Kamerun, Kongo, Sambia, Simbabwe, Mosambique, Tansania, Kenia, Somalia, Eritrea, Madagaskar, Jemen, Indien, Sri Lanka, Bangladesh, Myanmar und Nordkorea konsumieren weniger als 50 % der durchschnittlich verfügbaren Biokapazität. Die übrigen Länder liegen dazwischen.

Abb. 5 zeigt den Unterschied zwischen dem ökologischen Fußabdruck der Schweiz und der eigenen Biokapazität in Mio. gha von 1961 - 2002 auf. Während die Schweizer Biokapazität bei ca. 12 Mio. gha verharret, steigt der Schweizer ökologische Fußabdruck bis auf 35 Mio. gha an. Aber in den Rezessionszeiten von ca. 1973 - 1979 und von ca. 1989 - 2002 ist ein Rückgang des ökologischen Fußabdrucks der Schweiz

von ca. 1973 bis ca. 1977 und von ca. 1989 bis ca. 1995 festzustellen, danach vergrößert er sich jeweils wieder. Also ist der Rückgang des ökologischen Fußabdrucks mit dem Rückgang der Hochkonjunktur verbunden, was ja auch verständlich ist, da beim Rückgang der Hochkonjunktur weniger produziert wird. Bestätigt wurde diese Auffassung auch von der Aussage von Radio DRS vom September 2009, dass die Ökobelastung infolge der Wirtschaftskrise zurückgegangen sei.

In Abb. 6 (S. 20) ist nun dargestellt, wie sich die Verfasser von „Der ökologische Fußabdruck der Schweiz“ den Rückgang der ökologischen Weltbelastung zum „Konvergenzkorridor“ vorstellen. Nach dieser Abbildung sind es in erster Linie die Industriestaaten des Nordens, die ihren Verbrauch an Energie und Ressourcen am stärksten einschränken müssten, um den „Konvergenzkorridor“, d. h. das Gleichgewicht zwischen der eige-

nen Biokapazität und dem ökologischen Fußabdruck zu erreichen. Die Länder des Südens könnten ihren ökologischen Fußabdruck (2002) noch geringfügig steigern, während auch die Schwellenländer ihren Verbrauch an natürlichen Ressourcen und Energie schon jetzt abschwächen müssten.

Die zwei Beispiele aus Abb. 6 zeigen, wie auch durch den Einbruch der Hochkonjunktur der ökologische Fußabdruck verringert wird. Durch die Nutzung der Sonneinstrahlung durch Photovoltaik und Warmwassererzeugung sowie bessere Isolation der Wohnhäuser könnte der Norden Fremdenergie einsparen, was den ökologischen Fußabdruck der Siedlungsflächen verringern würde. Es reicht aber noch nicht aus, um in den „Konvergenzkorridor“ zu kommen. Da auch die Wirtschaftskrise kein erstrebenswertes Mittel ist, die Diskrepanz zu überwinden, müssen andere Mittel gesucht werden.

Abb. 4 (10):

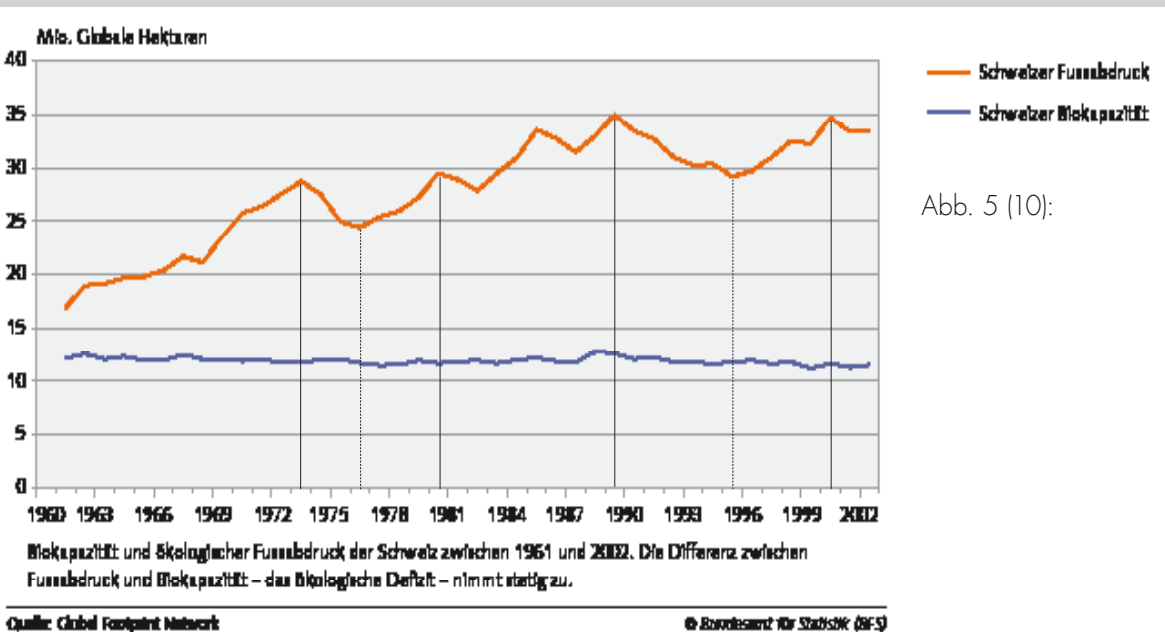
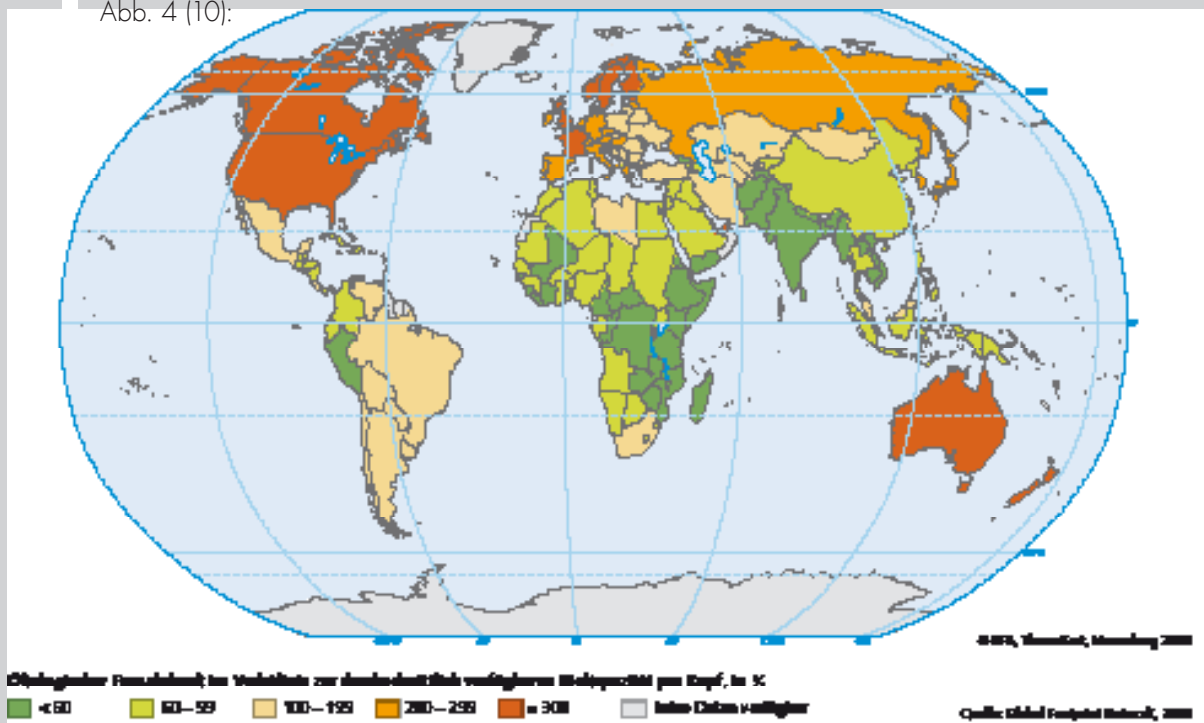


Abb. 5 (10):

Kulturkrise

Unser derzeitiges Verhalten in der westlichen Welt ist durch einen mehr oder weniger rücksichtslosen Egoismus geprägt. Das ist unsere eigentliche Kulturkrise. Sie ist der Grund für alle derzeitigen und kommenden Krisen. In unserer weltweiten Finanzkrise haben die Banker vor allem an sich gedacht, während in der Ökokrise auch die Wirtschaft besonders an den eigenen Vorteilen interessiert war und übersah, dass die Umwelt unter unserer vielseitigen Produktion die endlichen Ressourcen unserer Erde zum Schwinden bringen und durch den riesigen Energieverbrauch und den damit verbundenen CO₂-Ausstoß die Erde unzulässig erwärmen muss. Unterstützt wurde diese Entwicklung durch die fast überall als richtig angesehene Behauptung, der Markt würde die Unzulänglichkeit der Menschen schon korrigieren, was - wie man heute sieht - nicht der Fall ist und wohl auch nie der Fall sein wird.

Es ergibt sich deshalb die Frage: Wie kommen wir zur Überwindung des Egoismus? Nun, eigentlich ist dies nicht so schwierig, denn wir sind ja schon auf dem Weg dazu. Wieso? Sehen Sie, in jeder Berufsausbildung werden doch Einsichten vermittelt. Und in der Berufsausübung werden dann diese Einsichten realisiert. Handelt es sich um richtige und umfassende Einsichten, so wird die Bedarfsdeckung der Menschen durch die Wirtschaft richtig betrieben. Handelt es sich um unrichtige oder unvollständige Einsichten, so kommt es zu Fehlleistungen der Menschen, wie die heutigen Krisen zeigen. Also ist das probate Mittel, den Egoismus zu überwinden, das Handeln aus richtigen und umfassenden Einsichten. Wir stehen heute vor dem Dilemma, dass wir anscheinend keine richtige und umfassende Wirtschaftswissenschaft, also keine richtige und umfassende Sozialökonomie haben, und dass wir eine umfassende Ökowijsenschaft noch zu wenig Ernst nehmen. Obwohl ein ökovertägliches Wirtschaften bereits in vielen Köpfen angekommen ist, fehlt es meist an entsprechendem allseitigem Praktizieren, was ja eigentlich in den Verhandlungen in Kopenhagen im Dezember 2009 weltweit angestrebt werden sollte.

Wie Abb. 5 zeigt, wird der ökologische Fußabdruck, d.h. die ökologische Fehlleistung der Wirtschaft schon

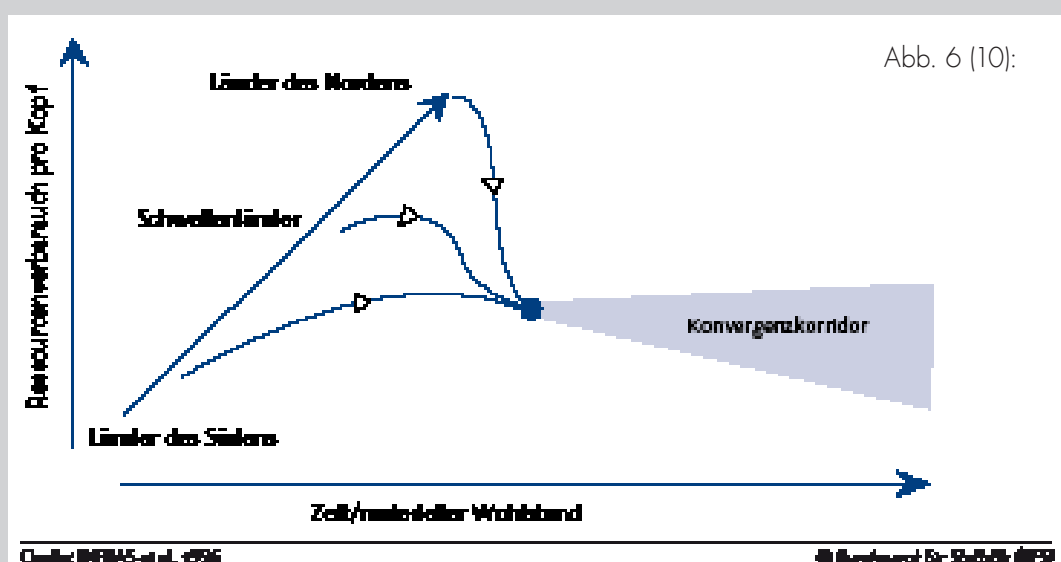
durch leichtere Wirtschaftseinbrüche reduziert. Da aber der Wirtschaftseinbruch mit seinen Entlassungen von Arbeitskräften und deren Einkommenslosigkeit verbunden ist, ist die Wirtschaftskrise kein erstrebenswertes Mittel, um die Ökokrise zu meistern. Trotzdem müssen wir unsere industrielle Produktion zurückfahren, indem wir nur noch das Notwendige produzieren und auf Luxus weitgehend verzichten, wir müssen u.a. auch die Einkommen aus der erforderlichen Produktion gerechter verteilen (12). Dies bedeutet, dass wir z. B. auf den Ferienflug zugunsten einer erholsamen Wanderung verzichten. Außerdem sollten wir die Sonnenenergie nicht nur wie von alters her für die Lebensmittelproduktion verwenden, sondern für die nötige Stromerzeugung, wir sollten Heizmittel durch bessere Gebäudeisolation einsparen und Windenergie-Anlagen nutzen. Die letzteren zählen also zur notwendigen Produktion, weshalb wir die Entlassenen auf die Produktion in diesen Bereichen umschulen sollten. Mit diesem Verzicht auf Luxusproduktion könnte auch die wöchentliche Arbeitszeit auf 35 Stunden oder weniger reduziert und damit eine sinnvolle Freizeitbeschäftigung gefördert werden.

Durch eine solche oder ähnliche Reduktion unserer Arbeitszeit und unserer wirtschaftlichen Produktionszeit könnte der Zeiteanteil für Studien- und Freizeit bei gerechter verteiltem Lohn weiter gesteigert werden. Betrug doch die normale Arbeitszeit 1900 noch 60 Stunden und heute nur noch 40 Stunden pro Woche (13). Durch dieses Handeln aus umfassender und richtiger Einsicht könnten auch die Menschen untereinander friedfertiger werden und in besserer Übereinstimmung mit der Natur leben.

Nun möchte ich zeigen, wie mein Team und ich im Jahr 1962 bis 1970 uns in der Dreigliederung des sozialen Organismus bei der Realisation von ca. 100 Aussiedlungshöfen des sog. „Siedlungstyps Aargau“ zurechtgefunden haben (14).

Da ein Aussiedlungshof je nach Größe damals Hochbaukosten von Fr. 500.000.- bis 800.000.- verursachte, haben wir in diesen Jahren ca. 50 bis 80 Millionen Franken verbaut.

- Zunächst wurde beim Siedlungstyp Aargau die Konkurrenz kultiviert, indem ein Architekten-Wettbewerb



ausgeschrieben wurde. Dann wurde die „Aargauische Landwirtschaftliche Siedlungsbaugenossenschaft“ gegründet, in der der Architekt, die Vertreter der Siedler und das Meliorationsamt zusammenarbeiteten.

- Die wirtschaftlichen Güter bestehen aus den Rohstoffen, den Tätigkeiten der Arbeiter und den in sie einfließenden früheren oder heutigen Erfindungen. Durch eine gute Planung und effiziente Bauführung sowie den Einsatz professioneller Unternehmer haben wir den Arbeitsaufwand minimiert.

- In der arbeitsteiligen Wirtschaft arbeitet eigentlich jeder für die Bedürfnisse des Anderen. In diesem Sinne haben wir versucht, den Siedlern optimale Höfe in Bezug auf Funktionalität (Arbeitswirtschaft) und Kosten zu bauen.

- Beim Siedlungstyp Aargau haben wir eine Betonarmierung gewählt, die die statische Sicherheit gewährt.

- Der Zins für den Verwaltungsaufwand der Banken erscheint gerechtfertigt. Da die Siedler das Bauland in Form von Landwirtschaftsland zur Verfügung hatten und außerdem Subventionen erhielten, war wenig Zins zu zahlen.

- Die Aufgabe der Wirtschaft ist es, den Bedarf der Mitmenschen zu decken und die sonst möglichen Gewinne durch die Verbilligung der Waren und Dienstleistungen an die Kunden weiterzugeben. - Unser Rechnungsführer meinte eines Tages: „So viel wie jetzt haben wir noch nie gebaut, aber wir haben keinen Gewinn gemacht.“ Meine Antwort war: „Wir haben doch einen Gewinn erzielt, indem wir die Aussiedlungshöfe - bei gleicher Qualität - um 10 - 20 % günstiger erstellt.“

- Der Erhöhung der Baukosten durch die Bodenpreise war bei uns nicht gegeben, da das Bauland im Aussiedlungsland enthalten war.

- Die Nachfrage nach Geld der Unternehmer und die Nachfrage der Siedler nach guten und preisgünstigen Aussiedlungshöfen wurde durch die offene Zusammenarbeit von Meliorationsamt, Siedlungsbaugenossenschaft sowie durch den Architekten und die Bauführer gewährleistet.

- Die Subventionen an die Siedler trugen zum „paritätischen Lohn“ der Bauern bei.

- Der Wettbewerb für eine günstige Planungslösung, die Subventionen an die Bauern und die preisgünstigste Realisierung der Höfe ergaben ein gutes Ineinandergreifen des freien Geisteslebens, des bedarfsdeckenden Wirtschaftslebens und des Rechtslebens.

- Durch den Bau der Aussiedlungshöfe trugen wir dazu bei, dass das in der Staatskasse angesammelte Kapital sich nicht in Grund und Boden staut oder das Bankgeld seinen Wert im Gegensatz zu den alternden Gütern behält, sondern wieder in den Produktions- und Konsumkreislauf eingegliedert wurde.

- Durch die Subventionen, das Leihgeld der Banken und die Zahlungen der Bauherren konnte der Geist d. h. die Tätigkeit des Architekten, der Bauführer, der Siedlungsgenossenschaft, des Meliorationsamtes und der Unternehmer ungestört in das Wirtschaftsleben eingreifen.

- Der volkswirtschaftliche Wert einer richtigen Wirtschaftswissenschaft ergibt sich aus der eingesparten Handarbeit. Durch den Bau der Aussiedlungshöfe haben wir auch einen Teil dazu beigetragen.

Durch ein Handeln aus richtiger und umfassender Einsicht in das Wirtschaftsleben versuchten wir in den 60er Jahren, etwas vom „Nationalökonomischen Kurs“ von Rudolf Steiner (7) praktisch umzusetzen. Die heutige Zeit muss die Aufgabe lösen, die Folgen der weltweiten Wirtschaftskrise zu lindern, dabei aber auch die Gefahren einer Ökokrise im Auge zu behalten. Die Grundlagen, die Rudolf Steiner mit seinem Konzept der Dreigliederung gelegt hat, stehen uns auch jetzt zur Entwicklung einer gesunden, krisenresistenten und nachhaltigen Wirtschaft zu Gebote.

Literatur

(1) Huber, J. und Robertson, J. (2008): Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Verlag für Sozialökonomie, Gauke GmbH, Kiel

(2) Flütisch, A. (2009): Die Industrie sieht noch keinen Aufschwung. Zürcher Tages-Anzeiger, 2. 9. 2009, S. 21

(3) Mayer, R. (2009): Konjunktur jetzt stärken. Zürcher Tages-Anzeiger, 10. 9. 2009, S. 1

(4) Staatssekretariat für Wirtschaft (2009): Arbeitsmarkt: Düstere Aussichten. Zürcher Tages-Anzeiger, 17. 9. 2009, S. 23

(5) Wellershoff, K., Barandun, A. und Mayer, R. (2009): Die Schweiz gehört zu den Gewinnern. Zürcher Tages-Anzeiger, 1. 9. 2009, S. 23

(6) Gigon, O. (1967): Aristoteles: Die Nikomachische Ethik. Artemis-Verlag Zürich und Stuttgart.

(7) Steiner, R. (1922): Nationalökonomischer Kurs. Rudolf Steiner Nachlassverwaltung, Dornach 1965, S. 174

(8) Statistisches Bundesamt (2007): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung - Wikipedia, S.4

(9) Zürcher, E. (2009): Mündliche Mitteilung, Zürich, 21. 9. 2009

(10) Stokar, v. Th., Steinemann, M., Rügge, B. (INFRAS), Schmill, J. (Locher, Schmill, van Wezemael und Partner AG) (2006): Der Ökologische Fußabdruck der Schweiz, S. 1-51. Herausgeber: Bundesamt für Raumentwicklung (ARE), Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) Bundesamt für Umwelt (BAFU), Bundesamt für Statistik (BFS).

Man findet den Text im Internet auf den Seiten des Schweizer Bundesamtes für Statistik. <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/22/lexi.Document.86629.pdf>. Dort sind auch die Abbildungen entnommen, deren nichtkommerziellen Gebrauch das BfS dankenswerter Weise gestattet (vgl. http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/dienstleistungen/premiere_visite/02/02_03/copy.html)

(11) Leape, J. (2008): LIVING PLANET REPORT 2008 (deutschsprachige Version): WWF International

(12) Rist, M. (2007): Ein Bedarfsdeckungsmodell - zur Debatte über die Einkommensbildung. Sozialimpulse - Rundbrief Dreigliederung des sozialen Organismus Nr. 1 (März) S. 28-32

(13) Speier, F. (1992): Wie der Streik die Welt ein bisschen besser gemacht hat. Peter Moosleitners interessantes Magazin (P.M.), München, Nr. 9, S. 90-96

(14) Rist, M. (2005): Anthroposophie in Wirtschaftswissenschaft und -praxis. Tagungsbericht zur assoziativen Wirtschaftsordnung I, Johannes Kreyenbühl Akademie und Sektion für Sozialwissenschaft am Goetheanum. Rütliweg 8, CH-4143 Dornach, S.7-14.

Burnout

Was stärkt und was schwächt die Lebenskräfte in Individuen und Gemeinschaften?¹

Christoph Strawe

Der „Burnout“-Begriff wurde erstmals 1974 von dem New Yorker Psychologen Dr. Herbert Freudenberger verwendet. Das Wort deutet auf das Ausgebranntsein als Kern des Problems. Es handelt sich „um einen andauernden und schweren emotionalen Erschöpfungszustand mit sowohl seelischen als auch körperlichen Beschwerden.“² Charakteristisch sind emotionale Erschöpfung und Leere sowie der Verlust des Erlebens der Sinnhaftigkeit der eigenen Arbeit und des Glaubens an sich selbst. Hinzu kommt oft eine zynische Haltung: man verliert die Wertschätzung für sich selbst und für andere Menschen.

Die Symptome des Burnout können sich mit denen einer Depression überlappen. „Beim Burnout-Syndrom können neben dem emotionalen Erschöpfungssyndrom erhebliche Konzentrations- und Gedächtnisstörungen auftreten. Häufig kommen noch weitere, körperliche bzw. psychosomatische Symptome hinzu: Je nach Veranlagung können Kopfschmerzen, Herz-Kreislaufbeschwerden, Bluthochdruck, Schwindel-Symptome oder Muskel- und Rückenschmerzen auftreten, meist ohne ausreichenden körperlichen Befund.“ Typisch ist auch der Verlust der „Work-Life-Balance“. Das Austrocknen sozialer Kontakte, fehlende Anerkennung bzw. Unterstützung sind soziale Ursachen von Burnout. Vorbeugend werden Supervisionsgruppen, z.B. unter Kollegen („peer-group-supervision“) oder Psychotherapie empfohlen.

„Welche Berufe sind betroffen? Betroffen vom Burnout-Syndrom sind vor allem Personen in Berufen, wo ständig

Dienst an anderen Menschen geleistet werden muss, also u. a. in therapeutischen und erzieherischen Berufen (z. B. Heimerzieher, Lehrer, Pflegekräfte), aber auch im Bereich der Kundenbetreuung (z. B. Beschäftigte in Sozialämtern, Mitarbeiter in Call-Centern). Neuere Untersuchungen, besonders auf Intensiv-, Krebs- und AIDS-Stationen zeigen, dass 40 bis 60 % der Pflegekräfte und 15 bis 30 % der Ärzte an Burnout-Symptomen leiden. Bei den Lehrern sind nach einer neueren Studie in Deutschland etwa 30 % betroffen, weitere etwa 20 % der Lehrer befinden sich in einem Vorstadium zum Burnout.“³ Immer mehr Menschen sind also von Burnout betroffen oder haben Anlass, sich vorbeugend mit dem Thema zu beschäftigen.

Als Burnout-Ursachen werden u. a. „Überengagement“ und „Perfektionismus“ genannt. Diese Diagnose ist sicher nicht falsch, bedarf aber der Präzisierung. Sonst kommt heraus, dass der Grund allen Übels darin liege, dass sich Menschen zu sehr für andere einsetzen und dass nicht der falsche Umgang mit Idealen das Problem sei, sondern Ideale als solche ein Burnout-Risiko beinhalten. Das widerspräche unter anderem der Erfahrung, dass gerade Tätigsein für andere Freude machen kann. Es ist das Erleben der permanenten Überforderung in der Tätigkeit, die lähmt und erschöpft. Das Leben gerät aus dem Gleichgewicht, wo ich mich nicht mehr so regenerieren kann, dass ich wieder mit Lust zu arbeiten vermag. Wobei Regeneration hier im weitesten Sinne zu nehmen ist, also einschließlich schöpferischer Pausen und des Erwerbs neuer für die Tätigkeit wichtiger Fähigkeiten. Ohne das fühlt man, dass man abstumpft. Stephen R. Covey erzählt die Geschichte von einem Mann, der einen Baum fällen will und sich seit Morgens Stunde um Stunde vergeblich abmüht. Ein anderer kommt am Abend zum zweiten Mal vorbei und fragt, warum es nicht vorangeht. „Meine Säge ist zu stumpf“, ist die Antwort. „Warum schärfst Du dann Deine Säge nicht?“ Antwort: „Keine Zeit, ich muss den Baum fällen.“⁴ Stephen Covey entwickelt aus der Geschichte Punkt 7 seiner „sieben Wege zur Effektivität“, nämlich immer wieder „die Säge zu schärfen“. Burnout entsteht, wo die Säge stumpf geworden ist.

Soziale Ursachen von Burnout geraten heute vermehrt in den Blick. Man spricht da allerdings nicht von „sozialem Burnout“. In der Tat wäre soziales Burnout noch etwas anderes als sozial bedingtes individuelles Burnout. Auch eine Einrichtung kann „ausgebrannt“ wirken, einen müden, desolaten und überforderten Eindruck machen. Die moderne Gemeinschaft - das wird noch genauer zu zeigen sein - lebt vom Engagement und der Kreativität der einzelnen Beteiligten. Insofern können wir weder einfach sagen: Die Gemeinschaft ist schuld, dass es uns schlecht geht, noch: Das Problem liegt nur beim Einzelnen. Es geht nicht darum, den schwarzen Peter hin und her zu schieben. Vielmehr bemerken wir: Wir müssen etwas an uns tun, wenn wir etwas für die Gemeinschaft tun wollen und wir müssen in der Gemeinschaft wirken, um selbst weiterzukommen, an unseren Aufgaben zu wachsen. Damit das geht, muss aber die Gemeinschaft durchlässig sein für unser Engagement.

¹ Dieser Text basiert auf einem Vortrag, den der Autor am 31. Oktober dieses Jahres bei einem Seminar in Frankfurt am Main gehalten hat, das das Thema „Lebenskräfte im sozialen Organismus - Zur Überwindung von individuellem und sozialem Burnout“ behandelte. Weitere Vorträge hielten dort Udo Herrmannstorfer (Themen „Tod und Auferstehung der Gemeinschaft: Das Versiegen alter und die Erschließung neuer individueller und sozialer Lebenskräfte“ und „Die Ausschaltung des Menschlichen: Die Gefährdung der neuen Gemeinschaft durch luziferische und ahirmanische Kräfte“) und Harald Spehl (Thema „Das Belebende liegt im Mitgestalten - Ergebnis- und Prozessorientierung, Organbildung“).

² Joachim Bauer: Stress und Burnout. Seelische Gesundheit im Beruf. <http://www.psychotherapie-prof-bauer.de/> > Burnout im Beruf. Vgl. diesen Text auch im Folgenden.

³ Ebenda

⁴ Stephen R. Covey: Die 7 Wege zur Effektivität: Prinzipien für persönlichen und beruflichen Erfolg. Gabal-Verlag Offenbach 2005 (Erstausgabe 1990)

Auf dem Weg zu einem Verständnis der Lebenskräfte

Wir sprechen hier und auch an vielen Stellen unseres Alltags von Lebenskräften. „Lebenskräfte“ sind zunächst etwas, was wir erfahren, wenn wir uns frisch, energiegeladener und positiv gestimmt fühlen. Wir sprechen auch davon, dass eine Erfrischung oder körperliche Betätigung an der frischen Luft „unsere Lebensgeister weckt“. Lebenskräfte treten uns von außen im Bild entgegen, wenn wir das junge Grün der Pflanzen im Frühling oder die zarte Haut eines Säuglings betrachten. In allen Gesten des Gedeihens, Blühens usw. finden wir sie, in allen Vorgängen des Welkens, Erschlaffens, Erblässens, Absterbens sehen wir ihr Schwinden.

Was die Physis des Menschen ohne Lebenskräfte wäre, zeigt sich, so R. Steiner, am Leichnam. Diese Physis (durch die der Mensch Teil der „mineralischen Welt“ ist), zerfällt dann. So ist das Ensemble der Lebenskräfte ein permanenter Kämpfer gegen den Tod. R. Steiner nennt dieses Ensemble „Ätherleib“ - an anderen Stellen auch Bilde-Kräfte-Leib oder Lebensorganisation. Dieser „Lebensleib“ ist also das, was die unbelebten Stoffe und Kräfte ins Lebendige heraufhebt. - Dasjenige, was die Lebensvorgänge ins Bewusstsein hebt, einen inneren Erlebnisraum schafft und zu Bewegung treibt, nennt Steiner mit einem alten - und schwierigen - Ausdruck „Astralleib“. Was diesen Erlebnissen Kontinuität gibt, sie erinnerbar macht und damit das Erlebnis des Mit-Sich-Identisch-Seins ermöglicht, nennt er das „Ich“.⁵

Die Lebenskräfte werden hier also ein Glied im Wesensgefüge des Menschen aufgefasst, das wiederum mit dem Schichtengefüge der Welt korrespondiert, ein Gedanke, den man in der Philosophie des 20. Jahrhunderts etwa auch bei Nikolai Hartmann (1882-1950) findet, der diese Schichten als Unorganisches, Leben, Seele und Geist beschreibt (wobei die letzteren ganz unräumlich zu denken sind.). Dabei werden die unteren Schichten jeweils von den höheren überformt.

Die neuere Naturwissenschaft hat sich auf die gegenständliche Seite der Natur konzentriert - was zu der materialistischen Interpretation geführt hat, Leben sei nur das „Epiphänomen“ materieller (chemischer, physikalischer) Prozesse. „Leben ist die Daseinsweise der Eiweißkörper und Nukleinsäuren“, formulierte Friedrich Engels dieses Credo in seinem „Anti-Dühring“.

Diese Auffassung ist in ihrem Reduktionismus zutiefst unbefriedigend. Allerdings können auch die Versuche einer älteren Naturwissenschaft nicht überzeugen, eine

5 Was den Beitrag der Anthroposophie zur Erforschung der Lebenskräfte angeht, ist immer noch lohnend zu lesen der zusammenfassende Beitrag von Herrmann Poppelbaum „Begriff und Wirkungsweise des Ätherleibs“. Wieder abgedruckt in Jochen Bockemühl (Hg.): Erscheinungsformen des Ätherischen. Beiträge zur Anthroposophie 1, Verlag Freies Geistesleben, Stuttgart 1977. Poppelbaum schreibt: „Der Ätherleib des Menschen ist wie sein physischer Leib durch den Einbezug der höheren Glieder, den astralischen Leib und das Ich, aus dem Bloß-Lebendigen herausgehoben. Er kann auch nicht mehr in das Bloß-Lebendige zurückversetzt werden. Daher die gewissermaßen warnend klingende Feststellung R. Steiners: ‚Ein menschlicher physischer Leib darf niemals bloßen physischen, ein menschlicher Ätherleib niemals bloßen ätherischen Wirkungen unterliegen. Sie würden dadurch zerfallen.‘ (GA 27/1972/Kapitel I)“ (a.a.O., S. 181)

besondere Lebenskraft aufzufinden. Man dachte sie analog zu den bisher bekannten Naturkräften, zeitweilig hoffte man sie sogar in der Elektrizität entdeckt zu haben. R. Steiner distanziert sich ausdrücklich von diesem Ansatz.

„Werdend betrachte sie nun...“

Das sogenannte Ätherische ist kein noch unerforschtes Physisches - es durchdringt das Physische vielmehr dergestalt, dass es im Miteinander der Prozesse zu erkennen ist, in der „Ganzheitlichkeit“ des Organischen. In Wirklichkeit zeigt sich das Lebendige in den Zeitgestalten der Wachstumsgesten der organischen Wesen. „Werdend betrachte sie nun, wie nach und nach sich die Pflanze / Stufenweise geführt, bildet zu Blüten und Frucht“, heißt es in Goethes Gedicht „Die Metamorphose der Pflanzen“. Kräfte sind am Werk, die sich in bildenden Bewegungen „plastizierend“ ausleben.⁶ Aus der Logik des Raumes, wo sich die Dinge gegenseitig ausschließen, gelangen wir in die Logik der Zeit, wo eins aus dem anderen hervorgeht.⁷

Vom „Reize des Lichts, des heiligen, ewig bewegten“ ist bei Goethe die Rede und vom Wasser als Träger des Lebendigen: „Quillet strebend empor, sich milder Feuchte vertrauend ...“ Man kann das als Hindeuten darauf verstehen, dass das Ätherische verschiedene Dimensionen hat, die wiederum einen Bezug zu den klassischen Elementen aufweisen. Der Zusammenhang von „Wasser“, „Strömen“ - in fließenden, gleitenden, scherenden, wendenden, wirbelnden Bewegungen⁸ - und „Leben“ erschließt sich uns anfänglich bereits in der alltäglichen Selbstbeobachtung: Ein Spaziergang am Wasser kann uns erfrischen. Ein Problem bewältigen wir, indem wir Erstarres verflüssigen: wir „lösen“ es - und fühlen uns selbst dadurch vielleicht „gelöst“, ja „erlöst“.

Wohlgemerkt: sinnlich-physisch sind die Lebenskräfte nur an ihren Wirkungen erkennbar, wobei das Ätherische die physische Substanz organisiert, das Physische die ätherische Organisation in die Sichtbarkeit bringt.⁹ R. Steiner unterschied zwischen ätherischen Bildekräften und Ätherarten („Wärmeäther“, „Lichtäther“, „che-

6 Vgl. R. Steiner, GA 276, S. 123.

7 Vgl. Carl Unger, Gedanken zur Logik des Widerspruchs. In: Schriften Band 1, Stuttgart 1964.

8 Vgl. Ernst-August Müller / Dietrich Ropp: Die Strömung - Bild des Ätherischen. In: Erscheinungsformen..., a.a.O., S. 77ff.

9 „Auf dem Wege zu einem wahren Begriff des Ätherleibs muss also zugleich das Konturen Auflösende und das die Allgemeinform Festhaltende dieses Wesengliedes erfasst werden. Das ‚Funktionelle‘ ist eine Gesamtheit, aus der die Funktionen in ihrem Wechsel erfließen und die die Stoffe zur Lebendigkeit aufruft, sobald sie in ihren Bereich kommen. Sie werden in diesem Bereiche verändert und sind daher nicht mehr ganz dasselbe, wenn sie wieder losgelassen werden. Die Rinde der Bäume ist z.B., obwohl vom Ätherischen sich befreiend, nur auf dem Rückwege ins Physische, ohne dort ganz angelangt zu sein (Ebenda, Kap. III). Erst bei der Zersetzung im Boden zeigt sich, was das ‚Anlangen im Physischen‘ bedeutet. So betrachtet verdanken wir also dem in den Organismus aufgenommenen Stoffe, dass der Ätherleib sichtbar wird, Die Pflanze ist, sagte Rudolf Steiner, eine ätherische Form, die mit physischer Substanz ausgefüllt ist. ‚Durch das Physische wird uns die ätherische Form sichtbar; aber die ätherische Form ist das, was wir eigentlich sehen, das Physische ... nur das Mittel, damit wir das Ätherische sehen.‘ (GA 124/1970)“ (Poppelbaum, a.a.O., S. 181).

mischer Äther“ - auch „Klangäther“ genannt) und dem „Lebensäther“ im engeren Sinn. Außerdem beschrieb er sieben Lebensprozesse: die Atmung, die Wärmung, die Ernährung (womit die Nahrungsaufnahme gemeint ist) und die Absonderung (die mit der Anverwandlung der aufgenommenen Nahrung zusammenhängt, mit dem Säftefluss, der mit der Einspeichelung beginnt) sowie schließlich die Erhaltung, das Wachstum und die Reproduktion.¹⁰

Die Gravitation erklärt uns, warum die Äpfel von den Bäumen fallen; um zu verstehen, wie sie hinaufkommen, muss man die Lebenskräfte studieren. Die Lebenskräfte sind Auftriebskräfte, „Leichtkräfte“. Sie entfalten keine Druckwirkungen, sondern saugen gewissermaßen von der Peripherie her. So locken sie die Pflanze ans Licht und lassen sie nach oben streben - und sich gleichzeitig in der Erde verwurzeln.

Wie entwickeln wir solche Kräfte? Wie überwinde ich immer wieder die Schwere, auch die meiner eigenen Natur? Was können wir tun, um Auftrieb zu bekommen? Durch Krampfen und verbissene Anspannung geht das offenbar nicht, vielmehr müssen wir uns lockern: wir müssen in Fluss kommen. Jeder kennt das beglückende Erlebnis, wenn ein Arbeitsprozess sich selbst zu nähren beginnt, sich aus sich selbst heraus steigert. Etwas kommt „in Fluss“. Auf diesen „Flow“ kommt es an.

Dieser hat mit Rhythmisierung zu tun. Der „Ätherleib“ ist ein Zeitleib, der durch und in Rhythmen wirkt. Rhythmus ist Akzentmuster über einem Grundpuls, er „schwingt“. er ist nicht Takt. Rhythmus schafft Balance und Ausgleich im zeitlichen Vollzug. Rhythmus ersetzt Kraft, lautet ein Leitsatz innerer Arbeit und Entwicklung. Genauer wäre es zu sagen, dass er die ballenden und zusammenziehenden durch lösende Kräfte ersetzt. Rhythmus und Lebenskräfte hängen zusammen.

Was stärkt und was schwächt die Lebenskräfte in Individuen?

Früher waren die Menschen viel mehr als heute eingebunden in die kosmisch-natürlichen Rhythmen. Heute haben wir uns davon „emanzipiert“, finden aber häufig nicht zu dem Eigenrhythmus, den wir gestalten müssten. Die Atemlosigkeit des modernen Lebens - das getaktet ist, aber nicht rhythmisiert - mit seinem zunehmend überfordernden Druck macht uns zu schaffen.

Lebenskräfte wirken, wie wir sahen, Zusammenhang bildend, „verganzeitlichend“. Erschöpfung der Lebenskräfte hat offenbar immer mit der Störung oder gar dem Zerfall des Zusammenhangs im menschlichen Wesensgefüge zu tun. Der anthroposophische Arzt Martin Straube geht in seinem Aufsatz „Was erhält

und was schwächt unsere Lebenskräfte“¹¹ von einer Formulierung von Walter Bühler aus, der ein „psychohygienisches Hauptgesetz“ aufstellt: „Alles, was man als ganzer Mensch tut, stärkt die Lebenskräfte, was wir nicht als ganzer Mensch tun, schwächt die Lebenskräfte“. Etwas als ganzer Mensch tun, heißt aber mit allen seinen Wesensgliedern engagiert, mit Leib, Seele und Geist dabei zu sein.

Straube greift nun zu dem Grimmschen Märchen von den Bremer Stadtmusikanten, um an ihm das menschliche Wesensgliedergefüge zu verbildlichen. Der Esel trägt die Lasten, gleicht insoweit unserer Physis. Unsere Lebenskräfteorganisation („Ätherleib“) begleitet uns wie ein treuer Hund, holt uns, wie dieser ein Stöckchen, Kräfte zurück und verlässt uns erst im Tod. Der Träger des Seelischen („Astralleib“) lebt in Sympathie und Antipathie, liebt das Kuschelige des Ofens, kann aber auch die Krallen ausfahren und Tötungsimpulse entwickeln (Katze). Der Hahn sitzt oben und schaut planend über den Tag hinaus, prophezeit das Wetter und weckt uns jeden Morgen und kann insofern als Bild unseres Ich gedeutet werden.

Für das Burnout-Thema ist nun zu sehen: Die vier Tiere sind im Märchen am Anfang alt und schwach und sollen „aus dem Futter geschafft werden“. Sie sind auf verschiedene Orte verteilt, also unkoordiniert und darum schwach. Am Schluss des Märchens sind sie dann wieder koordiniert tätig und so „fit“, dass sie die Räuber erst in Schach halten und dann vertreiben können.

Wenn wir unsere Wesensglieder fokussieren, dann kehren die Kräfte zurück. Hüten müssen wir uns vor der Zersplitterung, dem Unzusammenhängenden, den Räubern, die über uns überfallen und Aufmerksamkeit und Zeit stehlen wollen.

Es gibt da verschiedene Räuber: solche, die unsere Physis überfallen und mit Genussgiften schädigen; die chronischen Infekte, die die Lebenskräfte schwächen; chronische Konflikte, Ärger und Stress, die die Seele aufessen und schließlich solche, die uns die Ideale und die Ziele rauben. Wir verlieren dann mit dem Anschluss an unser biografisches Motiv den eigentlich Quell unserer Kraft: „Wer sein Geld verloren hat, hat nichts, wer einen Freund verloren hat vieles, wer seine Ideale verloren hat, alles verloren“, sagt ein russisches Sprichwort.

Kohärenzgefühl und Selbstwirksamkeitserwartung

Durch die Zersplitterung unserer Kräfte können uns die die Räuber letztlich jede „Selbstwirksamkeitserwartung“ und jedes „Kohärenzgefühl“ nehmen. Das sind zwei wichtige Begriffe für unser Thema.

Die „Selbstwirksamkeitserwartung (SWE) (engl. perceived self-efficacy) bezeichnet in der Psychologie die Erwartung, aufgrund eigener Kompetenzen gewünschte Handlungen erfolgreich ausführen zu können.“¹²

10 Anthroposophie. Ein Fragment. GA 45/2002.

11 Die Drei 8-9/2004

12 Wikipedia, Artikel „Selbstwirksamkeitserwartung“,

Man kann generalisierte und handlungsspezifische Selbstwirksamkeitserwartungen unterscheiden. „SWE und Handlungsergebnisse wirken oft zirkulär: Eine hohe SWE führt zu hohen Ansprüchen an die eigene Person, weshalb man eher anspruchsvolle, schwierige Herausforderungen sucht. Eine gute Leistung bei diesen Herausforderungen führt dann wieder zur Bestätigung bzw. Erhöhung der eigenen SWE.“¹³ Der Verlust von SWE führt also in den Teufelskreis, die SWE in den Engelskreis. Eindrückliche Beispiele für Teufels- und Engelskreise werden in einem Werkstattbericht zum Thema „Selbstwirksamkeit und Burn-Out an Waldorfschulen“ geschildert.¹⁴ So mancher, der das liest, wird sich in vielem dort wiederfinden.

Der Begriff des Kohärenzgefühls kommt aus dem von dem Soziologen Aaron Antonovsky entwickelten Arbeitsansatz der Salutogenese: Antonovsky war der Meinung, man solle statt immer nur Krankheitsursachen zu erforschen, vor allem die Bedingungen des Gesundheits zu verstehen versuchen. An dieser Stelle kommt bei Antonovsky der Begriff des „Kohärenzgefühls“ als Gesundheitsbedingung ins Spiel, das ein „durchdringendes, dynamisches Gefühl des Vertrauens“ ist.¹⁵ Gesundheitsbedingungen sind ferner das Gefühl, die Situationen, Dinge und Menschen verstehen zu können (sense of comprehensibility), das Gefühl, den Problemen praktisch gewachsen zu sein (sense of manageability) und das Gefühl, dass eigenes Leben und eigene Arbeit Sinn und Bedeutung haben (sense of meaningfulness).¹⁶ Lebenskräfte sind Zusammenhangskräfte, sinnhaft geordnet und ordnend: Kohärenzverlust ist daher lebenskränkend.

Mangelndes Selbstwirksamkeitserleben ist oft eine Frage von Kompetenzdefiziten. Es fehlen Fähigkeiten, die heute im Zusammenarbeiten gebraucht werden: Sozialkompetenz, Methodenkompetenz, Selbstkompetenz, Handlungskompetenz.¹⁷ Durch ihre Abwesenheit erlebt sich der Einzelne als selbstunwirksam und gerät leicht in den Sog eines Burnout. Der Lebenskräftemangel nährt sich dann selbst, wie beim Tumor (Straube). Das ist der Teufelskreis.

Viele Menschen haben wie der Autor eigene Erfahrungen mit Selbstblockade, Vermeidungsverhalten, kontraproduktiven Perfektionsansprüchen, Versagensängsten, Erschöpfungszuständen usw. Man weiß, dass man dadurch leicht in eine Abwärtsspirale gerät - und deshalb hat man auch gelernt, mehr oder weniger erfolgreich gegenzusteuern. Dabei hat man auch erfahren, dass Selbstwirksamkeitserlebnisse eine Art „selbsttragenden Aufschwung“ hervorrufen können. In

gewissem Sinn handelt es sich um eine Pendelschwingung, die man als eine Lebensrealität hinnehmen muss. Ein Burnout bahnt sich erst dann an, wenn der Wiederaufschwung nicht mehr gelingen will.

Kompetenz erwirbt man durch Übung. „Die Säge schärfen“, nennt es Stephen R. Covey. Die Säge schärfen ist eine der vordringlichen Übungen bei der Vorbeugung gegen Burnout. Üben heißt: sich fokussieren. Das geht im Leben nicht immer. Aber ich kann mich in dieser Richtung bemühen: Muss ich wirklich 28mal am Tag meine Mails abrufen? Muss ich wirklich das Ärgerliche ärger machen, indem ich mich „ärgerer“? „Wer sich ärgert, büßt für die Sünden der anderen“ (Konrad Adenauer).

„Nicht immer, aber immer öfter...“ Wege der Übung

Was man ausüben will, muss man erst einüben, die Ausübung des Eingebühten ist aber zugleich weitere Übung. Der Anspruch, dass Übungen immer gelingen müssen, ist kontraproduktiv. Es sollte dagegen der Satz gelten: Nicht immer, aber immer öfter. Das gesunde Selbstwirksamkeitserleben im Üben beruht auf der Umsetzung dieses Satzes.

Koordinierte Betätigung aller Seelenkräfte führt dazu, dass die Einfälle „sprudeln“ und die Arbeit in Fluss kommt. Diese Fähigkeit lernt man durch Üben. Wer so geübt ist, erlebt tendenziell mehr guten Stress als schlechten. Tätigkeit kann und soll lustvoll sein. Wahre „Idealisten schwelgen geistig bei der Umsetzung ihrer Ideale in die Wirklichkeit.“ (R. Steiner)¹⁸

Was soll man üben? Was einem fehlt und was man braucht! Letztlich kann man das nur selber sagen. Wer alle Übungen ausführen wollte, die R. Steiner je angegeben hat, hätte Steiner völlig falsch verstanden.¹⁹ Zu der Frage, was man üben soll, gehört auch, auf welche Wesensschicht man besonders einwirken will und muss. Die Wesensglieder hängen zusammen. Von der heiligen Theresa von Avila stammt der Satz: „Sei gut zu Deinem Körper, damit die Seele gerne darin wohnen mag“. Gut zum Körper sein, kann z.B. heißen, sich jeden Morgen auf den Heimtrainer zu setzen, schwimmen zu gehen oder was immer. Ist der physische Leib zu sehr malträtirt worden, kann die Lebenskräfteorganisation nicht mehr gut eingreifen. Wenn unsere Lebenskräfte geschwächt sind, werden wir leicht dünnhäutig oder kratzbürstig. Es gibt aber auch umgekehrt Irritationen der Lebenskräfte, die von der Seele kommen. Vom Ärger war schon die Rede.

Vielleicht müssen wir mehr Schlaf haben - und die Übung besteht darin, uns diesen zu verschaffen. Künstlerisches Tun stärkt die Lebenskräfte. Vielleicht hilft es

<http://de.wikipedia.org/wiki/Selbstwirksamkeitserwartung>

13 Ebenda.

14 Der 2008 veröffentlichte Bericht wurde von Dr. Katrin Käufer und Dr. Ursula Versteegen verfasst und basiert auf einem zweijährigen Projekt der Hannoverschen Unterstützungskassen zum Thema „Individuelle Initiative und Gesundheit“. Im Rahmen dieses Projekts wurden Coachings, Befragungen und Projekte zum Thema in Waldorfschulen durchgeführt. PDF-Version: <http://www.adz-netzwerk.de/files/docs/Selbstwirksamkeit-Burn-Out.pdf>

15 Aaron Antonovsky: Salutogenese. Zur Entmystifizierung der Gesundheit. 1997, S. 36

16 Vgl. C. Strawe: Salutogenese und Sozialgestaltung, Sozialimpulse 2/2006

17 Vgl. Wikipedia, Artikel „Schlüsselqualifikationen“. <http://de.wikipedia.org/wiki/Schlüsselqualifikation>

18 Die Philosophie der Freiheit (1904). Kapitel „Der Wert des Lebens. Optimismus und Pessimismus“, GA 4/1995, S. 232

19 Nebenbei gesagt: R. Steiner wird von vielen Menschen verehrt wegen der Dinge, die er konnte. Unter bestimmten Gesichtspunkten ist er aber als Mensch viel interessanter dadurch, was er nicht konnte und durch Übung im Lauf seiner Biografie erwarb!

Innere Ruhe

„Schaffe dir Augenblicke innerer Ruhe und lerne in diesen Augenblicken das Wesentliche von dem Unwesentlichen unterscheiden.“ [...]

Der Wert solcher inneren, ruhigen Selbstschau hängt viel weniger davon ab, was man dabei erschaut, als vielmehr davon, dass man in sich die Kraft findet, die solche innere Ruhe entwickelt [...].

Die Ruhe der ausgesonderten Augenblicke wird ihre Wirkung auch auf den Alltag haben. Der ganze Mensch wird ruhiger werden, wird Sicherheit bei all seinen Handlungen gewinnen, wird nicht mehr aus der Fassung gebracht werden können durch alle möglichen Zwischenfälle.

Allmählich wird sich solch angehender Geheimschüler sozusagen immer mehr selbst leiten und weniger von den Umständen und äußeren Einflüssen leiten lassen. Ein solcher Mensch wird bald bemerken, was für eine Kraftquelle solche ausgesonderte Zeitabschnitte für ihn sind. Er wird anfangen, sich über Dinge nicht mehr zu ärgern, über die er sich vorher geärgert hat; unzählige Dinge, die er vorher gefürchtet hat, hören auf, ihm Befürchtungen zu machen. Eine ganz neue Lebensauffassung eignet er sich an. Vorher ging er vielleicht zaghaft an diese oder jene Verrichtung. Er sagte sich: Oh, meine Kraft reicht nicht aus, dies so zu machen, wie ich es gerne gemacht hätte. Jetzt kommt ihm nicht mehr dieser Gedanke, sondern vielmehr ein ganz anderer. Nunmehr sagt er sich nämlich: Ich will alle Kraft zusammennehmen, um meine Sache so gut zu machen, als ich nur irgend kann. Und den Gedanken, der ihn zaghaft machen könnte, unterdrückt er. Denn er weiß, dass ihn eben die Zaghaftigkeit zu einer schlechten Leistung veranlassen könnte, dass jedenfalls diese Zaghaftigkeit nichts beitragen kann zur Verbesserung dessen, was ihm obliegt. Und so ziehen Gedanke nach Gedanke in die Lebensauffassung des Geheimschülers ein, die fruchtbar, förderlich sind für sein Leben. Sie treten an die Stelle von solchen, die ihm hinderlich, schwächend waren. Er fängt an, sein Lebensschiff einen sicheren, festen Gang zu führen innerhalb der Wogen des Lebens, während es vorher von diesen Wogen hin und her geschlagen worden ist.

Und solche Ruhe und Sicherheit wirken auch auf das ganze menschliche Wesen zurück. Der innere Mensch wächst dadurch. Und mit ihm wachsen jene inneren Fähigkeiten, welche zu den höheren Erkenntnissen führen. Denn durch seine in dieser Richtung gemachten Fortschritte gelangt der Geheimschüler allmählich dahin, dass er selbst bestimmt, wie die Eindrücke der Außenwelt auf ihn einwirken dürfen. Er hört zum Beispiel ein Wort, durch das ein anderer ihn verletzen oder ärgern will. Vor seiner Geheimschülerschaft wäre er auch verletzt worden oder hätte sich geärgert. Da er nun den Pfad der Geheimschülerschaft betreten hat, ist er imstande, dem Worte seinen verletzenden oder ärgerlichen Stachel zu nehmen, bevor es den Weg zu seinem Innern gefunden hat. Oder ein anderes Beispiel. Ein Mensch wird leicht ungeduldig, wenn er warten soll. Er betritt den Pfad des Geheimschülers. Er durchdringt sich in seinen Augenblicken der Ruhe so sehr mit dem Gefühl von der Zwecklosigkeit vieler Ungeduld, dass er fortan bei jeder erlebten Ungeduld sofort dieses Gefühl gegenwärtig hat. Die Ungeduld, die sich schon einstellen wollte, verschwindet, und eine Zeit, die sonst verlorengegangen wäre unter den Vorstellungen der Ungeduld, wird vielleicht ausgefüllt von einer nützlichen Beobachtung, die während des Wartens gemacht werden kann.

R. Steiner: Wie erlangt man Erkenntnis der höheren Welten? (I. Teil), GA 10/Dornach 1961, S. 29, 32 ff.

uns, wenn wir das Instrument wieder hervorholen, das wir lange ungespielt gelassen haben.

Augenblicke innerer Ruhe

Die von R. Steiner entwickelten sogenannten Nebenübungen - von ihm durchaus als Hauptsache betrachtet -, sind ein wunderbares Selbstwirksamkeitserlebens-Training: Einen Gegenstand gedanklich erfassen und bei ihm bleiben. Sich eine Handlung vornehmen und sie ausführen. Gelassenheit erwerben, Positivität, Unbefangenheit. Zugleich wirken die so erworbenen Eigenschaften auf die Gemeinschaften zurück, in denen wir uns bewegen.

Was man auch übt, eine Regel gilt immer: Man muss sich den Raum für das Üben schaffen: „Schaffe dir Augenblicke innerer Ruhe und lerne in diesen Augenblicken das Wesentliche von dem Unwesentlichen unterscheiden.“ So formuliert es R. Steiner in seiner Schilderung der Bedingungen einer höheren inneren Entwicklung (vgl. Kasten).

Und ein zweites ist eigentlich immer wichtig: Das Vertrauen in das Denken. „Von dem Vertrauen, das man in das Denken haben kann und vom Wesen der denkenden Seele“ nennt Steiner eine Meditation, die sich in dem Satz verdichtet: „Ich fühle mich denkend eins mit dem Strom des Weltgeschehens.“²⁰ Im Denken bringe ich durch meine eigene Tätigkeit Zusammenhang in meine Wahrnehmungen und erschließe mir dadurch ihren geistigen Gehalt. Im Denken erfahre ich mich als autonom und gleichzeitig als Teil des Ganzen. Wohlgemerkt: hier ist nicht das abstrakte, tote Denken mit seinen fixen Vorstellungen gemeint, sondern ein organisch-lebendiges Denken. Dieses belebt den Denkenden, während das erstere ihn kraftlos macht.

Praktische Hilfen

R. Steiner betonte, dass Anthroposophie gerade „das Praktischste“ für das menschliche Leben sein kann.²¹ Viele Menschen suchen heute praktischen Rat und praktische Hilfen. Das drückt sich auch in einer Hochkonjunktur von Ratgeberliteratur aus. Vieles darunter ist gewiss unnütz oder appelliert ausschließlich an den Egoismus. Man hüte sich aber vor Pauschalurteilen! Dale Carnegie's „Sorge Dich nicht, lebe“ ist beispielsweise ein Klassiker der Ratgeberliteratur, bei gesellschaftskritischen Menschen aber oft schlecht angesehen, weil schon der Titel suggeriert, die Änderung sozialer Strukturen sei irrelevant, man müsse nur aufhören, sich Sorgen zu machen. Nicht, dass daran gar nichts wäre. Das Buch ist jedoch vor allem deshalb ein Bestseller geworden, weil viele der Ratschläge, wie die lebensfeindliche Macht übertriebener Sorge zu bekämpfen sei, gar nicht schlecht

²⁰ Von dem Vertrauen das man zu dem Denken haben kann, und von dem Wesen der denkenden Seele. Vom Meditieren. In: Die Schwelle der geistigen Welt. GA 17/1987, S. 9ff.

²¹ Freiheit, Unsterblichkeit, soziales Leben. GA 72, Dornach 1990/S. 405

und durchaus praktikabel sind. Die erste Regel, jeden Tag für sich zu leben und gegenüber Vergangenheit und Zukunft gewissermaßen abzuschotten, hilft gegen Überdruck („Diesen Berg an Aufgaben schaffe ich nie!“) und Unterdruck („Morgen ist auch noch ein Tag“) und fokussiert mich auf das einzig relevante Thema: „Wie kann ich heute mein Potenzial ausschöpfen?“ Oder man nehme den Vorschlag, nicht in Panik zu geraten, sondern bei den Zwischenfällen des Lebens zu fragen: „Was kann schlimmstenfalls passieren?“ - und darauf eine Antwort zu entwickeln - und dann - dergestalt beruhigt - das Nötige dafür zu tun, dass der schlimmste Fall möglichst gar nicht eintritt.

Von Stephen R. Covey, der seit Beginn der 90er Jahre eine starke Wirkung erzielte, war schon die Rede. Seine „7 Wege zur Effektivität“ (den Sinn träge es besser, wenn man den englischen Titel mit „7 Wege zum fruchtbaren Wirken“ übersetzt hätte) sind: Proaktiv sein - Nicht opportunistisch, sondern wert bzw. zielorientiert handeln - Wichtigem den Vorrang geben - Dem Win-Win-Prinzip folgen - Den anderen verstehen und empathisch kommunizieren - Kreativ kooperieren - und schließlich, wir erwähnten es schon: „Die Säge immer wieder schärfen“. Dem Wichtigem Priorität geben, ist gar nicht so einfach. Denn das Dringende schiebt sich immer in den Vordergrund. So wird das Wichtige nur erledigt, wenn es auch dringend ist. Das Unwichtig-Dringende frisst Zeit und vor Verzweiflung stürzt man sich auf das, was weder dringend noch wichtig ist. Achten wir also darauf, das Wichtige nicht zu versäumen, was nicht dringend ist!

Zeitmanagement - Zeitsouveränität

Die Lebenskräfte sind ein Zeitorganismus, wie wir sahen. Von daher ist klar, wie wichtig die Rolle des Zeitmanagements für unser Thema ist. Wir leben in einem Zeitalter, in dem trotz immer raffinierterer „Ökonomie der Zeit“ Menschen über Zeitknappheit stöhnen und in dem eine ganze (Unterhaltungs)Industrie zugleich den Menschen bei der Verschwendung ihrer Zeit „behilflich“ ist. Selbstbestimmt leben und arbeiten heißt vor allem auch, Zeitsouveränität zu erlangen. Zeitmanagement ist kein Selbstzweck, sondern Mittel. Es ist also kein Zufall, wenn heute Zeitmanagementverfahren Hochkonjunktur haben. Covey hat seine „7 Wege zur Effektivität“ auch für dieses Thema fruchtbar gemacht.²²

Er beschreibt die verschiedenen Generationen des Zeitmanagements: Die erste Generation basierte vor allem auf Gedächtnishilfen wie Checklisten, die zweite Generation legte den Schwerpunkt auf exakte Planung und Vorbereitung, die dritte auf Prioritätensetzung und Kontrolle. Jetzt sei die Zeit des „prinzipienorientierten“ Zeitmanagements gekommen, des Zeitmanagements der vierten Generation. Man könnte auch sagen, dies sei die Generation, die der Diktatur des Terminkalenders ein Ende mache und dafür Sorge, dass das Wichtige und Wesentliche Priorität erhält, auch da wo es nicht „dringend“ ist. Was wichtig und wesentlich

ist, kann nur der Handelnde aus eigener Einsicht heraus sagen.

Ein heute äußerst populärer Zeitmanagement-Lehrer ist David Allen mit seiner Methode „Getting things done“ (Deutsch: „Wie ich die Dinge geregelt kriege“). Sein Ansatz ist pragmatisch. Die Hauptidee: das Gedächtnis entlasten und den Kopf frei bekommen, indem alles gesammelt und festgehalten wird, was ich erledigen muss bzw. will. Für jedes Projekt soll man immer den nächsten machbaren Schritt bestimmen und notieren.

Dabei wird aber darauf geachtet, dass man sich nicht zum Sklaven eines Systems macht, sondern flexibel entscheiden kann, was situativ richtig ist. Auf Termin kommt nur, was wirklich auf Termin sein muss, anderes auf „Irgendwann, vielleicht“. Um nur ein Beispiel zu nennen: Natürlich braucht es einen Termin, an dem man seine „Irgendwann, vielleicht“-Liste einmal wieder durchsieht... Lebenskontexte sollen bei der Planung berücksichtigt werden. Die 2 Minuten-Regel sagt: Tu alles, was Du in 2 Minuten erledigen kannst, sofort. Warum? Weil es den Fluss des Lebens nicht stört, unterbricht, weil das Notieren und Wiederheraufholen eher länger dauert und letztlich dazu führt, dass zu vieles in die Warteschleife gerät.²³

Auch hier gilt: Jeder muss selbst sehen, mit welchen Instrumenten der Selbstorganisation er am besten zu Recht kommt, damit das Wichtige und Wesentliche nicht immer hinten gerät.

Was stärkt und was schwächt die Lebenskräfte in Gemeinschaften?

Die Frage stellt sich heute ganz anders als in früheren Zeiten. Im Spiegel der Menschenseele bilde sich die neue Gemeinschaft und sie lebe vom Engagement der Einzelnen, von der „Einzelseele Kraft“, so R. Steiner in seinem „Motto der Sozialethik“.²⁴

Die alte Gemeinschaft gab dem Einzelnen Lebenskraft, das Gemeinschaftsleben durchdrang und trug ihn, vitalisierte ihn. Ein Spiegelbild ist ein kraftloses Gebilde und der Einzelne muss „hineinpowern“ in die Gemeinschaft, damit die Aufgaben erfüllt werden können. Wenn man sich die Kraft nicht aus den Selbstwirksamkeitserlebnissen holt, die sich aus dem eigenen Gestaltungsraum der Gemeinschaft ergeben, kann man das Gefühl bekommen, zu geben und zu geben und dabei wie ausgesogen zu werden.

²³ Wer seine Termine und Aufgaben mit MS Outlook organisiert, wird großen Nutzen von einem Arbeitsmaterial von Allan haben, dass dieses von Natur aus eher tyrannische Programm für seine Nutzer zähmt. (www.davidco.com/>products)

²⁴ GA 40/1998, S. 298

²² Stephen R. Covey u.a.: Der Weg zum Wesentlichen: Zeitmanagement der vierten Generation. Frankfurt/New York 2007

Daraus folgt, dass eine der wesentlichsten Schwächungen des Gemeinschaftslebens in der Beschneidung des Raums selbstverantwortlicher Tätigkeit jedes Mitarbeiters durch Bevormundung und autoritäre Strukturen liegt. Zugleich müssen die Organisationsabläufe lebensgemäß gestaltet sein, es muss Orte geben, wo der Einzelne sich beraten kann, wenn er sich überfordert fühlt.

Je mehr die moderne Gemeinschaft vom Einzelnen abhängig wird, um so weniger kann sie kompensieren, wenn dieser schwach wird. Die Lebensschwächung des Einzelnen schwächt also die Gemeinschaft. Entwickelt dagegen der Einzelne seine Stärken, erstarkt die Gemeinschaft dadurch. Kräfte entwickelt der Einzelne durch Übung. Das heißt: die Gemeinschaft selbst muss ein solches Übungsfeld sein, in dem der Mensch an seinen Aufgaben wachsen und sich entwickeln kann. Das heißt aber auch, dass in der Gemeinschaft Verständnis und Unterstützung dafür entstehen muss, dass jeder Mitarbeiter die Möglichkeit braucht, individuelle Übungswege zu gehen - das heißt in professioneller, aber auch in menschlich-sozialer Hinsicht „die Säge zu schärfen“.

Soziales Urphänomen - Spiegelneuronen - Gemeinschaft

Die Bedeutung, die der Einzelne heute für die Gemeinschaft hat, geht sehr viel weiter als man vielfach meint. Rudolf Steiner sprach von einem sozialen Urphänomen, das für alles soziale Leben konstitutiv sei: einer Pendelschwingung zwischen empathischer, verstehender Hingabe - einer Beeindruckung durch den anderen, durch die die Bewusstseinsgrenze temporär aufgehoben ist - und dem „Aufwachen in sich selbst“ - der reflektierenden Verarbeitung des im unmittelbaren Du-Erleben Gewonnenen.²⁵ In anderem Zusammenhang spricht er auch von einem höchsten Sinn des Menschen, dem Ich-Sinn. Diesen darf man jedoch nicht als eigenes Ich-Bewusstsein denken, sondern muss ihn als Sinn für das andere Ich - also als Du-Sinn - begreifen. R. Steiner intoniert damit ein Thema, dass später Martin Buber in seiner Reflexion des Verhältnisses von Ich, Du und Es behandelt hat.

Die moderne Gemeinschaft, das „neue Wir“, ist nicht durch ein Kollektivbewusstsein geprägt, sondern durch Ich-Du-Beziehungen vermittelt. Wobei die Schwierigkeit darin besteht, dass der vereinzelt Einzelne unserer Zeit die Empathiefähigkeit immer weniger als sozialen Instinkt mitbringt und sie immer mehr bewusst entwickeln muss. Gemeinschaftlichkeit muss heute dialogisch sein, auf wirklichem individuellem Interesse am anderen Menschen aufbauen. Mit Hölderlin zu reden, ist das Soziale immer „ein Gespräch ... miteinander“ und „hören können voneinander“. (Hier ist natürlich auch nonverbale Kommunikation eingeschlossen, auch die Körpersprache ist eine Sprache.) Wo dieses Gespräch misslingt, schwächt das die Lebenskräfte von sozialen Gemeinschaften.

²⁵ Vgl. GA 186/1990, S. 175; GA 4/1995, S. 259-261. Ein ausführliche Darstellung des Themas findet man in dem entsprechenden Kapitel bei Dieter Brüll: Der anthroposophische Sozialimpuls, Schaffhausen 1984

R. Steiner sagte voraus, man werde, wie für jeden Sinn, auch für den Du-Sinn ein physiologisches Substrat, ein „Organ“ finden. Es scheint, dass die moderne Neurobiologie dieses Organ nun in Gestalt der sogenannten Spiegelneurone gefunden hat.²⁶ Spiegelneurone sind Nervenzellen, die nicht nur im Zusammenhang mit meinem eigenen Denken, Handeln, Empfinden usw. aktiv sind, sondern „die zusätzlich auch dann aktiv werden“, wenn über die Sinneswahrnehmung „miterlebt wird, wie ein anderes Individuum handelt, empfindet oder fühlt“. Sie machen „aus Beobachtung inneres Miterleben“. Sie geben mir eine „intuitive Informationsquelle über das Befinden, die Gefühle und die Motive anderer“ und über die Spiegeleffekte, „die ich selbst bei anderen auslöse“²⁷.

Das heißt, wir nehmen wahr, wie wir von anderen wahrgenommen werden und „infizieren“ zugleich andere mit unserer Art, uns zu geben. Es ist neurobiologisch nachgewiesen, dass mitmenschliche Beachtung und freundliche Anerkennung anregend auf die Motivationssysteme des menschlichen Organismus wirken und Leistungsbereitschaft und Kreativität fördern. Währenddessen sprechen Gleichgültigkeit, Mangel an Wertschätzung und Antipathie die Stress-Systeme an und fördern damit Angst, Depression und Aggression.

Solche Erkenntnisse sind besonders für die pädagogische Beziehung von höchster Relevanz, sie bestätigen aber auch eindrücklich, wie stark der Einzelne auf die Gemeinschaft zu wirken vermag. Meine Begeisterung hat ebenso ansteckende Wirkungen wie meine Miesepetrigkeit. Im Sozialen kann ich daher nie von mir absehen, muss wissen, dass ich immer mit „in der Retorte“ stecke (R. Steiner), wenn ich Aussagen über Soziales mache.

In den Motivations- und Stress-Systemen unseres Organismus haben wir übrigens zugleich das physiologische Substrat dessen vor uns, was wir bildhaft als Engels- und Teufelskreis bezeichnet haben.

Lebensprozesse und Wesensglieder im Sozialen?

Man muss Acht geben, hier nicht in platte Analogien zu verfallen, gerade weil sich heute das Verhältnis von Einzel-Ich und Gemeinschaft verändert hat. Das Studium der Lebensprozesse des Organismus hilft aber doch, richtige Fragen zu stellen: Wo braucht es mehr Atem und Rhythmus in einer Organisation? Wo fehlt die soziale Wärmequalität und wo gibt es eine Art Überhitzung? Wie ernähren wir die Organisation durch originelle Impulse und tägliche Arbeit, was assimilieren wir, was scheiden wir aus? Wieviel Wachstum an welcher Stelle wollen wir? Wo muss Altes absterben können, wie muss sich die Gemeinschaft erneuern?

²⁶ Vgl. Prof. Dr. med. Joachim Bauer: Beziehungspsychologie der Schule. Die Schule aus dem Blickwinkel der Hirnforschung. Präsentation/Folien unter <http://laengles.at/verhaltensauff/Schule%20Folien%20Prof.%20Bauer.pdf>. Diese Folien verwendete Joachim Bauer auch bei seinem Festvortrag zum 90. Jahrestag der Gründung der Waldorfschule in diesem Herbst in Stuttgart. Joachim Bauer wirkt am Universitätsklinikum Freiburg i.Br.

²⁷ Bauer, a.a.O.

Noch delikater ist das Thema der Wesensglieder einer Gemeinschaft. Auch hier ergeben sich vor allem fruchtbare Fragen, während plattes Analogisieren nur in Peinlichkeiten führen kann. Die „Physis“ einer Organisation - Gebäude, Einrichtungen usw. - will gepflegt werden, sonst werden die Lebenskräfte gehemmt. Die Lebenskräfteorganisation selbst ist, wie wir gesehen haben, ein „Zeitleib“. Im Gemeinschaftskontext müssen wir durch ein gutes Zeitmanagement und „soziale Rhythmen“ dafür sorgen, das alles lebendig ineinandergreift (Zusammenhangbildung). Wir müssen aber auch dafür sorgen, dass das Seelisch-Atmosphärische nicht lebenskränkend, sondern stimulierend wirkt, dass soziale Wärme entsteht, in der Kreativität gedeiht. Wo uns das gelingt, schaffen wir einen Raum, in dem ein guter Geist der Gemeinschaft wirksam werden kann.

Einzelne Lebensfelder

Wo das Aufgabenbewusstsein sich verdunkelt, da wird Arbeit ungerichtet und verliert jede Dynamik, während das koordinierte Tätigsein aller Beteiligten im Bewusstsein des gemeinsamen Impulses wie ein Jungbrunnen wirkt. Wenn alle „an einem Strang“ ziehen, lassen sich auch schwere Lasten bewegen. Man muss allerdings auch hier genau hinschauen: Die Orte, an denen das Aufgabenbewusstsein gebildet wird, sind Reflexionsorte. Eine Konferenz regt das Leben einer Schule gerade dadurch an, dass sie es für die Zeit ihres Stattfindens stilllegen muss.

Gemeinsam müssen sich die Akteure einer modernen Aufgabengemeinschaft in ihren Gremien ein Bild der Situation machen, gemeinsam die Richtung finden, in der Problemlösungen zu suchen sind. Dann aber ist Delegation angesagt. Einzelne oder Mandatsgruppen machen sich für die Gemeinschaft auf den Lösungsweg, treffen Entscheidungen und handeln eigenverantwortlich für das Ganze. So werden die Fähigkeiten der Einzelnen für die Gemeinschaft fruchtbar. Allerdings: Was aufgrund von Delegation geschieht, darf dem Bewusstsein der Gemeinschaft nicht entwinden. Deshalb ist Rückblick und „Entlastung“ der Handelnden so wichtig. Diese Prozesse, die auseinander hervorgehen und dafür sorgen, dass die Probleme einer Organisation immer neu bearbeitet werden können, führen zu einem guten Rhythmus, der das Leben der Gemeinschaft tragen kann. Wo dieser Rhythmus fehlt, entstehen keine klaren Verantwortlichkeiten, Konferenzen werden lähmend und ersticken am Detail.

Es gibt heute Instrumente und Verfahren der Qualitäts- und Organisationsentwicklung, die sehr helfen können bei der Stärkung der Lebenskräfte in Gemeinschaften. Ein Verfahren wie „Wege zur Qualität“ beschreibt im einzelnen die hier nur angedeuteten Zusammenarbeitsfelder, die es dabei zu entwickeln gilt. Einige Stichworte seien noch genannt: Mangelnde Professionalität verhindert den Fluss: „es läuft nicht“, „es klemmt“, sagen wir dann vielleicht. Kleinliche Reglementierung zerstört Lust und Liebe an der Arbeit. Mangelnde Vertrauens- und Kommunikationskultur schwächt die Lebenskraft des sozialen Bindegewebes, Konflikte

aus ungeklärten Verantwortlichkeiten können das Leben einer Organisation lähmen, ebenso wie ein schlechtes Finanzmanagement, während Verlässlichkeit und klare Vereinbarungen gesundend wirken und eine gute Grundlagenarbeit helfen kann, immer wieder aus den geistigen Quellkräften denen die Organisation ihr Entstehen verdankt, Erfrischung zu holen.

Es zeigt sich: Wenn auch die neue Gemeinschaft vom Einzelnen lebt, so hilft sie ihm doch auch. Sie kann und muss die Gemeinschaft der gegenseitigen Hilfe werden. Wo es uns gelingt, in Gemeinschaften so miteinander umzugehen, dass wir uns so viel als möglich gegenseitig helfen, da durchbricht der Einzelne auch solche Teufelskreise, die er aus eigener Kraft nicht hätte verlassen können. Dann geht es im besten Sinne des Wortes mit einer Gemeinschaft „aufwärts“ und der Einzelne erlebt sich als daran Beteiligter.

Conrad Ferdinand Meyer:

Die Menschheit

Ich schaute - wundersamer Morgentraum -
In eines Kampfs gestaltvollen Raum.

Ein mächtig Ringen war's der Geisterwelt,
Von wehn'den Flammen wechselvoll erhellt.

In Welschland, wenn ich mich besinnen mag,
Sah schier ich so gemalt den jüngsten Tag:

Wo, streng gerichtet, was von Even stammt,
Zur Hälfte steigt, zur Hälfte sinkt verdammt.

Doch nein! Die letzte Scheidung war es nicht.
Es war ein mut'ger Sturm empor ins Licht!

Sie rangen alle mit vereinter Kraft,
Beseelt von Eines Kranzes Leidenschaft.

Wankt' einer wie gelähmt von Pfeilgeschoss -
Den riss empor ein stärk'rer Kampfgenoss

Und mancher Kühne stieg in schwerem Flug,
Der einen Wunden auf der Schulter trug.

Da hab' ich eines Führers Ruf gehört:
„Der Kerker“, schrie er, „Geister, ist zerstört!

Das Tor gebrochen! Offen ist die Bahn!
Befreit die Brüder! Auf! Empor! Hinan!“

Aus lichten Wolken scholl Posaunenton,
Doch war's ein Siegesjubil, nicht ein Drohn.

Da plötzlich stund ich im Gewölke vorn
Und stieß aus voller Brust ins Jägerhorn.

Aufschwebt' der sel'ge Zug in mächt'gem Drang,
Ich stieß ins Horn, dass mir das Herz zersprang.

Betrachtungen und Berichte

Christian Hiß wird erster „Social Entrepreneur der Nachhaltigkeit“

Christian Hiß betreibt seit Jahrzehnten am Kaiserstuhl biologisch-dynamische Landwirtschaft. Im Jahr 1981 gründete Hiß „eine eigene Gemüsegärtnerei, später kam ein Milchbetrieb und eine Käserei hinzu, nach 28 Jahren hat er seine landwirtschaftlichen Betriebe in Eichstetten in die Aktiengesellschaft Regionalwert AG überführt“¹. Diese AG ist nicht börsennotiert, ihre Aktien sind vinkulierte Namensaktien, die nur mit Zustimmung der Gesellschaft gehandelt werden dürfen. Es entstand eine neue Unternehmensform, bei der „eine bestehende Rechtsform gemeinwesenorientiert umgeschmolzen wurde“² Bei der Entwicklung der Regionalwert AG waren u.a. Christian Czesla und Prof. Harald Spehl beratend tätig.

Nun hat der deutsche Nachhaltigkeitsrat - ein Gremium, das die Bundesregierung berät, Christian Hiß zum ersten „Social Entrepreneur der Nachhaltigkeit“ ernannt. Wir gratulieren Christian Hiß sehr herzlich! Im folgenden dokumentieren wir die Pressemitteilung des Nachhaltigkeitsrats im Wortlaut:

Nachhaltigkeitsrat verleiht Preis an Gründer des Agrar-Netzwerks Regionalwert AG

Berlin, 29.10.2009: Der Rat für Nachhaltige Entwicklung verleiht seinen erstmals ausgelobten Preis „Social Entrepreneur der Nachhaltigkeit“ an den Gründer des badischen Agrar-Netzwerks Regionalwert AG, Christian Hiß. Das Beratungsgremium der Bundesregierung würdigt mit dem Preis eine wegweisende persönliche unternehmerische Leistung für Nachhaltigkeit. Christian Hiß wird den Sonderpreis im Rahmen der Gala des Deutschen Nachhaltigkeitspreises am 6. November in Düsseldorf in Empfang nehmen. Die Laudatio hält die Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg, Tanja Gönner.

Die Regionalwert AG gibt Menschen die Möglichkeit, sich an der Finanzierung regionaler Landwirtschaft zu beteiligen. Mit von Bürgern bereitgestelltem Kapital erwirbt Regionalwert landwirtschaftliche und landwirtschaftsnahe Betriebe in der Region Freiburg und verpachtet sie an qualifizierte Unternehmer, die sich zur Einhaltung von Nachhaltigkeitsstandards verpflichten, etwa zu geringem Ressourcenverbrauch, ökologischem Landbau, Artenschutz, Mitbestimmung und gerechter Entlohnung. Christian Hiß gelingt es, regionale landwirtschaftliche Betriebe unabhängig zu machen von überregionalen Finanzmärkten und nachhaltige Strukturen im Agrarwesen zu fördern. Er liefert ein Gegenmodell zur wachsenden Entfremdung der Nahrungsmittelproduktion von ihren Käufern und zum fortschreitenden Konzentrationsprozess in der globalen Lebensmittelindustrie. Mit seiner Geschäftsidee betritt Christian Hiß Neuland bei der regionalen Bindung von Kapitaleinsatz und eröffnet eine Perspektive für die Entwicklung des ländlichen Raumes bundesweit.

Die Laudatio hat die Umweltministerin des Landes Baden-Württemberg, Tanja Gönner, übernommen. Sie sagt über Christian Hiß' unternehmerische Leistung: „Das ist ein Geschäftsmodell mit Zukunft. Rendite ist nicht nur die betriebswirtschaftliche Wertsteigerung, sondern auch die soziale und ökologische Wertschöpfung. Eine langfristige, nachhaltige Wertschöpfung ist der Maßstab des unternehmerischen Handels von Herrn Hiß, nicht der kurzfristige finanzielle Gewinn.“

Mit dem neuen Sonderpreis bringt der Nachhaltigkeitsrat ergänzend zum Deutschen Nachhaltigkeitspreis zum Ausdruck, dass nachhaltiges Wirtschaften in erheblichem Maße von Ideen und vom Engagement aus der Mitte der Gesellschaft lebt. Social Entrepreneurs wie Christian Hiß liefern Innovationen und zeigen Potenziale auf für profitables Wirtschaften im Einklang mit der natürlichen Umwelt und mit dem Ziel sozialer Gerechtigkeit.

Bei der Auswahl des Preisträgers kooperierte der Nachhaltigkeitsrat mit der renommierten gemeinnützigen Organisation Ashoka Deutschland, die sich der Förderung von Social Entrepreneurship widmet und ein Netzwerk von Sozialunternehmern geschaffen hat.

Der Rat für Nachhaltige Entwicklung entwirft Beiträge und gibt Empfehlungen für die Nachhaltigkeitsstrategie und -politik der Bundesregierung. Dr. Volker Hauff ist Vorsitzender, Prof. Dr. Klaus Töpfer stellvertretender Vorsitzender des Nachhaltigkeitsrates. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat sie und elf weitere Mitglieder aus unterschiedlichen Gesellschaftsbereichen im Mai 2007 neu berufen. Der Deutsche Nachhaltigkeitspreis [...] prämiert Unternehmen, die vorbildlich wirtschaftlichen Erfolg mit sozialer Verantwortung und Schonung der Umwelt verbinden. Sonderpreise zeichnen Persönlichkeiten aus, die national oder international in herausragender Weise den Gedanken einer zukunftsfähigen Gesellschaft fördern.

Weitere Informationen: www.nachhaltigkeitsrat.de/
www.regionalwert-ag.de

¹ Heinz Siebold: Die Wertschöpfung soll ökologisch und sozial sein. Stuttgarter Zeitung, 16.11. 2009, S. 25.

² H. Spehl, C. Strawe: Wirtschafts- und Finanzkrise und kein Ende? Sozialimpulse 3/2009, S. 12.

Ist eine Geldschöpfung aus dem Nichts überhaupt möglich?

Michael Rist Johannes
Johannes Kreyenbühl Akademie
in Zusammenarbeit mit dem Förderverein Zürich

Wenn eine Privatperson z. B. für 20.000 Franken ein Auto kaufen will und kein Geld auf die Seite gelegt hat, dann muss sie sich die 20.000 Franken bei einer Bank ausleihen. Gibt sie dann dem Autohändler das geliehene Geld, so bekommt sie dafür das gefertigte Auto. Nun kann sie Auto fahren, muss aber auf der einen Seite der Bank die 20.000 Franken vereinbarungsgemäß zurückzahlen sowie den vereinbarten Zins entrichten. Auf der anderen Seite muss sie auch die Versicherung, die Steuer, das Benzin, die Reifen und eventuelle Reparaturen des Autos bezahlen.

Wie ist nun dies beim Staat? Kann der Staat Geld aus dem Nichts schöpfen? Vergleicht man den Staat mit der Privatperson, so ergibt sich zunächst, dass wir alle den Staat darstellen, also sind wir - alle Bürger - in derselben Lage wie die Privatperson. Der Staat muss, wenn er Fr. 20.000 ausgeben will, sich das Geld von einer Bank leihen, wenn er es nicht vorher durch (Steuer)einnahmen eingenommen hat. Also kann auch der Staat ebensowenig wie die Privatperson „Geld aus dem Nichts schöpfen“.

Werte werden eben nur durch Arbeit an der Naturgrundlage und den darin realisierten Erfindungen, also durch Waren und Dienstleistungen geschaffen. Da Geld nur ein Tauschmittel auf Waren und Dienstleistungen ist, kann es nicht einfach geschöpft werden. Es ist also eine verhängnisvolle Illusion, wenn man meint, der Staat oder die Zentralbank könne das Geld aus dem Nichts schöpfen. Deshalb geht auch der Vorschlag von Prof. J. Huber und J. Robertson in ihrem Büchlein „Geldschöpfung in öffentlicher Hand“ daneben.

Sicher ist es besser, wenn nur eine Stelle für die sog. Geldschöpfung zuständig ist, als wenn es viele (Geschäftsbanken) sind. Wäre die Geldschöpfung aus dem Nichts durch die Zentralbank möglich, so würde es ja gar keine Staatsverschuldung geben, denn der Staat würde seine Zentralbank anweisen, den Fehlbetrag seines Haushalts durch die Geldschöpfung aus dem Nichts auszugleichen. Würde eine solche Geldschöpfung möglich sein, so würde mehr Geld in den Umlauf gelangen, als durch Waren und Dienstleistungen gedeckt wäre, was zur Inflation führen würde.

Nun kann man allerdings die Frage aufwerfen, woher denn die Banken das Geld für ihre Leihgeschäfte nehmen. Sie können dies eigentlich nur aus den Ersparnissen ihrer Kunden oder aus eigenen Einnahmen entnehmen, für die sie Waren und Dienstleistungen, also Werte, geschaffen haben. Dies ist sicher bei den Ersparnissen ihrer Kunden der Fall, denn dafür wurden ja bereits Waren und Dienstleistungen produziert sowie aus den sonstigen Einnahmen der Banken z. B. durch die Verwaltung des Geldes.

Ein Schuldner zahlt mit zukünftigen Wertschöpfungen. Bringt er diese nicht zustande, so macht er Konkurs. Deshalb verlangen ja die Banken von ihren Schuldnern immer eine materielle Sicherheit, weshalb ein solcher Kredit als ein „Realkredit“ bezeichnet wird, damit die Bank im Fall eines Konkurses des Schuldners auf dessen Privatvermögen oder seine zukünftigen Lohnzahlungen zugreifen kann.

Nur beim Personalkredit wird keine materielle Sicherheit verlangt. Aber deshalb ist es auch für die Banken viel schwerer, einen Personalkredit zu geben, denn der Banker müsste ja der Persönlichkeit ansehen, ob sie in der Lage ist, den Kredit zurückzuzahlen. Er müsste eine heute kaum übliche Menschenkenntnis haben, um dies abschätzen zu können, oder die Bank müsste so viel Eigenkapital zur Verfügung haben, dass sie selbst die Sicherheit für die Schuld übernehmen kann.

Unsere derzeitige Wirtschaftskrise ist also eine Finanzkrise, die dadurch entstanden ist, dass viele Geldschöpfung aus dem Nichts betrieben haben, die aber nicht behoben wird, indem die vielen geldschöpfenden Geschäftsbanken auf eine Zentralbank reduziert werden. Denn das Geld als Tauschmittel kann nur durch Waren und Dienstleistungen geschaffen werden.

Abgesehen davon, dass wir Bürger letztendlich die Schuldenberge, die die Staaten durch ihre Bankrettungsaktionen, Wirtschaftsankurbelungsmaßnahmen und ihre Beiträge an die Teilzeitarbeit der Realwirtschaft etc. über die Steuern und die Reduktion unserer Altersvorsorge berappen müssen, sollten wir keine Kredite auf Kredite und so fort mehr zulassen, denn auch diese müssen endlich zurückgezahlt werden, d. h. durch Waren und Dienstleistungen gedeckt werden. Da wir alle in den sogenannten entwickelten Ländern mehr oder weniger über unsere Verhältnisse gelebt haben, sollten wir also nicht mehr maximale Geldgewinne anstreben, sondern möglichst effiziente Verfahren entwickeln, um einer neuen Wirtschaftskrise und der globalen Ökokrise zu entgehen.

Literatur

Huber, J. und Robertson, J. (2008): Geldschöpfung in öffentlicher Hand. Verlag für Sozialökonomie, Gauke GmbH, Köln

Rist, M. (2009): Wirtschafts-, Öko- und Kulturkrise - Ansätze zu ihrer Überwindung, S. 16 - 21 in diesem Heft.

Klimaschutz: Neue Wege zur Finanzierung

World Future Council dringt auf konzertierte Geldschöpfung

Hamburg/Brüssel, 29. Oktober 2009. Der World Future Council (WFC) schlägt neue Finanzierungsmöglichkeiten im Kampf gegen Klimawandel und globale Armut vor. Um den Ausbau erneuerbarer Energien zu finanzieren und die UN-Millenniumsziele zu erreichen, regt der WFC die Ausgabe neuen Geldes in Form von zinslosen Sonderziehungsrechten durch

den Internationalen Währungsfonds an. Durch diese Geldschöpfung in großem Stil kann ein globaler Green New Deal finanziert werden. „Dies bietet die wohl größte unternehmerische Chance aller Zeiten“, sagt WFC-Gründer Jakob von Uexküll. Die EU Staats- und Regierungschefs hätten nach Auffassung des WFC bereits ihre Herbsttagung in Brüssel nutzen sollen, um die Ausgabe neuen Geldes bereits im Vorfeld des damals noch bevorstehenden kommenden Weltklimagipfels in Kopenhagen anzustoßen.

Die Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte selbst in mehrstelliger Milliardenhöhe birgt nach Auffassung des WFC keine Inflationsgefahren, wenn das Geld in den Aufbau neuer, nachhaltiger Industrien fließt. Eine zusätzliche Nachfrage wird dann langfristig zu mehr Produktion und nicht zu einem Anstieg der Preise führen.

Der Weltzukunftsrat schlägt vor, das UN-Umweltprogramm UNEP und die neugegründete Internationale Agentur für Erneuerbare Energien (IRENA) federführend mit dem Plan eines globalen Green New Deals zu beauftragen. Der IWF wäre für die technische Seite der Finanzierung und Geldschöpfung durch Sonderziehungsrechte verantwortlich.

Quelle: Pressemitteilung des Weltzukunftsrates, http://worldfuturecouncil.org/finanzierung_klimaschutz.htm

Das Ringen um Menschlichkeit als Willensfrage

Serie von Weltkonferenzen als Bilanzen des Misserfolgs

Wilhelm Neurohr

Statt aus Erkenntnis zu handeln, wird jedweder Erkenntnis zuwidergehandelt. Dies belegen Jahr für Jahr die gleichen Schreckensmeldungen vom sich verschlechternden Zustand der Menschheit und der Erde, so auch besonders drastisch im November 2009 als dem Monat der Weltkonferenzen: Von der Welternährungskonferenz und der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltigkeit über den Weltklimagipfel bis hin zur Konferenz der Welthandelsorganisation und der Gedenkkonferenz zur 20-jährigen UN-Kinderrechtskonvention - allenthalben Bilanzen des menschlichen Versagens. Warum aktivieren die vielen guten Gedanken nicht den Willen zum richtigen Handeln?

Die Zahl der hungernden Menschen steigt und steigt, inzwischen auf über eine Milliarde Menschen weltweit. Betroffen ist jeder Sechste auf der Erde, darunter 200 Millionen unterernährte Kinder. Die Zahlen sind niederschmetternd und die Aussichten düster. Dabei war auf dem Millenniumsgipfel eigentlich das ehrgeizige Ziel ausgerufen worden, die Zahl der hungernden Menschen bis 2015 auf die Hälfte zu reduzieren. Armut

und Mangelernährung sollten endlich überwunden werden.

Eigenes Versagen und mangelndes Mitgefühl hielt jedoch die wichtigsten Staats- und Regierungschefs der reichen Länder davon ab, am 13. November 2009 überhaupt an der Welternährungskonferenz teilzunehmen und sich dieser Negativbilanz zu stellen. Die Armutsländer blieben weitgehend unter sich, alleingelassen mit ihren Problemen auf dem Weg in eine ungewisse Zukunft mit geringer Hoffnung.

Keine Korrekturen politischen Handelns trotz verfehlter Ziele für die Armen und Hungernden

Weiterhin fehlen jedem zweiten Kind auf der Welt grundlegende Dinge zum Überleben, wie ausreichende Nahrung, Schulbildung und sauberes Wasser. So lautete auch die kritische Bilanz des 20. Jahrestages der UN-Kinderrechtskonvention, die am 20. November 1989 von 193 Staaten weltweit unterzeichnet und ratifiziert worden war. Immerhin gab es gewisse Fortschritte: die Kindersterblichkeit ist durch Hygiene- und Gesundheitsmaßnahmen um 28% gesunken und viel mehr Kinder haben Zugang zur Schulbildung, als Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben. Dennoch wird zu wenig Geld in die Bildung investiert, so als gäbe es den Gegensatz: Geist oder Kapital? Dabei gilt: Geist ist Zukunftskapital und Kapital ist das Geistige im Wirtschaftsleben - zumindest nach den Erkenntnissen der sozialen Dreigliederung oder anthroposophischen Sozialwissenschaft. Allerdings sind diese Erkenntnisse in der Öffentlichkeit und in der Politik weithin unbekannt geblieben.

Somit trifft auch die aktuelle Finanzkrise die Kinder an erster Stelle. Die ärmsten Kinder sind am härtesten von Naturkatastrophen infolge des globalen Klimawandels betroffen. Doch auch der Weltklimagipfel der UN vom 7. bis 18. Dezember in Kopenhagen lässt schon im Vorfeld keinen Durchbruch für einen wirksames Klimaschutzabkommen erwarten. Die Kinder sind einmal mehr betroffen, ob als Armuts-, Kriegs- oder Klimaflüchtlinge. Sie werden im Asylrecht wie Erwachsene behandelt und haben nur eingeschränkten Zugang zur Gesundheitsversorgung. Im Kern bestehen hier die gleichen Probleme wie vor 20 Jahren, indem Flüchtlingskinder nicht als Kinder, sondern als Ausländer behandelt werden. Rechtlich und wirtschaftlich und damit auch kulturell bleiben die Menschen in und aus den Armutsländern benachteiligt und fristen ein menschenunwürdiges Dasein.

Welthandelskonferenz an solidarischer Kooperation im Wirtschaftsleben nicht interessiert

Vor diesen unbequemen Wahrheiten verschließt man die Augen, auch auf der Welthandelskonferenz der WTO am 28. November in Genf - abermals eine verpasste Gelegenheit, die eigene Handels-, Landwirtschafts- und Entwicklungspolitik zu korrigieren und solidarisch oder brüderlich auszurichten. Die weltweite Umverteilung

von Arm zu Reich geht ungebrochen weiter, obwohl viele Ökonomen bestätigen, dass die Weltfinanz- und Wirtschaftskrise ihre Wurzeln in der massiv gesteigerten Ungleichheit hat. Und die praktizierte Handelspolitik vereitelt eine notwendige Verdoppelung einer nachhaltig ausgerichteten Landwirtschaftsproduktion in den Armutsländern.

Weitere ökonomische Schocks sind vorprogrammiert, zumal auch der internationale Handel mit hochriskanten Derivaten und anderen Papieren wieder boomt, neue Blasen wirft und einen Aufschwung suggeriert. Dem Casino und seinen Profiteuren geht es wieder großartig - deshalb versuchen sie auf der Welthandelskonferenz, eine Beschränkung der Liberalisierung durch die Politik zu verhindern, damit die weltweite Konkurrenz am „freien“ Markt mit seinen unfairen Handelsbedingungen nicht etwa durch solidarische Kooperation im Wirtschaftsleben abgelöst wird.

Gegen besseres Wissen handelt man dem Nachhaltigkeitsprinzip zuwider

Der am 30. November 2009 in Kraft getretene Lisabonner Reformvertrag der EU hat das ungehinderte Konkurrenzprinzip für Handel und Wirtschaften gerade zur verbindlichen Rechtsnorm erhoben und über die sozialen Menschenrechte gestellt. Obendrein werden weltweite militärische Einsätze zur Sicherung von Rohstoffen und Handelswegen im Eigeninteresse der reichen Länder erwogen. Das sind keine guten Aussichten für die betroffenen Verlierer weltweit und innerhalb der sozial gespaltenen Gesellschaften.

Auch auf der Jahreskonferenz des hochkarätig besetzten deutschen Rates für Nachhaltigkeit am 23. November wurde zwar erneut der Gleichklang sozialer, wirtschaftlicher und umweltpolitischer Gesichtspunkte zur Zukunftssicherung beschworen, doch am Ende obsiegte wider besseres Wissen erneut der Vorrang für das Wirtschaftswachstum, für das die Umweltbelange und die soziale Ausgewogenheit zurückzustehen haben - eine Nachhaltigkeitsdefinition aus der Vergangenheit. Gelder für überlebensnotwendige „systemrelevante“ Sicherung von Trinkwasser, Boden, Atmosphäre und sozialen Menschenrechten werden nicht bereitgestellt, so dass propagierte Nachhaltigkeit und fairer Handel zu einer politischen Lebenslüge werden. In Wirklichkeit wird nach dem Prinzip des „Weiter-so“ gehandelt, obwohl die erschreckenden Folgen überall sichtbar werden. „Der Geist ist willig - doch das Fleisch ist schwach“? Warum aktivieren die vielen guten Gedanken nicht den Willen zum guten Handeln?

Zivilgesellschaft mehr denn je gefragt - trotz Angst vor individueller emanzipatorischer Verantwortung

Menschlichkeit kann nicht erzwungen, sondern nur errungen werden. Moralische Vorhaltungen oder bloße Forderungen etwa an „die Verantwortlichen“ in Politik und Wirtschaft helfen kaum weiter, schon gar nicht in Anbetracht des eigenen Versagens etwa auch der anthroposophischen Bewegung bei der Frage: Warum

dringen die Gedanken des solidarischen, brüderlichen Wirtschaftens und der Gleichheit im Rechtsleben im Sinne der sozialen Dreigliederung auch nach 90 Jahren noch nicht wirksam durch? Nur aus diesem heilsamen Geist können Armut und Hunger in der Welt besiegt werden. Ohne spirituelle Quellen kann die soziale Phantasie das für richtige Erkante nicht mit Herzenswärme und Mitleidskräften willensstark ins reale zwischenmenschliche Leben tragen, den Egoismus und Materialismus überwindend. Folglich ist von den politischen „Entscheidungsträgern“ keine Änderung zu erwarten. Damit sind wir auf uns selber zurückgeworfen.

Die eigene Angst gilt es zu überwinden, selber individuelle emanzipatorische Verantwortung zu übernehmen für das Weltenganze, auch den eigenen Lebenswandel und die Verhaltensweisen komplett umzustellen und sich hörbar öffentlich einzumischen ins Geschehen. Umso mehr ruht deshalb die ganze Hoffnung auf der Zivilgesellschaft mit ihren engagierten Einzelmenschen, die fähig und willens sind, sich mit anderen zur rechten Zeit zusammenzutun und zu vernetzen zum gemeinsamen Handeln aus Erkenntnis. Die „Rettung der Welt“ kann nicht von einem kleinen Häuflein von Anthroposophen allein „herbeimeditiert“ werden. Entschiedener Wille zum sozialen Handeln muss entstehen.

Aus Geistesgegenwart handeln ohne Aufschub - Erkenntnisweg ist dem Leidensweg vorzuziehen

Vielleicht können die Negativ-Bilanzen der Weltkonferenzen als Zeugnisse der Willensschwäche und damit der Unmenschlichkeit - sie künden ja von millionenfachen Menschenschicksalen - unser Gewissen so anrühren, dass es zum Herzensanliegen wird, selber zur Überwindung von Armut und Hunger in einer durchgeistigten Welt stärker und konsequent beizutragen - unter Hintanstellung sonstiger lieb gewordener Betätigungsfelder allein zur Selbstverwirklichung? Die eigenen errungenen Fähigkeiten und Erkenntnisse anderen Menschen tatkräftig zur Verfügung zu stellen - vielleicht kann das ein persönlicher zivilgesellschaftlicher Beitrag zur „Verbesserung der Welt“ und zur „Überwindung der Nöte“ sein?

Denn es ist „Gefahr im Verzuge“ - deshalb ist auch ohne „missionarisches Sendungsbewusstsein“ unverzüglich „aus Geistesgegenwart zu handeln“, wenn wir nicht sehenden Augen noch tiefer in die Menschheitskatastrophe geraten wollen. Der Erkenntnisweg wäre jedenfalls dem Leidensweg vorzuziehen, der offenbar vor uns liegt und für viele schon der schmerzhafteste Alltagsweg ist. Deshalb gehört die soziale Frage wieder auf Platz 1 der Tagesordnung!

Lissabon-Vertrag der EU vereitelt soziale Wirtschafts- und Steuerpolitik

Wilhelm Neurohr

Nach dem dritten Anlauf trat nun am 30. November 2009 der umstrittene Lissabonner Reformvertrag der EU trotz anhaltender Kritik aus der Zivilgesellschaft in Kraft - als nahezu inhaltsgleicher Ersatz für den vor 4 Jahren in der Bevölkerung abgelehnten EU-Verfassungsvertrag. Der nun rechtskräftige, wie sein Vorgänger aber unlesbare EU-Reformvertrag von mehreren Hundert Seiten - dessen Inhalt auch die meisten Parlamentarier in den Nationalparlamenten nicht kennen und der noch aus der Zeit vor der Finanzmarktkrise stammt - war eine lange und schwere Geburt mit vielen Hindernissen, nach einer politisch verweigerten öffentlichen Inhaltsdiskussion und einer abgelehnten europaweiten Volksabstimmung. Die neoliberalen Verfechter des Vertrages hatten dafür ihre Gründe, die nun nach genauer Inhaltsanalyse des gültigen Regelungswerkes zutage treten - zur nachträglichen Bestätigung der Kritiker, aber auch zur Bestürzung ahnungsloser Politiker, die nun um ihre Glaubwürdigkeit fürchten.

Vorausgegangen waren Verfassungsklagen in Deutschland (mit einem bemerkenswerten Urteil zur erforderlichen Heilung von eklatanten Demokratiedefiziten), eine wiederholte Volksabstimmung in Irland mit vorherigen Zugeständnissen an die Iren sowie eine verfassungsrechtliche Überprüfung in Tschechien nach der Verfassungsklage von 17 Abgeordneten, begleitet von einer angedrohten Unterschriftsverweigerung durch den EU-kritischen tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus. Dieser fürchtete um die staatliche Souveränität und erreichte und daraufhin ebenfalls Zugeständnisse für Tschechien.

500 Millionen EU-Bürger wurden zum EU-Vertrag mit quasi Verfassungsrang nicht gefragt

Mit ihrer wiederholten Entscheidung am 2. Oktober 2009 über den Lissabonner Vertrag hatten die Iren nach ihrem ursprünglichen „Nein“ sich bei der zweiten erzwungenen Abstimmung zu einem „Ja“ verführen lassen. (Die übrigen EU-Bürger wurden gar nicht erst gefragt.) Damit haben sie über das Schicksal von ganz Europa entschieden. Sie hatten sich durch die so genannten „Garantien“ etwa zur Beibehaltung der Neutralität und des irischen Steuer- und Familienrechtes blenden lassen - obwohl sich jetzt im Nachhinein herausstellt: Es handelt sich um rechtlich völlig unverbindliche Absichtserklärungen, die daher völlig wertlos sind. Der Europäische Gerichtshof wird im Streitfall derartige Sonderrechte in Ermangelung einer verbindlichen Rechtsgrundlage gar nicht zugestehen können.

Auch der tschechische Präsident forderte vor seiner Unterschrift am 3. November Zugeständnisse, um sein Land vor Forderungen von Vertriebenen zu schützen,

etwa durch Aussetzung der EU-Grundrechtscharta. Eine solche Aussetzung hatte die EU recht früh auch schon für die Polen und Briten zugestanden, damit auch diese dem EU-Reformvertrag zustimmen konnten.

Den Vertragsverfechtern, die ihre Regelungen den fast 500 Millionen EU-Bürgerinnen und Bürgern von oben überstülpen, ging es um ein Inkrafttreten des Lissabonner Vertrages um jeden Preis, mit Hilfe mehr oder weniger vortgetäuschter Kompromissbereitschaft.

Um den zivilgesellschaftlichen Kritikern an der neoliberalen Ausrichtung der Vertragsinhalte den Wind aus den Segeln zu nehmen, hatten zuvor schon die Staats- und Regierungschefs der EU (anlässlich der anhaltenden öffentlichen Kritik zu strittigen Punkten) auf Initiative von Nicolas Sarkozy sogar einige marginale Formulierungsänderungen bzw. Textverschiebungen im Vertrag vorgenommen, die aber durch Protokollnotizen wieder aufgehoben oder relativiert wurden. Strittig waren unter anderem die im Vertrag garantierten liberalen wirtschaftlichen Grundfreiheiten des Marktes und der Unternehmer, einschließlich eines „ungehinderten Finanz- und Kapitalverkehrs“. Diese Rechte haben weiterhin Vorrang vor den sozialen Rechten. Dieser Grundsatz bleibt trotz einiger trickreicher Textverschiebungen komplett erhalten. Dazu passt, dass die mit dem Vertrag verklammerte Charta der Grundrechte der EU - im Gegensatz zum deutschen Grundgesetz - keine Sozialverpflichtung des Eigentums enthält.

Welcher Druck auf die Kritiker des Vertrages von links bis rechts ausgeübt wurde, die ohnehin fälschlich als „Europa-Gegner“ in die nationalistische Ecke gestellt wurden, zeigt auch das Verlangen eines einflussreichen deutschen EU-Abgeordneten, der Präsident der Tschechischen Republik, Václav Klaus, solle zwangsweise seines Amtes enthoben werden. Dies forderte Jo Leinen (SPD), Vorsitzender des maßgeblichen Ausschusses für die Konstitutions- und Verfassungsfragen der EU im Straßburger Parlament, nach Erörterung mit Prager Verfassungsrechtlern. (Derselbe Jo Leinen bezichtigte mich übrigens als Autor des Buchs „Ist Europa noch zu retten?“ persönlich per E-Mail am 10. November 2008 zornig der „Lüge“ und des „wüsten Rundumschlages“ gegen die EU). Nach der Vertragsablehnung durch die irische Bevölkerung war anfangs auch laut darüber nachgedacht worden, die Iren aus der EU herauszudrängen. „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns“ - so reagieren eigentlich nicht Demokraten auf berechtigte Kritik, sondern eher Despoten, die ein gefügiges Volk benötigen.

Vorfahrt für den freien Kapitalverkehr: Neoliberale Finanz- und Wirtschaftspolitik nunmehr für alle 27 Mitgliedsstaaten gesetzlich festgeschrieben

Nach dem Inkrafttreten des Lissabonner Reformvertrages der EU - von der europäischen Regierungselite bejubelt und gefeiert - wird weiterhin beharrlich verschwiegen, dass dadurch die neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik der Deregulierung für alle 27 Mitgliedsstaaten gesetzlich festgeschrieben wird. Der von Bundeskanz-

lerin Merkel während ihrer EU-Ratspräsidentschaft im 50. Jubiläumjahr der Römischen Verträge und danach vorangetriebene Lissabon-Vertrag zieht damit faktisch einen Schlussstrich unter das Modell der „sozialen Marktwirtschaft“, wie wir sie aus der Vergangenheit kennen. Gleichzeitig wird in der politischen Rhetorik die „soziale Marktwirtschaft“ immer wieder beschworen. Diese Widersprüchlichkeit scheint charakteristisch für die derzeitige EU-Politik zu sein. Dabei mischt sich Scheinheiligkeit mit eigenen Illusionen und Widersprüchlichkeiten. Vollmundig versprechen die Staatshäupter der Bevölkerung, alles für eine sozialverträgliche Bewältigung der Wirtschafts- und Finanzkrise zu tun. Tatsächlich ist trotz aller Gipfeltreffen und -erklärungen in Wirklichkeit bislang nichts wirklich Durchgreifendes geschehen, um eine Wiederholung der Krise wirksam zu vermeiden.

Immerhin wollen die Regierungen der EU-Länder nun offenbar dem Internationalen Währungsfonds eine globale Finanzmarktsteuer vorschlagen, „um die Geldbranche an den Lasten der Krise zu beteiligen“.³ Diese Idee ähnelt der in den 70er Jahren erstmals in die Diskussion eingeführten Tobin-Steuer, wie sie auch von Attac und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren gefordert wird. In der Berliner Koalition opponiert allerdings die FDP gegen diese Entwicklung, die viele überrascht hat.

Paradoxerweise ist der Lissabon-Vertrag Regulierungen wie einer Finanzmarktsteuer keineswegs förderlich. Praktisch ausnahmslos gibt er dem freien Kapitalverkehr Vorfahrt - einer Grundfreiheit des EU-Binnenmarktes - und verbietet seine Einschränkung. Die Richtlinie 2008/7/EG „betreffend die indirekten Steuern auf die Ansammlung von Kapital“ hat diese Linie bekräftigt. Ferner stimmen alle Staaten, die den Lissabon-Vertrag ratifizieren, auch dem generellen Vorrang des EU-Rechtes vor dem Recht der Mitgliedsstaaten zu. Ein seit November 2009 vorliegendes Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages kommt jedenfalls zu der Auffassung, dass Steuerarten, die den Finanzsektor auf ein verträgliches Maß beschneiden sollen, mit den Bestimmungen des Lissabon-Vertrages unvereinbar seien.

So darf man gespannt darauf sein, ob Gegner der jüngsten Vorschläge zu einer Finanzmarktsteuer versuchen werden, diesen Vorstoß unter Berufung auf den Vertrag zu hintertreiben. Auf die Frage des deutschen Europa-Abgeordneten Jürgen Klute (mit dem ich im Ruhrgebiet die Vorbereitung eines zivilgesellschaftlichen Europa-Forums plane) an den zuständigen EU-Kommissar László Kovács, wie er die Rechtslage einschätze, hüllte sich dieser in Schweigen. Grüne und Sozialdemokraten reagierten irritiert und haben den politischen Fehler ihrer uneingeschränkten Zustimmung noch nicht zugestanden, während die Linke und viele zivilgesellschaftliche Gruppen einschließlich Attac schon lange vor den unsozialen Folgen des Lissabon-Vertrages gewarnt hatten. Alle Warnungen wurden jedoch in den Wind geschlagen. Deshalb ist die Diskussion um den Lissaboner Reformvertrag mit dem Inkrafttreten

noch lange nicht beendet - sie beginnt wegen der allenthalben absehbaren schwerwiegenden Folgen jetzt erst richtig!

Politischer und militärischer Richtungswechsel wird durch den EU-Vertrag erzwungen

Die Diskussion muss auch deshalb intensiviert werden, weil die militär- und rüstungspolitischen Verpflichtungen der 27 EU-Mitgliedsstaaten unverändert im nun rechtskräftigen Lissabonner Reformvertrag festgeschrieben sind. Daraus werden längst militärstrategische Planspiele in Verbindung mit wirtschaftlichen Interessen abgeleitet, auch durch Szenarien der deutschen Bundeswehr, wonach europäische Interventionstruppen in ressourcenreiche Länder des Südens einmarschieren. Militärpolitische Machtmittel zur Ausweitung europäischer Wirtschaftsmacht auch in Ost- und Südostasien und in der Kaukasus-Region sind zumindest in Planspielen und in der veränderten Militärdoktrin an der Tagesordnung, um Rohstoffe, Ressourcen und Handelswege sowie ökonomische Interessen und wirtschaftliche Vormacht auf dem Weltmarkt sichern.

Zugleich wollen die reichen Länder ihre Interessensphären vor den Armutsländern abschotten. Der Geldhunger der reichen Dollar- und Euro-Länder hat bereits dazu geführt, dass die Zahl der weltweit Hungernden nun erstmalig auf über 1 Milliarde Menschen sprunghaft angestiegen ist, entgegen allen anders lautenden humanitären Absichtserklärungen der reichen Staaten und Staatengemeinschaften. Mit dem erweiterten europäischen Binnenmarkt wird die sozialdarwinistische Politik für die siegreichen wirtschaftlich Stärkeren auf den globalen Märkten die Verarmung und Verelendung eines großen Teils der Weltbevölkerung nicht verhindern, sondern beschleunigen und verstärken. Die EU sorgt mit ihrer unverändert neoliberalen Ausrichtung nur für die Eigeninteressen der Stärkeren und spaltet damit sowohl die Weltbevölkerung als auch die eigene Bevölkerung innerhalb des EU-Raumes.

Nicht ohne Grund knüpft der als „Lissabon-Vertrag“ bezeichnete EU-Reformvertrag bewusst an die schon im Jahr 2000 beschlossene so genannte „Lissabon-Strategie“ der EU an, die EU bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wirtschaftlichen Führungsmacht der Welt zu machen. Deshalb wurde das Vorantreiben der Lissabon-Strategie vom portugiesischen EU-Präsidenten Barroso (bei der europäischen Vereinigung der Industrieverbände und Arbeitgeber UNICE im Jahr 2004) zum höchsten Ziel der EU-Kommission erklärt. Auf dem EU-Gipfel 2005 - als eigentlich der Lissabon-Vertrag (als EU-Verfassungsvertrag) schon in Kraft sein sollte, hatte der EU-Gipfel beschlossen, dass „der Lissabon-Strategie unverzüglich neue Impulse zu geben sind“.

Dafür sind für die Neoliberalen diejenigen Rechtsgrundlagen nötig, die nun der rechtskräftige Lissabon-Vertrag gewährleisten soll - es sei denn, die Zivilgesellschaft macht auch nach Inkrafttreten noch einen Strich durch die Rechnung. (Vielleicht lernen wir ja die richtige Vorgehensweise durch den friedlichen Volksaufstand in der niedergegangenen DDR nach dem Motto: „Wir sind das Volk!“). Auf jeden Fall muss jetzt die

3 Spiegel online, 11.12.09. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,666496,00.html>

Debatte um die versteckten problematischen Inhalte im juristischen Blendwerk des umfangreichen Lissabonner Reformvertrags neu belebt werden, der ja auch unser Grundgesetz einschränkt und den Verstoß gegen Menschenrechte in Kauf nimmt, trotz wohlklingender Formulierungen in der europäischen Grundrechtecharta. Aufklärung tut not! Jetzt muss die neue Diskussion um den Lissabonner Vertrag in seinen Wirkungen und Konsequenzen für die zu beobachtende EU-Politik erst richtig losgehen, um wenigstens im Nachhinein noch Veränderungen zu erwirken!

Reaktionen auf den Bologna-Prozess

Thomas Brunner
www.freiebildungsstiftung.de

Zuerst waren es die Studierenden der Universitäten in Wien, dann auch Studierende deutscher Hochschulen, die mit ihren Protesten die Aufmerksamkeit dafür erweckten, dass die seit der so genannten Bologna-Konferenz eingeleitete Verschulung und Standardisierung der Studiengänge wirkliche Bildungsprozesse zunehmend verunmöglicht.

Diesen Protesten der unmittelbar Betroffenen folgten dann auch Äußerungen namhafter Persönlichkeiten in großen Presseorganen, die nun endlich deutlich zur Sprache bringen, welche technokratische Denkungsart diese so genannten „Reformen“ entsprungen sind.

So war beispielsweise in einem Artikel von Adam Soboczynski in der Wochenzeitung DIE ZEIT zu lesen: „Der deutsche Professor nach neuem Wunschbild ist ein apparatschikhaft vernetzter Großorganisator von Studiengängen, Graduiertenkollegs und Sonderforschungsbereichen, der pflichtgemäß allerlei uninspirierte Sammelbände herausgibt, um seinen Brotgelehrtenfleiß zu dokumentieren. Ihm entspricht der Student, der sich nicht mehr um zwei Uhr nachts noch in Nabokovs Romane vertieft, sondern der um acht Uhr morgens frisch rasiert den Hörsaal betritt, um seinem Workload gerecht zu werden. Der auch nicht mehr - sofern er engagiert und begabt ist - das Privileg genießt, von einem Dozenten frühzeitig in ein Oberseminar eingeladen zu werden, sondern der lemminghaft die für seine Alterskohorte vorgesehenen Pünktchen sammelt.“¹

Dass mit dem „Brotgelehrtenfleiß“ Friedrich Schillers Antrittsvorlesung als Geschichtsprofessor in Jena von 1789 zitiert wird ist kein Zufall, denn Schiller war der Erste, der klar gestellt hatte: „Der Staat selbst ist niemals Zweck, er ist nur wichtig als eine Bedingung, unter welcher der Zweck der Menschheit erfüllt werden kann, und dieser Zweck der Menschheit ist kein anderer als Ausbildung aller Kräfte des Menschen, Fortschreitung. Hindert eine Staatsverfassung, dass alle Kräfte, die im Menschen liegen, sich entwickeln, hindert sie die Fortschreitung des Geistes, so ist sie verwerflich und schädlich, sie mag übrigens noch so durchdacht, und in ihrer Art noch so vollkommen sein.“² Und es darf als be-

sonders erfreuliches Zeichen gewertet werden, dass die bedeutsamen Bemühungen Wilhelm von Humboldts, des engen Freundes Friedrich Schillers, nun auch wieder vom Staub des Missverstehens befreit werden: „Unsere Universitäten müssen Stiftungsuniversitäten werden. Bis auf den heutigen Tag krankt die deutsche Universität an ihrer Erfolgsgeschichte im neunzehnten Jahrhundert: Während Humboldt eine von staatlichem Einfluss freie Stiftungsuniversität intendierte, übernahm der preußische Staat die Berliner Gründung in seine Verantwortung und baute sie zur Weltgeltung aus. [...] Da der Staat heute nicht mehr in der Lage ist, die Universitäten auskömmlich zu finanzieren, muss Humboldts 200 Jahre alte Idee endlich in die Tat umgesetzt werden: die führenden deutschen Universitäten müssen in Stiftungsuniversitäten umgewandelt werden, damit zu der knappen staatlichen Förderung größeres und kleineres zivilgesellschaftliches Engagement treten kann.“³

Dass Herr Marksches so deutlich klarstellt, dass die nationalstaatliche „Erfolgsgeschichte“ der deutschen Universität des 19. Jahrhunderts für die Bildung im Zeitalter einer globalen Menschheitsgesellschaft kein Vorbild mehr sein kann, darf als wirklicher Fortschritt in der öffentlichen Debatte bezeichnet werden, und dass er von Humboldts Ideal einer von staatlichem Einfluss befreiten Stiftungsuniversität spricht, darf geradezu als historisch bedeutsamer Moment gewertet werden. Für Humboldt war Bildung eben nie eine staatliche, sondern immer eine öffentliche (zivilgesellschaftliche) Aufgabe!⁴

Diese Unterscheidung hat nach Humboldt dann nur noch Rudolf Steiner klar ausgesprochen: „Nehmt dem Staat die Schulen ab, nehmt ihm das geistige Leben ab, gründet das geistige Leben auf sich selbst, lasst es durch sich selbst verwalten, dann werdet ihr dieses geistige Leben nötigen, den Kampf fortwährend aus seiner eigenen Kraft zu führen. Dann wird aber dieses geistige Leben auch von sich aus in der richtigen Weise zum Rechtsstaat und zum Wirtschaftsleben sich stellen können, wird zum Beispiel das geistige Leben gerade - ich habe das in meiner sozialen Schrift [Die Kernpunkte der sozialen Frage], die nunmehr fertig wird in den nächsten Tagen, ausgeführt -, dann wird das geistige Leben auch der richtige Verwalter des Kapitals sein.“⁵

Gerade angesichts der weltweiten Finanzkrise kann deutlich werden, welche Verantwortung in der Bildungsfrage insbesondere all jenen zu kommt, die sich dem Werk Rudolf Steiners verbunden fühlen.

Anmerkungen

- 1 DIE ZEIT, Nr. 49, 26.11.2009, S. 55
- 2 Friedrich Schiller, in: Die Gesetzgebung des Lykurgus und Solon
- 3 Prof. Dr. Christoph von Marksches, Präsident der Humboldt Universität Berlin, in der November-Ausgabe der Zeitschrift CICERO, S. 80
- 4 „Öffentliche Erziehung scheint mir ganz außerhalb der Schranken zu liegen, in welchen der Staat seine Wirksamkeit entfalten muss.“ Aus: Wilhelm von Humboldt, Ideen zu einem Versuch, die Grenzen der Wirksamkeit des Staats zu bestimmen, in: Sämtliche Werke, 1999, Bd. 1, S. 226
- 5 Rudolf Steiner, Vergangenheits- und Zukunftsimpulse im sozialen Geschehen, Vortrag 21. März 1919 in Dornach, GA 190, Dornach 1980, Seite 24

Verwaltung des Bodens durch das Geistesleben: Neue Bodenordnung durch individuelle Initiativen⁴

Rudolf Isler

Die Verwaltung des Bodens ist zunächst eine Frage der Rechtsordnung, denn das Eigentum und der Besitz von Boden beinhalten das Recht, über den Boden zu verfügen und Andere von diesem Nutzungsrecht auszuschließen. Für die konkrete Zuteilung des Bodens gibt es drei Möglichkeiten.

1. Heute gilt es als selbstverständlich, dass der Grund und Boden als ein Wirtschaftsgut verwaltet wird. Man bekommt Boden entweder durch Kauf oder Pacht und bezahlt dafür ein Entgelt, im einen Fall den Kaufpreis, im anderen Fall den Pachtzins. Ähnlich ist es beim Kapital, über das man verfügen kann, wenn man als Preis den Zins oder die Gewinnausschüttung in Form von Dividenden bezahlt.

2. Wenn der Boden keine Ware sein soll, kann er vom Staat verwaltet werden, wie es im kommunistischen System die Regel war, aber auch in den wirtschaftsliberalen Ländern eine Rolle spielt. Man denke z.B. an die umfangreichen Verkehrsflächen.

3. Boden kann von Institutionen des Geisteslebens, z.B. von Schulen verwaltet werden. Das ist heute nur in kleinem Umfang der Fall. Rudolf Steiner hat dagegen in seiner Beschreibung der „Dreigliederung des sozialen Organismus“ die gesamte Bodenverteilung dem Geistesleben zugeordnet. Damit steht er im extremen Gegensatz zur herrschenden Auffassung, und wir können uns seine Forderung nur schwer vorstellen, weil das Geistesleben ein Schattendasein fristet und zum überwiegenden Teil vom Staat verwaltet wird. Wir haben deshalb kaum eine Vorstellung davon, wie eine selbständige Organisation des Geisteslebens aussehen könnte.

Glücklicherweise gibt es aber konkrete Beispiele, in denen Steiners Forderung praktisch verwirklicht worden ist und von denen Erfahrungen über Jahrzehnte vorliegen. Sie können uns helfen, offene Fragen zu beantworten. Dazu müssen sie aber zur Kenntnis genommen und verstanden werden. Das ist nicht in genügendem Maße der Fall. Im Folgenden betrachten wir Beispiele einer neuen Form des Bodeneigentums, die kaum bekannt sind und in der Fachliteratur, auch in der Dreigliederungs-Literatur, nicht beschrieben werden, obwohl sie sehr erfolgreich sind.

Die geistigen Väter: Nicolaus Remer und Wilhelm-Ernst Barkhoff

Das erste Projekt ging aus einer jahrelangen geistigen Vorarbeit hervor. Etwa sieben Jahre waren dafür nötig.

⁴ Der 2. Teil dieser Betrachtung zur Bodenverwaltung durch das Geistesleben beschäftigt sich mit dem wirtschaftlichen Wert des Bodens. Er wird voraussichtlich in einem der nächsten Hefte zum Abdruck kommen.

Eine Menschengruppe, die sich um den in Norddeutschland wirkenden landwirtschaftlichen Forscher und Berater Dr. Nicolaus Remer (1906 - 2001) zusammenfand, widmete sich einem vertieften, innerlichen Studium der „Landwirtschaftlichen Individualität“, die Rudolf Steiner in seinem Kurs für Landwirte als große Idee beschrieben hat. In der Landwirtschaft geht es darum, den Boden für die praktische Anwendung dieser Idee zur Verfügung zu stellen. Auch an die Idee der „pädagogischen Provinz“, die Goethe in seinem „Wilhelm Meister“ entfaltet hat, wurde angeknüpft.⁵

In den Sechziger Jahren des letzten Jahrhunderts kam es zu einer Begegnung dieser Gedankenrichtung mit einer zweiten, die in Bochum in einer Gruppe um den Rechtsanwalt Wilhelm-Ernst Barkhoff (1919 - 1994)⁶ gepflegt wurde und zu den Vorstufen der 1974 gegründeten GLS-Gemeinschaftsbank führte, der Gemeinnützigen Treuhandstelle und der Gemeinnützigen Kreditgarantie-Genossenschaft. Es war Barkhoff aus dem Studium der Dreigliederung, wie sie von Steiner beschrieben wird, klar, dass der Boden vom Kaufgeld-Kreislauf getrennt werden muss. Als er Remer kennen lernte, war es ihm außerdem sofort verständlich, dass es sich bei der Landwirtschaft um eine praktische Tätigkeit auf ideeller Grundlage handelt. Barkhoff fand nun auch eine geeignete Rechtsform für das beabsichtigte Neue. Es gehört ja zum beruflichen Alltag des Rechtsanwalts, aus dem geltenden Recht Lösungen für das konkrete Leben zu finden. Barkhoff fasste diese Arbeit als eine schöpferische auf. So benützte er die Rechtsform der gemeinnützigen GmbH als neuartige Rechtsform für das Eigentum an landwirtschaftlichem Boden. Er sah die praktische Forschungsarbeit, die jeder geistig wache Bauer leisten kann, wenn er seine praktische Tätigkeit am Boden, an den Pflanzen und an den Tieren recht versteht. Deshalb nannte er die neu zu gründenden Gesellschaften „Gemeinnützige Landbauforschungs-GmbH“.

Das erste Projekt kam in dem kleinen holsteinischen Dorf Fuhlenhagen, 40 Kilometer östlich von Hamburg zustande. Der Landwirt Carl-August Loss übertrug seinen damals 83,6 Hektar großen Hof, den er seit 1954 biologisch-dynamisch bewirtschaftete, durch notariellen Schenkungsvertrag auf eine dafür neu gegründete gemeinnützige Gesellschaft, deren Zweck es ist, den Hof langfristig für die biologisch-dynamische Bewirtschaftung zur Verfügung zu stellen.⁷ Es war der landwirtschaftlichen Fachwelt unverständlich, dass ein Bauer auf sein Eigentum verzichten wollte. Daher musste zwei Jahre lang ein Prozess geführt werden, bis das Oberlandesgericht Schleswig am 18. Dezember 1970

⁵ Die sozialgestalterischen Ideen Remers sind aus dem Nachlass in einer Schrift zusammengefasst worden: Nicolaus Remer: Sozialwissenschaft und soziale Praxis, herausgegeben vom Verein für Forschung, Fortbildung und soziale Fürsorge auf dem Lande, Amelinghausen Juli 2006.

⁶ <http://biographien.kulturimpuls.org>

⁷ In den Zweckbestimmungen des Gesellschaftsvertrags heisst es: „Gegenstand der Forschung der Gesellschaft sind die sozialen, betriebs- und volkswirtschaftlichen Voraussetzungen der biologisch-dynamischen Landwirtschaftsweise sowie die Bedingungen dieser Wirtschaftsweise selbst. Die Gesellschaft arbeitet auf den Grundlagen der Geisteswissenschaft Rudolf Steiners. Zur Erfüllung dieser Zwecke erwirbt die Gesellschaft u.a. landwirtschaftlich nutzbare Grundstücke und Gebäude, die sie nach ihren Richtlinien von Dritten bewirtschaften lässt.“

den Schenkungsvertrag genehmigte. Zwei weitere Familien zogen auf den Hof, und Carl-August Loss bildete mit Trauger Groh und Christian Lehmann eine Betriebsgemeinschaft. Diese übernahm den Hof in der Form einer Pacht zur Bewirtschaftung. Der Hof wurde aus dem Dorf ausgesiedelt. Ein modernes Gebäude steht heute auf einer Anhöhe mitten in den dazugehörigen Feldern. Es erhielt den Namen Buschberghof. Heute bilden fünf Landwirte eine Betriebsgemeinschaft als Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR). Wer Verantwortung übernehmen will, kann zwei Jahre lang angestellt sein, um sich einzuarbeiten. Dann muss er persönlich haftendes Mitglied der Betriebsgemeinschaft werden. Die Betriebsgemeinschaft mit Eintritten und Austritten gewährleistet eine Kontinuität der Betriebsführung, so dass ein abrupter Pächterwechsel vermieden wird.

Von Anfang an gehörte es zum Betriebskonzept, dass wieder mehr Menschen auf dem Lande leben sollten. Die Landwirtschaft kann heilsam und erzieherisch auf Menschen wirken. Diese Idee spielte schon in der Vorbereitungszeit eine Rolle. Unter anderem spielte eine Begegnung von Nicolaus Remer mit der Camphill-Bewegung von Karl König eine Rolle. Die sozialtherapeutische Arbeit begann auf dem Buschberghof 1973. Bis heute werden jeweils zwölf Menschen mit Behinderung betreut, und für die Betreuung werden Menschen benötigt, die sonst auf dem Lande nichts zu tun hätten. Für die sozialtherapeutische Arbeit ist in Fuhlenhagen die gemeinnützige Landbauforschungsgesellschaft der rechtliche Träger.

CSA: Selbstversorgung als Schenkungswirtschaft

Zum heutigen Leben auf dem Buschberghof gehört ein großer Kreis von Abnehmern der Produkte. Das kam so: Trauger Groh verließ Fuhlenhagen in den Achtziger Jahren und zog in die USA. Dort gründete er 1986 die Temple Wilton Community Farm in New Hampshire als eine Community Supported Agriculture, kurz CSA. Das Modell fand zahlreiche Nachahmer, in Amerika etwa 1500.⁸ In Europa übernahm der Buschberghof als erster schon 1988 das Modell und wurde Vorbild für andere. Die Produkte des Buschberghofes werden nicht verkauft. 92 Familien mit im Ganzen etwa 320 Menschen bilden eine Wirtschaftsgemeinschaft und verpflichten sich, je nach ihren Möglichkeiten so viel zu zahlen, dass die Kosten des Hofes für ein Jahr gedeckt sind. Die Mitarbeiter des Hofes wissen nicht, wieviel die einzelne Familie bezahlt. In einer Versammlung aller Familien, jedes Jahr im Juni, werden aus dem Gesamtbedarf des Hofes zuerst die Richtwerte ausgerechnet, z.B. 60 Euro pro Kind, 160 Euro für den ersten und 120 Euro für den zweiten Erwachsenen. Dann schreibt jede Familie auf einen Zettel, für welchen Beitrag sie sich verpflichten will. Der Schatzmeister der Wirtschaftsgemeinschaft rechnet die Summe aus. Wenn diese zu klein ist, wird der Vorgang so lange wiederholt, bis der notwendige Gesamtbetrag erreicht ist. Jede Woche holen die Familien auf „ihrem“ Hof die Produkte, die

sie brauchen. Der Hof bemüht sich, das zu produzieren, was die Gemeinschaft der Familien benötigt, indem er ein vielseitiges Angebot von Lebensmitteln einschließlich Brot und Molkereiprodukte bereitstellt. Das Ganze ist eine moderne Form der Selbstversorgung. Die Menschen kümmern sich um das Wohlergehen ihres Hofes mit Boden, Pflanzen und Tieren und verteilen dann unter sich das, was der Hof hervorbringt. Von beiden Seiten ist es ein Akt der Schenkung und nicht des Kaufes; es wird nicht Leistung mit Gegenleistung getauscht, sondern jeder bekommt das, was er braucht. Die Wirtschaftsgemeinschaft ist keine juristische Person. Die Menschen gelten als Hofmitglieder, die ihren Eigenbedarf beziehen. Der Buschberghof hat 2009 für dieses Modell den Förderpreis Ökologischer Landbau der Bundesrepublik Deutschland erhalten.

Die Umwandlung des Bodeneigentums zeigt hier drei besonders wichtige Wirkungen: - Die Entvölkerung des Landes wird aufgehalten. - Ein großer Kreis von Menschen kann sich mit der Erde konkret verbinden. - Die Landwirtschaft wird durch wirtschaftliche und pädagogisch-therapeutische Betriebszweige ergänzt und dadurch eigentlich vervollständigt.

Forschung und Betriebsführung als Zwillinge in der Landwirtschaft

Die gleiche Wirkung ergab sich auch auf den anderen hier zu beschreibenden Höfen, jedoch an jedem Ort auf andere, individuelle Weise. Fast gleichzeitig übernahm die Familie Bauck für ihre drei Höfe das neue Modell des Bodeneigentums. Eduard Bauck übertrug 1969 die Betriebsleitung auf seine vier Söhne und deren Schwester. Diese hatten beschlossen, die drei Höfe als ein Unternehmen zu bewirtschaften und bildeten dafür eine GbR. Die Familie Bauck verzichtete auf das private Eigentum an Grund und Boden und übertrug dieses auf die Gemeinnützige Landbauforschungsgesellschaft Sottorf GmbH. In der Satzung dieser Gesellschaft wurde festgelegt, dass die Landwirtschaft nach den Ideen bewirtschaftet werden muss, die Rudolf Steiner 1924 dargestellt hatte.

Die Gesellschaft betreibt die Wirtschaft aber nicht selbst, sondern beauftragt damit die Betriebsgemeinschaft. Der Bauckhof wurde durch diese Neugestaltung attraktiv für einen wachsenden Kreis von Menschen. Zwei Höfe konnten seither dazu gekauft werden, ein Verarbeitungs- und Handelsunternehmen wurde dazu erworben. Der Name Bauck ist durch die Produkte in ganz Deutschland und darüber hinaus bekannt. Die bereits bestehende Fremdenpension wurde vergrößert, und ein sozialtherapeutischer Betrieb für Jugendliche und Erwachsene wurde in Stütensen bei Rosche aufgebaut.

Nicolaus Remer, der auf dem Bauckhof in Amelinghausen wohnte, entfaltete zusammen mit anderen Wissenschaftlern im Rahmen der Landbauforschungsgesellschaft eine auf die Praxis ausgerichtete Forschungstätigkeit. Es war ihm wichtig, dass er seine Arbeit nicht in einem isolierten Institut, sondern auf der Grundlage konkreter bäuerlicher Betriebe durchführen konnte. Er orientierte sich dabei an der Idee von den „siamesischen Zwillingen“, die Rudolf Steiner im Land-

⁸ <http://de.wikipedia.org/wiki/Landwirtschaftsgemeinschaftshof>

wirtschaftlichen Kurs dargestellt hatte⁹. Durch diesen Kurs hatte Steiner den Impuls zu einer neuen Landwirtschaft gegeben. Steiner ermahnte die Landwirte, die Sache sofort praktisch zu machen und zu erproben. Bis heute ist die Aufgabe die gleiche geblieben: Durch den landwirtschaftlichen Betrieb soll in der Natur ein möglichst geschlossener Substanzkreislauf eingerichtet werden. Als in sich geschlossene Individualität kann dann der einzelne landwirtschaftliche Betrieb zum Studienobjekt werden. Wenn dabei übergeordnete Fragestellungen einbezogen werden, entsteht Forschung, die wiederum für die Praxis fruchtbar werden kann. Die Reihenfolge ist: Impuls - Tat - Forschung. Forschung kann in diesem Bereich nicht ohne die von geistigen Impulsen angeregte Tat bestehen.

Auf dem Bauckhof, wie auch an anderen Orten, zeigte die Entwicklung, dass es eine wichtige Aufgabe ist, die Idee, unter die man die Arbeit einmal gestellt hat, lebendig zu erhalten. Das ist besonders wichtig, wenn neue Leute kommen, wenn die Generationen wechseln. Es nützt nichts, die in der Satzung formulierte Idee als eine Vorschrift, als einen Auftrag von außen zu behandeln. Das Leben verlangt heute mehr denn je von den Betriebsleitern immer wieder neue unternehmerische Entscheidungen. Dabei kann eine Idee nur dann wirken, wenn sie von den Menschen als Impuls aufgenommen und verinnerlicht wird. Dafür ist es erforderlich, dass die „Landbauforschung“ mit der leitenden Betriebsgemeinschaft eng zusammenarbeitet. Die Betriebsleiter selbst müssen für ihren Hof die maßgeblichen Träger der Idee sein. Dabei ist der Hof mit seinem sozialen Umfeld ein Übungsfeld, das ständig beackert werden muss.

Lebensraum für Menschen auf dem Lande

Auch die Familie Ehlers tat für ihren Hof in Hasenmoor bei Kaltenkirchen diesen Schritt der Umwandlung des Eigentums an Grund und Boden. Von Anfang spielte auch bei diesem Projekt die Verbindung der Landwirtschaft mit sozialer Arbeit eine zentrale Rolle. In der Satzung der Gemeinnützigen Landbauforschungs-Gesellschaft Hasenmoor (Neufassung 1996) wird als Zweck sowohl die Erforschung als auch die Gestaltung der in sich geschlossenen bäuerlichen Betriebsindividualität bezeichnet, und zwar als Lebensgrundlage für behinderte Menschen. Um 1970 wurde der Hof vor die Aufgabe gestellt, Menschen, die durch Drogen in existenzielle Schwierigkeiten geraten waren, als „Mitarbeiter“ aufzunehmen. Weder der Hof noch diese Menschen erhielten damals dafür Geld. Die Auffälligkeiten der Menschen nahmen ab, ihre Probleme schwanden. Der Hof wurde dadurch als Hof mit therapeutischem Erfolg bekannt und konnte nach und nach seine sozialtherapeutische Tätigkeit mit 40 betreuten Menschen aufbauen. Heute ist der Hof kaum wieder zu erkennen: Schöne moderne Gebäude, ein großer Laden mit Café, viele Menschen, die ihrer Arbeit nachgehen. Hundert Menschen arbeiten auf dem Hof und 60 wohnen auch dort.¹⁰

9 GA 327, S. 237 und 239. (Gemeint ist dort die enge Verbindung zwischen praktischer Bauernweisheit und moderner Geisteswissenschaft, zwischen den biologisch-dynamisch wirtschaftenden Bauern und der Freien Hochschule am Goetheanum. Am. der Red.)

10 www.hofehlers.de

Zwei Höfe konnten dazu gekauft werden, einer in Weide, der andere in Hardebek. Diese beiden Höfe sind völlig selbständig, mit einer eigenen Landbauforschungs-GmbH. Auch hier geht es um die zentrale Idee, für Menschen auf dem Lande Lebensraum zu schaffen. Heute leben und arbeiten in der Hofgemeinschaft Weide-Hardebek 65 betreute Menschen und 40 Mitarbeiter. Die Rechtsform ist ein wenig anders: Die Landbauforschungs-GmbH ist nicht nur Grundeigentümerin, sondern sie betreibt auch das ganze Unternehmen mit Landwirtschaft und Sozialtherapie. Diese Form wurde gewählt, damit die verantwortlichen Bewirtschafter selbst die Träger und Verwirklicher der Idee sind. Fünf Menschen, die sich in den Dienst der Idee stellen und sich ihre Aufgabe selber geben, bilden den „Leitungskreis“ und arbeiten im Honorarverhältnis für die Landbauforschungs-Gesellschaft.¹¹

Der Hof Dannwisch 12 in Horst nordöstlich von Hamburg wurde 1957 durch die Familie Scharmer auf die biologisch-dynamische Bewirtschaftung umgestellt. Heute umfasst er 149 Hektar landwirtschaftliche Fläche. Nach langem Studium der Ideen von Remer und Barkhoff wurde 1986 der Verein zur Förderung der Landwirtschaft gegründet. Familie Scharmer schenkte diesem Verein den Boden, die Gebäude und das landwirtschaftliche Inventar. Der Verein hat 26 Mitglieder; neue Mitglieder werden durch Kooptation berufen, wie das sonst etwa für einen Stiftungsrat oder ein Kuratorium üblich ist. Der Betrieb wird von einer Betriebsgemeinschaft, bestehend aus fünf Familien, bewirtschaftet. Die verantwortlichen Betriebsleiter sind zugleich auch Mitglieder im Verein, der die dem betrieblichen Alltag übergeordnete Idee im Auge behalten soll. Hof Dannwisch hat einen großen Kunden- und Freundeskreis, der mit einem vielseitigen Sortiment von Produkten beliefert wird. Regelmäßig kommen Schulklassen der Rudolf Steiner Schule Hamburg-Nienstedten auf den Hof und werden in einem Haus mit vierzig Wohnplätzen untergebracht. Der Hof hat zwei Gebäude durch Feuer und eines durch Schneelast verloren und konnte sie alle neu errichten. Der Hof ist in ständiger Entwicklung und zeigt, dass die neuen Rechtsformen seinen Bedürfnissen entsprechen. Als nicht befriedigend wird die Altersversorgung angesehen, die nur durch Vernetzung der Höfe untereinander und mit anderen Wirtschaftsunternehmen auf tragfähige Weise geregelt werden könnte.

Die Verwaltung des Geisteslebens

Die fünf beschriebenen Modelle¹³ weichen in Einzelheiten von einander ab, zeigen aber das gleiche Grundmuster. Die neue soziale und rechtliche Lebensform wurde an jedem Ort nicht durch Anordnung von oben, sondern von der Basis aufgebaut. Als Eigentümerin des Bodens ist eine juristische Person eingesetzt, die eine landwirtschaftliche Betriebsgemeinschaft mit der Bewirtschaftung beauftragt. Kann da von einer Verwal-

11 www.weide-hardebek.de

12 www.dannwisch.de und Herbert H. Koepf, Bodo v. Plato: Die biologisch-dynamische Wirtschaftsweise im 20. Jahrhundert, Dornach 2001 S. 248 ff.

13 Dem Verfasser wurde in allen Höfen in offener, vertrauensvoller Weise ein tiefer Einblick gewährt. Dafür möchte er sich herzlich bedanken. Auf dem Bauckhof arbeitete er selber sieben Jahre lang mit (1972 - 1979).

tion des Bodens durch das Geistesleben gesprochen werden? Wie kann die Verwaltung des Geisteslebens überhaupt aussehen?

Bei dem Wort Verwaltung haben wir zunächst das Bild der staatlichen Bürokratie vor uns. Ihre Aufgabe ist es, die Gesetze anzuwenden, die von den obersten Organen des Staates erlassen werden. Die Staatsordnung ist hierarchisch und deshalb für unser Denken gut verständlich, weil sie mit einer zentral gesteuerten Maschine vergleichbar ist. Das Geistesleben kann keine derartige Verwaltung haben, und auch in der Wirtschaft muss sie anders aussehen. Genau so, wie im menschlichen Organismus die ineinander wirkenden Prozesse der Funktionssysteme nicht leicht zu verstehen sind, ist unser Denkvermögen auch beim dreigliedrigen sozialen Organismus stark herausgefordert. Das abstrakt-logische Denken kommt gemäß seinem Wesen immer wieder zu einer zentralistischen Vorstellung zurück. Erhebliche Anstrengungen sind nötig, wenn wir zu den notwendigen beweglichen und lebendigen Begriffen kommen wollen.

Für das Geistesleben ist es charakteristisch, dass alles immer auf individueller Initiative beruhen muss. Rudolf Steiners Vorstellung von Geistesleben ist durch und durch individualistisch: „Geist kann unter den Menschen nur walten, wenn der Geist von nichts anderem als von sich selber abhängig ist und wenn alle Institutionen, die den Geist zu pflegen haben, von nichts anderem als von sich selber abhängig sind.“¹⁴ Diese stark ausgeprägte Freiheit des Einzelnen braucht als Ergänzung die kollegiale Zusammenarbeit. Beispielhaft kann man das in Schulen erleben. Jede Lehrperson ist in ihrem Unterricht, wo sie allein vor der Klasse steht, auf sich selbst gestellt. Jedoch könnte keine Schule existieren, wenn die Lehrer nicht zusammenarbeiten würden. An vielen Schulen gibt es einen Schulleiter oder eine Schulleiterin. Gute Schulleiter schränken aber die Freiheit der Lehrpersonen nicht ein, sondern unterstützen und koordinieren sie. In Waldorfschulen übt das Kollegium als ganzes in wöchentlichen Konferenzen die oberste Schulleitung aus. Dadurch geht die Leitungstätigkeit direkt aus der kollegialen Zusammenarbeit der selbständigen Lehrer und Lehrerinnen hervor.¹⁵

Viele Erfahrungen zeigen etwas, was auch gedanklich gut einsehbar ist: Die freie kollegiale Zusammenarbeit setzt voraus, dass alle Beteiligten sich der gemeinsamen ideellen Aufgabe verpflichtet fühlen und dass sie regelmäßig gemeinsam daran arbeiten, die geistigen Hintergründe dieser Aufgabe immer besser zu erkennen. Damit ist man nie fertig. Die kollegiale Selbstverwaltung muss davon ausgehen, dass jeder Beteiligte sich weiterentwickelt, das heißt, dass er geistig produktiv ist. Dabei kann sich die persönliche Beschränktheit mit ihren Gewohnheiten, Vorlieben und Abneigungen verwandeln und der Mensch sich immer besser mit der objektiven in der Welt wirkenden Weisheit verbinden. Gerade

im Umgang mit dem Boden sind die neuen Modelle so weit von dem heute Üblichen entfernt, dass die ja immer wechselnden Personen eine ständige geistige Arbeit leisten müssen, sonst fallen sie in die gewohnten Bahnen zurück. Das geistige Leben muss viel stärker und lebendiger sein, als wir uns das gemeinhin vorstellen. Alles was wir tun, muss aus der Idee hervorgehen, mit der wir uns verbinden. Wer in der biologisch-dynamischen Landwirtschaft zu Hause ist, weiß das. Aus der Idee des geschlossenen Substanzkreislaufs im Betrieb können die größten Erfolge hervorgehen, wenn man es versteht, sie richtig anzuwenden. Wir sind erst auf dem Weg dahin. Es ist eine unternehmerische Aufgabe, weil es ganz auf den einzelnen Menschen ankommt, der sich mit anderen verbindet.

Freies Geistesleben besteht im dreigliedrigen sozialen Organismus nicht einfach darin, die bereits vorhandenen Tätigkeiten im Bildungswesen, in der Forschung und in der Kunst als frei zu erklären. Vielmehr muss sich jede geistig-kulturelle Institution erst zu einer freien machen. An das Geistesleben werden hohe Anforderungen gestellt, wenn es als frei gelten will. Das aber ist notwendig, wenn es im sozialen Organismus heilsam wirken soll.

Die Verwaltung des Geisteslebens beginnt demnach bei jeder einzelnen freien Initiative, die sich nicht in Isolation abschließt, sondern mit anderen zu kollegialen Besprechungen, zu Erfahrungsaustausch, Koordination und Zusammenarbeit vereinigt. Auch für die Bodenverwaltung ist an einen Aufbau von unten zu denken. Genau das ist das Beispielhafte der neuen Eigentumsformen, die aus individueller Initiative hervorgegangen sind.

„Der Boden muss an eine Idee gebunden werden.“

Diesen Leitsatz hat Nicolaus Remer mündlich immer wieder betont. Er hat damit den wichtigsten Punkt für eine wirkliche Lösung der Bodenfrage ausgesprochen. Er ist, richtig verstanden, das erste und wichtigste Prinzip, das Bodeneigentümer beachten müssen, wenn sie auf die Verkäuflichkeit und Vererbbarkeit ihres Bodens verzichten wollen. Damit ist der einzige wirklich neue Weg zu einer Bodenreform aufgezeigt. Für jeden Ort auf der Erde, für jedes Grundstück ist eine individuell formulierte Zweckbestimmung notwendig. Die Formulierung allein genügt aber nicht, sondern der Boden muss mit lebendigem Geistesleben verbunden werden. Das heißt, dass die Menschen verpflichtet sind, sich zu Trägern dieser Idee zu machen, indem sie diese für sich erarbeiten. Sie müssen es sich zur Aufgabe machen, dafür zu sorgen, dass der Boden im Sinne dieser Idee genutzt wird. In unserer Rechtsordnung kann das formal dadurch erreicht werden, dass das Bodeneigentum auf eine juristische Person übertragen wird. Die juristische Person ist aber nicht das Wichtige, sondern auf die in ihr verantwortliche Menschengruppe kommt es an.

Die Gruppe kann die Nutzung des betreffenden Bodens auf eine oder mehrere geeignete Personen übertragen. Das ist bei jeder Art von Bodennutzung möglich. In der Landwirtschaft müssen es Menschen sein, die nicht nur fähig sind, einen Betrieb unternehmerisch zu führen, sondern es auch verstehen, wirkliche, menschengemäße

14 GA 196, S. 286

15 Wie das im Einzelnen zu denken ist und funktionieren kann, ist neuerdings gut beschrieben in Büchern von Karl-Martin Dietz, unter anderem in: „Dialogische Schulführung an Waldorfschulen, spiritueller Individualismus als Sozialprinzip“, Heidelberg 2006. Derselbe: „Produktivität und Empfänglichkeit. Das unbeachtete Prinzip des Geisteslebens“, Heidelberg 2008

Nahrung zu produzieren und die Natur lebensgemäß zu pflegen. Auch einen zu industriellen Zwecken genutzten Boden muss man mit einer Idee verbinden; er soll dazu dienen, dass für die Menschen notwendige, förderliche und heilsame Produkte hervorgebracht werden. Bei Wohngrundstücken geht es darum, menschengemäße Wohnungen zur Verfügung zu stellen. Es könnte, um ein Beispiel zu erfinden, so sein, dass die Besitzer einer Villa mit großem Garten ihr Eigentum auf eine Stiftung übertragen und bestimmen, dass die Liegenschaft Familien mit Kindern zu gute kommen soll. Luxus wird entfernt, zweckmäßige Wohnungen werden eingerichtet, und der Park kann für eine Selbstversorgung mit Gemüse und Obst und für eine einfache Tierhaltung genutzt werden. Denn für Kinder gibt es nichts Besseres als eine Umgebung, in der sie miterleben und mit tun, wenn Menschen sinnvoll in der Natur tätig sind.¹⁶

Die Idee muss so stark zur Wirksamkeit gebracht werden, dass auch die verantwortlichen Leiter des Betriebs sich zu Trägern der Idee machen. In der Landwirtschaft ist das besonders wichtig, weil niemand sich so mit dem Hof als Betriebswesen verbinden kann wie sie. Sie müssen sogar, wenn sie es vielleicht nicht von Anfang an sind, doch mit der Zeit zu den maßgeblichen Vertretern der Idee werden. Dann werden sie auch, wenn einmal Nachfolger bestimmt werden müssen, das maßgebliche Wort mitzureden haben. In der Betriebsgemeinschaft ist diese Kontinuität ja auch formal gegeben. Wenn sie erreicht wird, hat die übergeordnete Gesellschaft eine unterstützende Funktion. Nur in der Not muss sie befehlend eingreifen können.

Die Verwaltung des Geisteslebens hat überhaupt nichts Zentralistisches und lebt von der Einsicht und Initiative der jeweils tätigen Menschen. Das gilt in gleicher Weise für Schulen, Hochschulen, Forschungsstätten und Einrichtungen des künstlerischen Schaffens und der Pflege des religiösen Lebens. Rudolf Steiner hat auch die Richter für strafrechtliche und privatrechtliche Prozesse dem Geistesleben zugeordnet. Untereinander können und sollen die Institutionen des Geisteslebens kollegial zusammenarbeiten, indem sie Erfahrungen austauschen und sich gegenseitige Unterstützung anbieten. Das alles muss man sich so vorstellen, dass Geistesleben etwas viel Lebendigeres ist als heute, nämlich etwas, das ganz auf die freie, selbständige Entwicklungsfähigkeit und Erkenntniskraft der einzelnen Menschen gestellt ist. Die Bodenverwaltung muss eine Sache dieses lebendigen Geisteslebens werden.

¹⁶ Jobst von Heynitz, ein Mitarbeiter des seit 1957 bestehenden Seminars für freiheitliche Ordnung, ist der Meinung, diese Verwaltung des Bodens durch das geistige Glied des sozialen Organismus könne „nur für den Boden als Produktionsmittel der Unternehmen, nicht aber für Boden in privater Nutzung als Wohn- oder Freizeitfläche gelten. Denn Rudolf Steiner spricht an dieser Stelle (im Vortrag vom 16.6.1920, GA 337a S. 195 ff.) vom Boden für die menschliche Arbeit.“ (Jobst von Heynitz in „Eigentum, die Frage nach der Sozialisierung des Eigentums an Boden und Unternehmen“, Sozialwissenschaftliches Forum Band 5, Stuttgart 2000, S.75.) Steiner sagte jedoch in der Diskussion im Anschluss an den Vortrag: „Da kriegt der Mensch ..., wie er sein Gehalt kriegt, auch eine Wohnung, und das unterliegt eben dem, was aus der Organisation des geistigen Lebens kommt.“ (GA 337a S. 226) Wenn es so wäre, wie Jobst von Heynitz denkt und wohl viele mit ihm, dann würde für das privat genutzte Bodeneigentum alles beim Alten bleiben.

Mehr Demokratie

Baden-Württemberg: Mehr Demokratie e.V. mahnt Erleichterungen bei Volksentscheiden an

Wenn die Hamburger demnächst über ihr Schulsystem abstimmen oder die Bayern über einen besseren Nichtraucherschutz, dann ist den Baden-Württembergern eines sicher: die Zuschauerrolle! Die hohen Hürden für einen Volksentscheid im Land verhindern nach Auffassung des Vereins Mehr Demokratie, dass Schwaben und Badener selbst Politik gestalten. Der Landesverband des Vereins erinnert deshalb die FDP im Land in einer Pressemitteilung an ein Versprechen, dass die Partei in der Halbzeitpressekonferenz dieser Legislaturperiode im Sommer 2008 den Bürgern gegeben hat.

Der Justizminister und stellvertretende Ministerpräsident Goll forderte am 25. Juli 2008 vollmundig die Absenkung der Hürden. Der Tigersprung des Spitzenliberalen endete bislang allerdings im Nirgendwo: Soweit erkennbar, ist in den zurückliegenden 17 Monaten nichts geschehen, obwohl dieses Anliegen im Koalitionsvertrag verankert ist. Reinhard Hackl, der Landesvorsitzende des Vereins, fordert jetzt, den Bürgern ein echtes „Weihnachtsgeschenk“ zu machen: „Senken Sie die Hürden für Volksbegehren in Baden-Württemberg!“ Nach jetziger Rechtslage müssen 1,22 Millionen Bürgerinnen und Bürger (16,67 % der Wahlberechtigten) in den Rathäusern innerhalb von nur 2 Wochen das Anliegen einer Bürgerinitiative unterschreiben, damit es zu einem Volksentscheid kommen kann. Diese unüberwindliche Hürde ist nach Meinung des Vereins der Grund dafür, dass es in Baden-Württemberg noch nie einen vom Volk initiierten Volksentscheid gegeben hat.

Diesen Bedingungen stellt der Verein die besseren Beispiele anderer Bundesländer gegenüber: So müssen etwa in Hamburg nur 5 Prozent der Bürger unterschreiben und in Thüringen dürfen die Initiativen 4 Monate in freier Unterschriftensammlung die nötige Unterstützung einwerben. Die Nachfragen des Vereins bei Justizminister Goll, was aus der Ankündigung geworden sei, bleiben seit Monaten trotz Erinnerung ohne Antwort. Die Bürgeraktion Mehr Demokratie hofft jetzt, dass die FDP die direkte Bürgermitsprache und die Demokratie nicht einfach „vergessen“ hat, und startet deshalb an die Regierungspartei einen öffentlichen Appell.

Mehr Demokratie e.V., Landesverband Baden-Württemberg, Landesbüro Stuttgart, Rotebühlstr. 86/1, 70178 Stuttgart, Tel.: 0711-5091010, Fax : 0711-5091011, www.mitentscheiden.de

Volksentscheid gegen Minarette in der Schweiz - kein Argument gegen direkte Demokratie

Mehr Demokratie Baden-Württemberg nimmt Stellung zum Minarettverbot in der Schweiz und seinen Konsequenzen und stellt dabei fest: Die Mehrheitsentscheidung der Schweizer Stimmbürger gegen den Bau von Minaretten offenbart nicht nur verbreitete Ängste

und erschreckende Engstirnigkeit, sondern wird künftig vermutlich unseren Bestrebungen für mehr direkte Demokratie auf Landes- und höherer Ebene als Beleg für die „Unreife des Volkes“ entgegengehalten werden.

Dazu ist Folgendes zu sagen: - Eine Gesetzesvorlage mit diesem Inhalt würde in Deutschland wegen klaren Verstoßes gegen das Grundgesetz, insbesondere die Freiheit der Religionsausübung (Art. 4 GG), nicht zugelassen. - Auch Parlamente treffen gelegentlich krasse Fehlentscheidungen. Hunderte von Gesetzesvorschriften wurden vom Bundesverfassungsgericht für nichtig erklärt.

Versteckte, aber unbegründete Ängste werden am ehesten dadurch überwunden, dass man sie äußert, miteinander bearbeitet und damit die Chance eröffnet, Fehleinschätzungen durch eine erneute Entscheidung zu korrigieren. Volksentscheide geben wie Wahlen die politischen Einstellungen der Bürger wieder. Das Ergebnis der Abstimmung ist ein Signal an alle gesellschaftlichen Gruppen, die vorhandenen Ängste Ernst zu nehmen und gemeinsam Wege zu finden, diese abzubauen. Deshalb unsere unveränderte Forderung: Gebt dem Volk durch Mitverantwortung Gelegenheit zu lernen, gegebenenfalls auch aus eigenen Fehlern!

Wahlkommission versucht Kandidatur von Nicanor Perlas zu torpedieren

Aufruf zur Unterstützung

Nicanor Perlas' Recht zur Kandidatur für die philippinische Präsidentschaft wurde von der Wahlkommission COMELEC unter dem Vorwand für ungültig erklärt, er sei ein sogenannter „nuisance candidate“, ein „Störkandidat“. COMELEC ist eine Körperschaft der philippinischen Regierung.

Das Ganze ist ein schwerer Schlag gegen die Demokratie und gegen eine der hoffnungsvollsten politischen Entwicklungen der letzten Zeit. Ein Weltbürger und sozialer Visionär, der sein Leben der Aufgabe geweiht hat, die Bedingungen heilsamer sozialer Entwicklung in seinem Land zu verstehen und diese Entwicklung voranzutreiben, oft unter Gefahr für Leib und Leben, wird von der Wahl ausgeschlossen, weil er angeblich nicht seriös ist.

Da es bei den Wahlen eine Flut von Bewerbern gibt, sieht die Wahlkommission die Notwendigkeit, Verwirrung zu verhindern und sicherzustellen, dass seriöse Kandidaten nicht in einem Meer unbekannter Namen untergehen. Es handelt sich außerdem um die erste Wahl auf den Philippinen, bei der Wahlautomaten eingesetzt werden.

Das entsprechende Philippinische Gesetz definiert „Störkandidaten“ wie folgt: „Störkandidaten: Die Kommission kann, aus eigenem Antrieb oder aufgrund einer überprüften Petition einer beteiligten Partei, die Anerkennung einer Kandidatur verweigern oder diese Kandidatur

annullieren, wenn nachweislich die Kandidatur angemeldet wurde, um die Wahl zur Farce zu machen oder in Misskredit zu bringen oder um Verwirrung unter den Wählern zu stiften, durch Namensähnlichkeiten unter den registrierten Kandidaten oder durch andere Umstände oder Handlungen, die klar zeigen, dass der Kandidat sich nicht in ehrlicher Absicht für das ausgeschriebene Amt bewirbt und dadurch eine gewissenhafte Willensbildung der Wählerschaft verhindert.“

Perlas ist ein wahrhaft alternativer Kandidat, der seine eigene politische Partei schafft und gegen das ganze System der „Trapos“, der traditionellen Politiker, antritt, unter denen Reichtum und Herkunft die primären Determinanten des Wahlerfolgs bilden. Kann man Perlas deshalb als „Störkandidat“ im Sinne des philippinischen Gesetzes qualifizieren? Will er den „Wahlprozess zur Farce machen oder in Misskredit bringen“? NEIN, das genaue Gegenteil ist der Fall. Versucht er, „Verwirrung zu stiften“? NEIN, es gibt keine verwirrenden Namensähnlichkeiten und dass er in ehrlicher Absicht handelt, ist sicherer als bei anderen Kandidaten. Ist er unfähig, eine Wahl zu gewinnen, weil er keine organisierte politische Partei hinter sich hat? NEIN, er hat erfolgreich eine Graswurzel-Partei gebildet und eine Basis-Kampagne ins Leben gerufen, die für die entsprechende Bekanntheit seiner Kandidatur sorgen wird.

Vielleicht ist Perlas als Bedrohung des philippinischen Establishments zu qualifizieren, dem eine Regierungskommission wie die Wahlkommission zwar nicht öffentlich, aber faktisch rechenschaftspflichtig ist? JA, Nicanor Perlas ist eine international anerkannte Autorität in Fragen nachhaltiger Entwicklung und nachhaltiger Ökonomie - und das ist eine Bedrohung für all jene, die öffentliche Ämter benutzen, um Regierungsgelder für sich selbst, ihre Familien und Günstlinge abzuzweigen und um Firmen zu korrumpieren.

Wie kann man jetzt von außerhalb der Philippinen helfen? - PETITION: Gehen Sie ins Internet auf www.thepetitionsite.com/1/let-nick-run und senden Sie eine Nachricht direkt an den Vorsitzenden von COMELEC. - Senden Sie die Informationen in diesem Artikel an alle global und sozial engagierten Menschen, die Sie kennen. Falls Sie weitere relevante Informationen haben, fügen Sie sie hinzu. - Wenden Sie sich an Konsulate oder die Botschaft der Philippinen in Ihrem Land. Informieren Sie sie, dass Sie gegen die Aktion der Wahlkommission protestieren, Nicanor Perlas von der Kandidatur ausschließen. - Rufen Sie Ihre Abgeordneten an und bitten Sie sie, bei der philippinischen Regierung zu protestieren. - Rufen Sie im Außenministerium Ihres Landes an, um zu protestieren. - Kontaktieren Sie das Internet, TV-Stationen, Radiosender und Printmedien, die Sie kennen, und regen Sie an, über die Perlas-Story zu berichten. Was ist diese Story? Perlas ist Träger des Right Livelihood Award, oft „Alternativer Nobel-Preis“ genannt. Man darf überzeugt davon sein, dass er hervorragend geeignet ist, eine Nation zu führen und dass sein Name als Präsident in einer Reihe mit Nelson Mandela und Vaclav Havel, als Umweltpolitiker mit Al Gore zu nennen wäre.

Verfolgen Sie die Ereignisse, indem Sie möglichst häufig einen Nachrichtenüberblick wie Google News ansurfen [<http://news.google.com/news/>

search?q=nicanor+perlas] bzw. die offizielle „Perlas für President“-Website [www.nicanor-perlas.com] und die Unterstützungsseite „A People for Perlas“ [http://apeopleforperlas.ning.com].

17. Dezember 2009. Erstunterzeichner: John Beck (New York), Seth Jordan (South Egremont, MA), Jannis Keuerleber (Herdecke), Ulrich Morgenthaler (Stuttgart), Prof. Dr. Christoph Strawe (Stuttgart), Adrian Wagner (Freiburg). Kontakadresse: Ulrich Morgenthaler, Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart, Germany E-Mail pro-kandidatur-perlas@online.de

„Winnability“

Nicanor Perlas

Übersetzung/Zusammenfassung: C. Strawe

Nicanor Perlas ist keineswegs naiv in den Wahlkampf gegangen, sondern hat sorgfältig seine Strategie erwogen. Seine Überlegungen zum Thema „Winnability“ („Gewinnbarkeit“ bzw. „Gewinnchancen“) haben eine Bedeutung, die über den konkreten Anlass weit hinausgeht. Man findet zwei Aufsätze zu diesem Thema auf www.nicanor-perlas.com. Wir dokumentieren hier für die Leser der Sozialimpulse einige Kernpassagen, teilweise wörtlich als Leseprobe, teilweise zusammengefasst - und ergänzt um einen Passus aus einem weiteren Artikel von Perlas.

„Die gute Nachricht ist, dass es einen gewaltigen Aufbruch von Initiativen gibt, die in den Philippinen versuchen, authentische Demokratie in den nationalen Wahlen des Jahres 2010 zurückfordern. Die schlechte Nachricht ist, dass die vermeintlichen Unterstützer einer veränderten Politik immer noch an dem Denken der alten Politik kleben. Nirgendwo wird dies deutlicher als in ihrem Konzept der Gewinnchancen. Um 2010 zu gewinnen, so meinen sie, müsse man von Anfang an einen überall bekannten Namen, eine politische Maschinerie, finanzielle und andere Ressourcen und starke Rückendeckung haben.“

„Wenn sie weiter ‚Winnability‘ in dieser traditionellen Art und Weise betrachten, dann würde die politische Reformbewegung zu ihrem eigenen ärgsten Feind, sie würde das Entstehen einer neuen Politik stark einschränken oder ganz verhindern. - Kein Zweifel, Geld, Maschinerie, Popularität und Netzwerk-Unterstützung sind wichtig. Verständlich, dass Wähler Angst haben, dass ihre Stimme verloren geht, weil ihr Kandidat keine Chancen hat. Trotzdem ist das eine einseitige Sicht.“

Vier fatale Irrtümer

„Kurz gesagt, gibt es vier entscheidende Fehler in dem traditionellen Konzept der ‚Winnability‘. Erstens wird das Alte mit dem Neuen verwechselt und dadurch die Entstehung von Neuem verhindert. Zweitens, das ergibt sich aus dem Ersten, ermutigt es negatives Denken. Drittens ist es unvollständig und unterdrückt andere, wesentlichere Elemente der neuen Politik und hindert sie

darin, ihre volle Kraft zu entfalten. Schließlich viertens ist dieses Konzept statisch und daher gefährlich. Es ist blind für die Realität der Beweglichkeit und Dynamik von Gewinnaussichten.“ Neuer Wein gehört nicht in alte Schläuche. Die Annahme, dass ein Kandidat, der nicht das große Geld etc. im Rücken hat, ohne Aussichten ist, wird zur self-fulfilling prophecy. Die Zukunft wird im Namen einer Neuen Politik zerstört, die Substanz der Neuen Politik wird verleugnet. Die Geschichte der Philippinen in den letzten Jahrzehnten zeigt, dass die Theorie des kleineren Übels nur lähmende Apathie erzeugt hat.

„‚Winnability‘ ist ein sehr flüssiges und dynamisches Konzept. Man kann heute populär sein, aber nach ein paar Monaten sind die Umfragewerte im Keller.“ Umgekehrt ist es nicht ausgeschlossen, dass ein neuer Kandidat „ohne jede Gewinnchance“ nach ein paar Monaten die Hoffnungen einer ganzen Nation auf sich zieht“.

Neue Wege in die Öffentlichkeit - Die Wissenschaft des Unmöglichen

Der Schlüssel für die Gewinnchancen positiver Kandidaten sind die freiwilligen Helfer. Inspirierte Freiwillige bringen ihre eigenen beruflichen und privaten Netzwerke mit ein.

Bereits im März veröffentlichte Perlas auf seinen Seiten einen Artikel, den er übertitelte „Wissenschaft des Unmöglichen und die soziale Transformation“. Er zitierte darin US-Präsident Obama mit einer Reflexion über die „Unmöglichkeit“ seines eigenen Sieges. Obama weist auf die Bedeutung der freiwilligen Helfer hin: „...was als unwahrscheinliche Reise begann, als niemand uns eine Chance gab, wurde vorangetrieben, inspiriert und energisiert von jungen Leuten überall in Amerika.“ Über das Internet kann sich eine Art viraler Werbeeffekte entwickeln. Dies ist bereits mit einzelnen Youtube Videos geschehen, die aus völlig unbekannt Menschen wie Mae Paner plötzlich Berühmtheiten gemacht haben, die auch von den Mainstream-Medien beachtet wurden.

„Die neue Politik braucht Leidenschaft und Engagement... Dann werden die Freiwilligen kommen und die Anstrengungen werden einen Schneeballeffekt hervorrufen, der zu einer landesweiten politischen Organisation führt. Spenden werden fließen. Die Unterstützung wird kommen. Der Presserummel wird eine relativ unbekannt Person zu einer nationalen Ikone machen, einer nationalen Ikone, die es mit den stärksten Vertretern des Establishment aufnehmen kann.“

„Philippinos sind bereit, eine neue Zukunft ins Auge zu fassen. Sie sind der alten Politik überdrüssig. Sie wollen nicht mehr zwischen einem größeren und einem kleineren Übel wählen ... In dieser Lage kann ein einziger Funke einen Flächenbrand auslösen... Dann wird die Geburt dieser Politik der Umgestaltung der Katalysator sein, der die Zivilgesellschaft und die fortschrittliche Geschäftswelt dazu anregen wird, die helfende Hand zu reichen, und der eine neue Ära auf den Philippinen einleiten wird. Und die Philippinen können dann einen bedeutenden Beitrag zum allgemeinen Fortschritt der Welt leisten.“

Initiativen und Ankündigungen

Aktion ELIANT

Das Ziel von 1 Million Unterschriften rückt näher - Eine Bitte um Mithilfe

Mit einer groß angelegten Unterschriftenaktion will die Initiative ELIANT (Europäische Allianz von Initiativen angewandter Anthroposophie) den praktischen Arbeitsfeldern der Anthroposophie in der Europäischen Union künftige eine deutlich hörbare Stimme geben. Die angestrebte Zahl von einer Million Unterstützern scheint nahegerückt. Am 27. November fehlten nur noch 144.072 Unterschriften. ELIANT ruft dazu auf, durch eine weitere Kraftanstrengung die fehlenden Unterschriften zu gewinnen. „ELIANT ist entstanden, gerade weil einige der darin verbundenen Initiativen für ihr jeweiliges, ‚kleineres‘ Anliegen auf der großen Europäischen Bühne unzureichend Gehör fanden. Ganz egal, ob es um den Kampf der biologisch-dynamischen Landwirtschaft gegen die Zwangsvitaminierung von Babynahrung, um die Zulassung spezifisch anthroposophischer Heilmittel oder um unabhängige Lebens- und Lernkonzepte in der Heilpädagogik geht - im lauten Konzert der Großlobbyisten sind unsere leisen Stimmen allzu oft untergegangen.“ (Dr. med. Michaela Glöckler, Gründungsmitglied von ELIANT und Leiterin der Medizinischen Sektion am Goetheanum in Dornach/Schweiz.)

Unterschriften online unter <http://www.eliand.eu>. Dort finden Sie viele Informationen, auch über weitere Unterstützungsmöglichkeiten. Aktion ELIANT, Postfach 1180, D-79501 Lörrach, Fax +49 (0)7621-1681863, info@eliand.eu

Petition zum Banken- und Kreditwesen

Im letzten Heft haben wir über die Initiative berichtet, die Hypo Real Estate-Bank in eine gemeinnützige Körperschaft des öffentlichen Rechts zu überführen. Es bedurfte einer längeren Auseinandersetzung, um den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zu veranlassen, die Petition online zu stellen. Nachdem das schließlich gelungen ist, kann der Text nun noch bis 29. Dezember unterzeichnet werden. Um online auf der Internetseite des Petitionsaus-

schusses zu unterschreiben, muss man sich dort einmalig registrieren. Die Adresse für Registrierung und Unterschrift: <https://epetitionen.bundestag.de>. Sie finden den Petitionstext am schnellsten, wenn Sie dort in der Detailsuche den Namen „Schliffka“ eingeben. Nähere Informationen: www.sozialimpulse.de/HRE-Petition.htm

Studieren für ein sozialeres Bank- und Finanzwesen

Katharina Beck

Im berufsbegleitenden Masters-Studiengang Social Banking and Social Finance reflektieren die Studierenden nicht nur theoretisch die Möglichkeiten eines sozialen Banken- und Finanzsystems, sondern überprüfen auch praktisch die eigene Berufspraxis und testen Ideen zur Implementierung von „Social Banking“ in Projekten.

In der allgemeinen Öffentlichkeit hört man derzeit immer öfter, die „Krise“ sei vorbei. Trotz des Riesenschocks vor einem Jahr, trotz immenser staatlicher Beträge zur Rettung der Banken: Es hat sich wenig verändert im Bank- und Finanzsektor. Es gibt keine wirklichen neuen Regulierungen; die Banken können weitermachen wie zuvor. Man atmet auf und klammert sich wieder an das magische „Wachstum“, wie beispielsweise im Koalitionsvertrag der Bundesregierung. Während uns dieses „business as usual“ im Falle der Großbanken Sorgen bereiten kann, gibt es Hoffnung durch kleinere Geldinstitute wie die GLS Bank und die Triodos Bank, die seit Jahrzehnten nach sozialen, kulturellen und ökologischen Kriterien Banktätigkeit betreiben. Diese erfahren im Rahmen des Vertrauensverlusts in die Geschäfte der Großbanken aktuell einen großen Kundenzulauf. Und sie wachsen auch im Personal. Doch wo lernt man eigentlich, wie „Social Banking“ funktioniert und worum es dabei geht?

Diesem Thema können sich Berufstätige aus dem Bank- und Finanzbereich seit März 2007 am Institute for Social Banking widmen: im Masters-Studiengang Social Banking and Social Finance. Es geht um die akademische Reflexion der eigenen Berufspraxis und darum, diese mit Hilfe des erworbenen Wissens zu einem verantwortlichen Bank- und Finanzwesen weiterzuentwickeln. In dem internationalen Studiengang kommen Praktiker und Interessierte mit diversen Hintergründen und mit unterschiedlichen Fragestellungen zusammen und beginnen, eine Forschungsgemeinschaft zu werden.

Das bestehende Finanzsystem hinterfragen

So fragt sich eine durch Erbe wohlhabend gewordene Studierende beispielsweise, wie hohe Zinsen und Zinseszinsen ethisch vertretbar sind. Sie verdient allein durch die Verzinsung ihres Vermögens mehr als ihr Mann in seinem handwerklichen 40-Stunden-Job. Ohne Arbeit mehr zu verdienen als jemand, der arbeitet, hat diese Studentin dazu gebracht, sich auf einer akademischen Makro-Ebene kritisch mit dem aktuellen Geld- und Finanzsystem zu befassen.

Wertkonflikte analysieren

Auch auf der Mikro-Ebene des individuellen Berufs können Wertkonflikte entstehen: Einer der Studenten arbeitet bei einem Hedge-Fonds, dessen Ziel - das liegt in der Sache - reine Profitsteigerung ist. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen des Fonds finden keinerlei Beachtung. Der Student macht sich privat aber über die ethisch-ökologischen Auswirkungen seiner Handlungen Gedanken. Daher erörtert er in einem seiner Papers, wie bestehende Spannungen zwischen privaten Werten und den Auswirkungen des jeweiligen Jobs gelöst werden können.

Die eigene Arbeit reflektieren

Ebenfalls zieht der Masters-Studiengang Mitarbeiter von sozial orientierten Banken wie der GLS Bank aus Deutschland, der Alternativen Bank Schweiz (ABS) oder der Merkur Bank aus Dänemark an - alle drei neben neun anderen europäischen Geldinstituten Mitglieder des Institute for Social Banking. Ein Aufsichtsratsmitglied einer dieser Banken möchte beispielsweise seine langjährige Expertise im Bereich „Social Banking“ kritisch hinterfragen. Ein Vermögensberater im Stiftungsbereich fragt sich, ob er durch Schenkungen eventuell - entgegen seiner eigentlichen Motivation - Eigeninitiative und unternehmerisches Handeln sogar eher unterbindet.

Die Mitgliedsbanken des Institute for Social Banking handeln als „ethisch-ökologisch orientierte Banken“ und verfolgen Werte, die über Profitmaximierung hinausgehen. Wie kann man das Gemeinsame dieser getrennt voneinander entstandenen Banken konzeptualisieren? Wie kann man „Social Banking“ akademisch definieren? Hierzu gibt es bisher noch keinen eindeutigen Ansatz. Die akademische Auseinandersetzung mit dem Thema hat erst mit der Gründung des Institute for Social Banking im Jahr 2006 begonnen, dessen Ziel es unter anderem ist, diese Lücke zu füllen.

Berufsbegleitend studieren

Der Masters-Studiengang bietet den Studierenden die Möglichkeit, Arbeit bzw. persönliche Realitäten und akademische Reflexion miteinander zu verbinden. Die Methode der Aktionsforschung erlaubt es, in den wissenschaftlichen Arbeiten konkret Bezug zur Praxis und zur eigenen Person herzustellen. Aus den Papers der Studierenden und in der Diskussion ihrer Arbeiten entsteht eine internationale Forschergemeinschaft zum Thema „Social Banking“.

Da die Studierenden zeitgleich ihren Berufen nachgehen, gibt es keine wöchentlichen Kurse. Das Programm ist in fünf bis sechs Blockseminaren pro Jahr gestaltet, in denen neben generellen Fragestellungen hauptsächlich methodisches Know-How vermittelt wird. Die thematische Einzelbetreuung findet durch persönliche Tutoren der University of Plymouth statt. Die akademische Durchführung des Studiengangs liegt bei dieser Universität und sie vergibt auch den akademischen Titel. Es ist möglich, den Studiengang auf Englisch oder auf Deutsch zu studieren. 2010 werden die ersten Studierenden ihren Abschluss haben: Der Studiengang ist im März 2007 begründet worden.

Veränderungspotenzial

„Sich und seine Arbeit auf wissenschaftlichem Niveau zu spiegeln birgt enormes Veränderungspotential in sich“, meint einer der Studierenden. Dieses Veränderungspotenzial im Sinne eines sozial und ökologisch orientierten Bankwesens scheint heute, da sich trotz der größten Finanzkrise seit 1929 kaum etwas am System und an der Denkweise der Wirtschaft geändert hat, besonders dringend notwendig zu sein.

Interesse am Masters in Social Banking and Social Finance?

Mehr Informationen finden Sie unter <http://www.social-banking.org/masters>. Nächster Studienstart zum April 2010. Sie können sich bis zum 15. Januar 2010 bei Katharina Beck unter katharina.beck@social-banking.org oder an Institute for Social Banking, Katharina Beck, Christstr. 9, 44789 Bochum, bewerben. Bei Fragen können Sie das Institute for Social Banking unter 0234 - 5797185 erreichen.

International Summer School on Social Banking 2010

Im Juli 2010 veranstaltet das Institute for Social Banking gemeinsam mit der Banca Etica die dritte internationale Summer School on Social Banking unter dem Motto „Banking on values - what values?“. Die Summer School on Social Banking ist die weltweit einzige Sommerschule, auf der ganzheitliche Alternativen zum bestehenden Bank- und Finanzsystem erörtert werden. Eine Woche lang diskutieren renommierte Wissenschaftler, erfahrene Vertreter aus sozial orientierten Banken, Studierende und Interessierte aus der ganzen Welt über Social Banking und Werte im Bankwesen und erarbeiten Lösungskonzepte für ein verantwortlicheres Bank- und Finanzwesen.

Seien Sie dabei! Zeit und Ort: 18. bis 23. Juli 2010, Hotel Villa la Stella, Florenz Italien. Mehr Informationen und Anmeldung unter www.social-banking.org/summer-school, katharina.beck@social-banking.org oder 0234 - 5797185.

Einführungstage Masters in Social Banking and Social Finance

Vom 21. bis 24. April finden in Bochum die Einführungstage zum internationalen Masters in Social Banking and Social Finance statt. In diesem berufsbegleitenden Studiengang reflektieren Berufstätige aus dem Bank- und Finanzwesen ihre Praxis auf akademischem Niveau und entwickeln diese weiter. Es werden Themen wie die ökologischen und sozialen Auswirkungen des Bank- und Finanzwesens oder Reflexion über die Bedeutung

von Zinsen behandelt. Die Studierenden werden in ihrem Studium von persönlichen Tutoren der University of Plymouth begleitet (u.a. Anja Hauser, Julian Kühn, Michael Lieberöth-Leden, Dr. Sven Remer). Der Masters kann sowohl auf Englisch als auch auf Deutsch studiert werden.

Zeit und Ort: 21. bis 24. April 2010, Institute for Social Banking, Christstr. 9, 44789 Bochum.

Wenn Sie Interesse am Masters-Studiengang oder an einer Teilnahme an den Einführungstagen haben, informieren Sie sich unter www.social-banking.org/masters oder wenden Sie sich an Katharina Beck unter katharina.beck@social-banking.org oder 0234 - 5797185. Der nächste Bewerbungsschluss für das Studium ist der 15. Januar 2010, um ab April 2010 mit dem Masters zu beginnen.

Sozialkundelehrertagung

Vom 29. bis 31. Januar 2010 findet in Siegen in Zusammenarbeit mit dem Lehrerseminar Kassel die 8. Tagung für Sozialkundelehrer an Waldorfschulen statt. Das Thema, das mit den Referenten Udo Herrmannstorfer und Prof. Harald Spehl zusammen behandelt werden soll, lautet: Wie gestalten wir ein zukünftiges Wirtschaftsleben? Nähere Informationen über Jochen Ketels. joketels@web.de

Stuttgart Open fair 2010

Von alten Krisen zu neuen Wegen -
Ein Beitrag zum Weltsozialforum

Freitag bis Sonntag, 29. bis 31. Januar

Stuttgart sucht neue Wege für eine gerechtere Welt - zum fünften Mal organisieren über 50 Stuttgarter Initiativen „Stuttgart Open Fair“. Sie fordern eine Welt, in der die BürgerInnen mitbestimmen, Banken dem Allgemeinwohl dienen, alle Menschen am Wohlstand beteiligt werden und die natürlichen Lebensgrundlagen bewahrt werden. Unter dem Motto des Weltsozialforums: „Eine andere Welt ist möglich!“ werden an den Infoständen des WeltStadtMarktes und in über 20 Seminaren, Vorträgen und Filmen „Neue Wege“ aus Hungerelend, Klimachaos, Sozialer Ausgrenzung und Ohnmacht heraus gezeigt - und in kleinen Schritten auch schon begangen. 2010 wird das Weltsozialforum, die weltweite Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen, das ganze Jahr über an vielen Orten stattfinden - Stuttgart Open Fair ist ein Teil davon und zeigt: Jeder kann an seinem Ort etwas beitragen zu der einen, vielfältig anderen Welt.

Organisation und Info: SOFa -Sekretariat, Carol Bergin/Johannes Lauterbach, Colibri e.V., Nauklerstraße 13, 72074 Tübingen, Tel. 07071 - 255608, johanneslauterbach@gmx.net. Vollständiges Programm unter www.stuttgart-openfair.de

Veranstaltungen im Forum 3

Gymnasiumstr. 21, 70173 Stuttgart¹

Jugendforum - Zeitfragen

Hier treffen sich junge Leute, die Zeitphänomene nicht einfach hin nehmen, sondern hinterfragen wollen; denen der Gedankenaustausch wichtig ist, um die Welt besser zu verstehen. Antworten auf unsere Fragen wollen wir aber auch durch die Betrachtung interessanter Biografien, alternativer Lebens- und Wirtschaftsmodelle sowie durch den gemeinsamen Besuch ergänzender Veranstaltungen finden. Wie können wir durch eigenes Handeln die Zukunft sinnvoll mitgestalten? Kontakt: Markus Kohlhaase, Tel. 0179 - 7684572, Montags 19.30 Uhr, ab 18. Januar 14-tägig

Jahresrückblick 2009 - Jahresausblick 2010

Zum Verständnis der Zeitlage. Vortrag und Gespräch mit Christoph Strawe, Freitag, 15. Januar, 20 Uhr.

Zinssystem, Geldschöpfung und Spekulation

Tiefere Ursachen der Weltfinanzkrise und notwendige Konsequenzen. Vortrag und Gespräch mit Dr. Bernd Senf. Freitag, 22. Januar, 20 Uhr.

Grundeinkommen ist machbar

Film-Essay von Daniel Häni und Enno Schmidt (100 Min.) - Diskussion über den Film mit Susanne Wiest, Tagesmutter und Initiatorin der Online-Petition im Deutschen Bundestag zum Bedingungslosen Grundeinkommen, Greifswald. Freitag, 26. Februar, Film: 19 Uhr, Diskussion 21 Uhr.

Kapital = Geist

Anthroposophie in Unternehmen. Vortrag und Gespräch mit Dr. Jens Heisterkamp, Info3, Frankfurt, und Dr. Nadja Rosmann, Wirtschaftsjournalistin. Freitag, 5. März, 20 Uhr. (Vgl. auch den Hinweis auf das gleichnamige Buch in diesem Heft).

Alternative Gesundheitsgemeinschaften

Artabana, Coinstatt. Servalis. Mit Pia da Ranies, Michael Kassner und Michael Schneider. Freitag, 12. März, 19.00 Uhr.

Die Kraft der Empathie

Gewaltfreie Kommunikation nach Dr. Marshall Rosenberg. Vortrag und Gespräch mit Gabriele Reinwald und Martin Rausch. Freitag 19. März, 20 Uhr. Samstag/Sonntag Seminar zum Thema.

Bildungswesen in Bewegung

Herausforderungen für die Schulentwicklung. Vortrag von Udo Herrmannstorfer, Freitag, 26. März, 20 Uhr. Der Vortrag eröffnet das Seminar „Waldorfschule wohin? Profilbildung und Führung in der Schulentwicklung“, das bis Sa, 27. 3. 18.30 geht. Eine Veranstaltung des Instituts für soziale Gegenwartsfragen in Verbindung mit der Freien Hochschule Stuttgart (Seminar für Waldorfpädagogik). Weitere Mitwirkende Prof. Dr. Walter Hutter, Prof. Dr. Peter Loebell, Dr. Michael Ross u.a. Ausführliches Programm auf S. 50 in diesem Heft.

¹ Falls nicht anders angegeben Eintritt zu Vorträgen EUR 6,-/erm. 4,-. SchülerInnen 2,-. Zu den Kosten der Seminare siehe unter www.forum3.de bzw. S. 50 in diesem Heft.

Literatur

Kapital = Geist

Pioniere der Nachhaltigkeit - Anthroposophie in Unternehmen

Anthroposophisch orientierte Unternehmen machen seit Jahrzehnten vor, wie ein Wirtschaften aussehen kann, das sich an Nachhaltigkeit und Verantwortung orientiert. Ihr „Geheimnis“: Ihr wichtigstes Kapital ist ihr Geist. Sie folgen der tiefen inneren Überzeugung, dass der Markt auf den Menschen angewiesen ist - als schöpferischem Gestalter von Produkten und Beziehungen, die ihre Nachhaltigkeit nicht nur aus dem schonenden Umgang mit Ressourcen beziehen, sondern auch aus ihrer Ausrichtung an einem höheren Sinn wie dem Einklang von Mensch und Natur, sozialer Verbindlichkeit und einer Wertigkeit, die über den reinen Konsumnutzen hinausweist. In anthroposophischen Unternehmen ist der Mensch nicht Mittel zum Zweck - sei es als Mitarbeiter oder Kunde -, sondern das Ziel selbst. Die Währung Glaubwürdigkeit zahlt sich dabei für die Firmen auch finanziell aus, gehören sie doch zu den Gewinnern der gegenwärtigen Krise. So konnte die Bio-Supermarktkette Alnatura ihren Umsatz im vergangenen Jahr um 24 Prozent erhöhen, während die Bio-Branche insgesamt nur um zehn Prozent wuchs. Die GLS Bank verkündete im Juni 2009 gar ein Wachstum der Bilanzsumme um 35 Prozent.

Innovative Produkte, Führungsmodelle und Eigentumsverhältnisse

Die in „Kapital = Geist“ portraitierten zwölf Unternehmen, darunter nationale und internationale Größen wie die Drogeriekette dm, die Bio-Supermarkt-Kette Alnatura, der Arzneimittelhersteller Wala - dessen Naturkosmetikmarke Dr. Hauschka längst Hollywood erobert hat -, der Anbieter von Naturbekleidung hessnatur oder die GLS Bank, zeigen, wie sich der anthroposophische Geist im Business manifestiert - unaufdringlich, aber in seinen Werten kompromisslos, materiell erfolgreich, aber nicht vom Kommerz getrieben. Ihre Produkte, aber auch ihre Führungsmodelle und Eigentumsverhältnisse weisen einen Innovationsgrad auf, der viele Fragen beantwortet, die erst durch die Krise ins öffentliche Bewusstsein gedrungen sind. Ein Buch für alle Unternehmer und an nachhaltigem Konsum Interessierten, die mehr wissen wollen über Unternehmensstrukturen, die nicht vom Kapitalmarkt abhängig sind, über nachhaltige Produktionsprozesse jenseits von Green Washing und über Mitarbeiterführung, die ohne Motivationsstrategien auskommt, weil menschliche Entfaltung ein Unternehmensziel ist.

Kapital = Geist. Pioniere der Nachhaltigkeit. Anthroposophie in Unternehmen. Hrsg. von Jens Heisterkamp. 176 Seiten, EUR 24,-, info3 Verlag, Frankfurt. ISBN 978-3-924391-42-3. Erhältlich über jede Buchhandlung.

Sicherheitsrisiko Gentechnik

Ein Buch von Árpád Pusztai und Susan Bardócz,
Träger des Stuttgarter Friedenspreises 2009

Jürgen Binder von Gentechnikfreies Europa e.V. als Herausgeber ist es - neben dem Übersetzer Peter Schmidt - vor allem zu danken, dass dieses Buch der beiden ungarischen WissenschaftlerInnen jetzt in deutscher Sprache erscheinen kann. „Die Anstifter“ haben den beiden Hauptautoren für ihre Aufklärungsarbeit über die Gefahren der Genmanipulation den renommierten Stuttgarter Friedenspreis verliehen und damit, wie es in der Verleihungsurkunde heißt, „ihren Mut, ihre wissenschaftliche Ethik und ihr unerschrockenes Auftreten“ gewürdigt. Dr. Hans R. Herren, Co-Chairman des Weltagrarrates und Trägers des Welternährungspreises hat ein Grußwort beigesteuert.

Aus dem Inhalt: Grundlagen der gentechnischen Modifizierung - Tatsachen und Behauptungen ohne wissenschaftliche Grundlage - Ernährungswissenschaftliche Bewertung gentechnisch modifizierter Pflanzen - Sicherheitsprüfung und Genehmigung von GM-Pflanzen - Erkenntnisse aus den bisherigen Risikobewerungstests - Die Rolle multinationaler Unternehmen und Banken in der Biotechnologie - Das humanste Gengesetz der Welt - Gentechnik, Roundup und die Gesundheit.

Prof. Dr. Árpád Pusztai, Prof. Dr. Susan Bardócz: Sicherheitsrisiko Gentechnik. Mit Beiträgen von Dr. Antônio Inácio Andrioli und Dr. Hans R. Herren. Hg. Jürgen Binder, Übersetzung: Peter Schmidt. ISBN: 978-3-936086-50-8, orange press, www.orange-press.com - www.gentechnikfreies-europa.eu

Was ist Geld? - Eine Podiumsdiskussion

Neuaufgabe im FIU-Verlag erschienen!!

Joseph Beuys, Johann Philipp von Bethmann, Hans Binswanger, Werner Ehrlicher, Rainer Willert. Podiumsdiskussion vom 29. November 1984 im „Haus der Begegnung“ in Ulm, Anhang von Ulrich Rösch zum Geld- und Kapitalbegriff von Beuys: „Man kann Joseph Beuys erst verstehen, wenn man ihn schon verstanden hat“.

104 Seiten, 8 Abb., u.a. Tafelzeichnungen von Beuys; Fadenbindung, kart., Format: Achberger Reihe, Umschlag schwarz/weiß/gold; 2. Aufl. Wangen 2009. Preis EUR 19,80. ISBN 3-928780-00-X. Bestellung über den Buchhandel oder den FIU-Verlag: www.fiu-verlag.com. FIU-Verlag und Buch-Versand Rainer Rappmann, Hüttenweiler 8, D - 88239 Wangen (Allgäu), Tel: 07528 - 7734 (AB), Fax: 07528 - 6028, FIU-Verlag@t-online.de

Aufruf zum Kosten- Ausgleich

Etat 2010 der Initiative Netzwerk Dreigliederung

Christoph Strawe

20 Jahre ist es nun her, dass wir am Rande einer Großtagung in Stuttgart auf dem Höhepunkt des europäischen Umbruchs im November 1989 die Initiative Netzwerk Dreigliederung ins Leben gerufen haben. Vieles ist seither geschehen. Die sozialen Krisenerscheinungen zeigen deutlich, dass der soziale Umgestaltungsbedarf immer drängender wird. Im Verhältnis zu den objektiv bestehenden Aufgaben und Herausforderungen sind unsere Kräfte nach wie vor zu schwach. Dennoch hat die Arbeit dieser 20 Jahre ihre Früchte getragen und dazu beigetragen, dass der Dreigliederungsimpuls lebendig und wirksam geblieben ist. All dies wäre nicht möglich gewesen, gerade auch im vergangenen Jahr, ohne die Mithilfe vieler engagierter Menschen auch bei der finanziellen Seite unserer Arbeit. Dafür danke ich wieder sehr herzlich und bitte darum, auch im nächsten Jahr die Kosten der Arbeit unserer Initiative mitzutragen.

Das Kostenausgleichsverfahren

Seit 20 Jahren finanzieren wir uns über ein Kostenausgleichsverfahren. Dieses Verfahren wurde damals von Christian Czesla vorgeschlagen und erwies sich als das einzig Richtige bei einer Initiative, die bewusst als Netzwerk ohne feste Vereinsform angetreten war und daher nicht über Mitgliedsbeiträge und Spenden finanziert werden konnte. Das Kostenumlageverfahren schafft eine konkrete finanzielle Mitverantwortung der Beteiligten, die diese jeweils auf Zeit übernehmen.

Ein Jahresetat bildet die Grundlage, auf der jeder seinen eigenen Beitrag kalkulieren kann. Aufgrund der erwarteten Ausgaben wird das Defizit eingeschätzt, dass durch das Umlageverfahren gedeckt werden muss. Daraus ergibt sich ein Richtsatz, der aber nur eine allgemeine Orientierungsgröße darstellt. Real funktioniert das Ganze nur, wenn ein Solidarprinzip greift: Wer mehr vermag, überschreitet den Richtsatz, so dass für

andere ihren Portemonnaieverhältnissen entsprechende niedrigere Beiträge möglich werden. Es gilt das Prinzip der freien Selbsteinschätzung.

Besonders für neue TeilnehmerInnen am Umlageverfahren werden hier noch einmal die Details geschildert: Finanziert werden müssen die Sachkosten des Rundbriefs und ein entsprechender Einkommensbeitrag, durch den die von den Beteiligten für notwendig erachtete Dreigliederungsarbeit des Büros bzw. der Redaktion ermöglicht wird. Der Etat ist so aufgebaut, dass zunächst die Sachkosten der Zeitschrift und die dafür spezifizierten Kostenausgleichsbeiträge dargestellt werden. Für die Restkosten ergibt sich ein Defizit, das sich diejenigen teilen, die über diese reinen Sachkosten des Rundbriefs hinaus zur Finanzierung der Initiative beitragen wollen. Im neuen Jahr bekommen alle, die an der Umlage des Vorjahrs beteiligt waren eine Abrechnung über die Einnahmen und Ausgaben, zusammen mit einer Bescheinigung über den im Vorjahr übernommenen Anteil an den Selbstkosten der Initiative Netzwerk Dreigliederung. Bei einem verbleibenden Defizit besteht keine „Nachschusspflicht“, in diesem Fall bleibt also weitgehend nur der Weg der Einsparungen. Größere Überschüsse wurden bisher nicht erzielt, diese wären aber - anders als Spenden - rückforderbar, wenn sie nicht als Beitrag für das Folgejahr stehen gelassen würden.

Ergebnis 2009 und Etat 2010

Mit Dankbarkeit können wir feststellen, dass wir dieses Jahr die Etatziele vollständig erreichen werden und deshalb nicht wie im letzten Jahr Einsparungen vornehmen müssen. Die Etatansätze für 2010 konnten daher der Kostenentwicklung angepasst werden. Der neue Etat wird traditioneller Weise bei einem Treffen meist gegen Jahresende mit den anwesenden „Netzwerkern“, die sich dann über Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit austauschen, gemeinsam angeschaut. In diesem Jahr fand ein solches Treffen unter der Themenstellung „Wie wirkt man für den Impuls der Dreigliederung des sozialen Organismus?“ am 5. Dezember in der Freien Hochschule Stuttgart statt. Dort ist der vorgelegte Etat 2010 (siehe nächste Seite) einmütig gutgeheißen worden.

Ich bitte Sie herzlich darum mitzuhelfen, die gesteckten Ziele für das nächste Jahr zu erreichen! Überweisungen erbitten wir auf das Treuhandkonto Czesla, Konto Nr. 1161625 bei der BWV Bank, BLZ 60050101. Den Beitrag für die Zeitschrift (Richtsatz EUR 20,-) können Sie in Ihren Kostenausgleichsbeitrag einkalkulieren. Wir rechnen diese EUR 20,- dann für den Rundbrief an, so dass Sie nicht zwei Überweisungen tätigen müssen.

Wenn Sie Wert auf eine Kostenausgleichsbestätigung legen, ist es wichtig, dass der Überweisungstext eine klare Zuordnung ihrer Zahlung ermöglicht. „Freie Waldorfschule“ als Auftraggeber ohne weiteren Zusatz überfordert uns bei der Zuordnung natürlich.

Einzugsermächtigung - Bitte um Überprüfung

Bezieher in Deutschland können den Betrag auch per Lastschrift einziehen lassen. Das ist vor allem dann

Etat 2010

Kostenblock	Einnahmen	Ausgaben
Rundbrief	13.000 EUR	11.000 EUR
Sach- und Bürokosten, auch für Öffentlichkeitsarbeit		1.800 EUR
Reise-, Verpflegungs- und Unterbringungskosten		1.200 EUR
Gehaltsanteile und Honorare		24.000 EUR
Zusammen	13.000 EUR	38.000 EUR
Erwartete Unterdeckung		25.000 EUR

Dieser Betrag muss durch das Kostenausgleichsverfahren aufgebracht werden. Bei angenommenen 250 TeilnehmerInnen am Kostenausgleich würde das einen Mittelwert von 100 EUR bedeuten.

sinnvoll, wenn Sie uns über mehrere Jahre immer den gleichen Kostenbeitrag zukommen lassen möchten. Die Einzugsermächtigung muss den Betrag, die Kontonummer, Bank und Bankleitzahl enthalten. Sie können dazu das Formular unten auf Seite verwenden oder die Ermächtigung formlos schriftlich erteilen.

Bitte prüfen Sie nötigenfalls, ob Sie eine Einzugsermächtigung bereits erteilt haben: Leider erleben wir immer wieder, dass Menschen der Meinung sind, ihr Beitrag werde abgebucht, während in Wirklichkeit gar keine Einzugsermächtigung bei uns vorliegt. Wenn Sie unsicher sind, fragen Sie einfach bei uns an.

Auslandsüberweisungen

Seit Beginn des Jahres 2008 gibt es den einheitlichen europäischen Zahlungsraum (SEPA, Single Euro Payments Area). Durch ihn sind nun Überweisungen nicht nur innerhalb der EU-Mitgliedsstaaten, sondern auch von und nach Island, Liechtenstein, Norwegen und der Schweiz gleich günstig und schnell wie Inlandsüberweisungen. Dies gilt allerdings nur, wenn bei der Überweisung die IBAN Nummer in Verbindung mit dem BIC (Bank Identifier Code) verwendet wird. Die IBAN-Nummer des Treuhandkontos Czesla: DE 65 6005 0101 0001 1616 25 (BIC/SWIFT-Code: SOLA DE ST).

Für die Schweiz gibt es auch noch ein PostFinance-Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen e.V., von dem wir für das Netzwerk spezifizierte Überweisungen an das deutsche Netzwerkkonto weiterleiten können. Die Kontonummer lautet: 85-602381-6 (BIC: POFICHBEXXX, IBAN: CH20 0900 0000 8560 2381 6). Wem das alles zu kompliziert ist, kann natürlich auch einen Geldschein per Brief schicken.

Steuerliche Behandlung

Bitte beachten: Steuerlich ist der Kostenbeitrag **keine Spende**. Die Kostenbeiträge können bzw. sollten bei Menschen, Firmen und Institutionen, für welche die Beteiligung am Netzwerk in einem Zusammenhang mit ihrer beruflichen, gewerblichen Tä-

tigkeit steht, vielmehr als Werbungskosten bzw. als Betriebsausgaben steuerlich abgezogen werden.¹ Denn die am Netzwerk beteiligten Menschen, Firmen und Institutionen bilden faktisch eine Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR), die den Charakter einer reinen „Innengesellschaft“ - so der Fachausdruck - hat. Das bedeutet, dass sie nach außen hin (z.B. einem Finanzamt gegenüber) nicht selbstständig auftritt. Jeder Gesellschafter kann im Rahmen dieser Innengesellschaft die Verantwortung für einen nach eigenem Ermessen anzusetzenden Kostenbeitrag übernehmen.

Finanzierung der Zeitschrift

Wir verschicken wegen des damit verbundenen Aufwands in der Regel keine Mahnungen. Prüfen Sie daher bitte selbst, ob Sie Ihren Beitrag für 2009 bereits bezahlt haben. Ihren Beitrag können Sie selbst festsetzen. Der Richtsatz von EUR 20,- ist nur als Orientierung zu verstehen. Gerne senden wir Ihnen auch Probehefte zum Weitergeben.

¹ Wenn Sie hier ein Problem haben, dürfen Sie uns gerne wegen anderer Möglichkeiten, Dreigliederungsarbeit zu fördern, ansprechen.

Absender:

Name, Vorname

Straße

Land/Ort/PLZ

Tel./Fax/E-Mail

An die Initiative
Netzwerk Dreigliederung
Libanonstraße 3
D-70184 Stuttgart

Einzugsermächtigung

Hiermit ermächtige ich die Initiative Netzwerk Dreigliederung als Selbstkostenbeitrag bis auf Widerruf jährlich EURvon meinem Konto einzuziehen. Davon sollen EUR auf die Zeitschrift Sozialimpulse entfallen.

Konto-Nr:

Bankinstitut:

Bankleitzahl:

Ort/Datum Unterschrift



Individualität und soziale Verantwortung

Grundlagen und Praxis der Dreigliederung
des sozialen Organismus
Fortbildungsseminare für Tätige

Seminare 2010

Seminar, Freitag/Samstag, 26./27. März 2010
Forum 3, Gymnasiumstr 21, 70173 Stuttgart

Waldorfschule wohin?

**Profilbildung und Führung
in der Schulentwicklung**

Mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Walter Hutter,
Prof. Dr. Peter Loebell, Dr. Michael Ross u.a.

Mitveranstalter: Freie Hochschule Stuttgart -
Seminar für Waldorfpädagogik

Freitag, 26. März 2010

19.30: Öffnung des Tagungsbüros

20.00: Bildungswesen in Bewegung -
Herausforderungen für die Schulentwicklung
(Öffentlicher Vortrag von Udo Herrmannstorfer
mit Aussprache)

Samstag, 27. März 2010

08.30: Öffnung des Tagungsbüros

09.00 - 10.45: Braucht die Waldorfschule ein neues
Profil? (Prof. Dr. Walter Hutter, Freie Hochschule Stutt-
gart | Gesprächsarbeit im Plenum oder in Gruppen)

11.15 - 13.00: Schulentwicklung als
Führungsaufgabe in der Selbstverwaltung
(Vortrag Dr. Michael Ross | Gesprächs-
arbeit im Plenum oder in Gruppen)

14.30 - 16.15: Schulentwicklung in der
Praxis - am Beispiel Freier Waldorfschulen
(Erich Schneeweiß, FWS Heidenheim, u.a. |
Gesprächsarbeit im Plenum oder in Gruppen)

16.45 - 18.30 Forum: Konsequenzen für die
Lehrerbildung (Einleitung: Prof. Dr. Peter Loebell,
Freie Hochschule Stuttgart) - Abschluss

Teilnahmebeitrag für das ganze Wochenende:
EUR 100,- (ohne Unterbringung und Verpflegung).
Wer nur am öffentlichen Vortrag teilnimmt, wird
um einen entsprechenden Kostenbeitrag gebeten.
Für Studierende der Pädagogik und Mitarbeiten-
de der Freien Hochschule Stuttgart ist der Eintritt
frei. Verpflegung im Forum Café möglich.

Seminar, vorauss. Die/Mi, 8./9. Juni 2010
Ort und Programm werden noch bekannt gegeben

Betreute als Vertragspartner?

**Persönliches Budget:
Ausgangspunkt neuer Lebens- und
Zusammenarbeitsformen in
Heilpädagogik und Sozialtherapie?**

Mit Udo Herrmannstorfer, Dr. Michael Ross,
Mag. Friedrich Platzer u.a.

Arbeitstagung, Sa/So, 26./27. Juni 2010

Anthroposophisches Zentrum Kassel, Wilhelmshöher
Alle 261, 34131 Kassel

Öffentliche Verschuldung - Rettungsanker oder Katastrophe?

**Finanzierung gesellschaftlicher Aufga-
ben | Belastung der Zukunft? | Infla-
tion oder Deflation? | Wer profitiert?**

Mit Udo Herrmannstorfer, Prof. Dr. Harald Spehl,
Prof. Dr. Christoph Strawe und einem Finanzpolitiker

Samstag, 26. Juni 2010

09.30: Öffnung des Tagungsbüros

10.00 - 11.15: Ursachen und Erscheinungsformen
öffentlicher Verschuldung (Vortrag Prof. Harald Spehl)

11.45 - 13.00: Plenum

15.00 - 16.30: Wege und Irrwege aus der
Staatsverschuldung (Referat eines Finanzpolitikers,
weitere Beiträge)

17.30 - 18.30: Podiumsdiskussion mit einem Finanz-
politiker, Udo Herrmannstorfer und Harald Spehl.
Moderation: Christoph Strawe

20.00 Uhr: Konzepte für die Zukunft: Markt oder Staat oder was? Soziale Dreigliederung und assoziative Wirtschaft (Vortrag Udo Herrmannstorfer)

Sonntag, 27. Juni 2010

09.00 - 10.30: Konzepte für die Zukunft: Neue Wege zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben, Geld- und Steuerreform (Beiträge von Harald Spehl und Christoph Strawe)

11.00 - 12.30: Abschließendes Plenum

Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 120,-; Gemeinschaftsverpflegung EUR 28,-

Seminar, Fr, 30. Okt. bis So, 1. Nov. 2010

Rudolf Steiner Haus, Hügelstr. 67,
60433 Frankfurt am Main

Die Menschheit will ein Ganzes werden ...

Interkulturelle Begegnung als Anstoß zu individueller und sozialer Entwicklung

Vorträge: Udo Herrmannstorfer, Harald Spehl, Christoph Strawe. Rezitationen: Ulla Herrmannstorfer

Mitveranstalter: Anthroposophische Gesellschaft Frankfurt/M, Goethe-Zweig. Detailprogramm im Laufe des 1. Quartals 2010. Teilnahmebeitrag (ohne Unterbringung und Verpflegung) EUR 140,-; Gemeinschaftsvollverpflegung zusätzlich EUR 22,-

Organisatorisches

Frühzeitige Anmeldung erleichtert uns die Organisation. Sie erhalten eine Teilnahmebestätigung und weitere Informationen. Teilnahmegebühr möglichst jeweils vor Beginn des jeweiligen Seminars auf das Konto des Instituts für soziale Gegenwartsfragen Stuttgart überweisen (Kto.Nr. 123 86 000, GLS Gemeinschaftsbank, BLZ 430 609 67). Unterbringung und Verpflegung sind in der Teilnahmegebühr nicht enthalten. Kurzfristige Anmeldung und Zahlung der Teilnahmegebühr bei Tagungsbeginn möglichst nur im Einzelfall. Ermäßigungen sind im begründeten Einzelfall möglich, bedürfen jedoch der Rücksprache.

Anmeldung und weitere Infos:

Institut für soziale Gegenwartsfragen e.V.
Stuttgart, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart
Tel.: (+49) 0711 - 23 68 950,
Fax: (+49) 0711 - 23 60 218
E-Mail: Institut@sozialimpulse.de,
www.sozialimpulse.de

Lieferbare Rundbriefe

Bestellungen gegen Kostenbeitrag (Inland EUR 3,50 erbeten, Ausland 5,-) bei der Initiative Netzwerk Dreigliederung, Libanonstr. 3, 70184 Stuttgart, netzwerk@sozialimpulse.de.

- 3/92: Treuhandanstalt / Bildungsgutschein
- 2/94: Dreigliederungsbewegung und das „Superwahljahr“/ Die europäische Integrationsbewegung
- 3/97: Sternenvwelt und soziale Gestaltung / Arbeitslosigkeit
- 4/97: Medien - die vierte Gewalt?
- 1/98: Wirtschaftliche Zusammenarbeit als Hilfe zur Entwicklung? / Aktion mündige Schule
- 2/98: Die neue Rolle des Staates
- 3/98: Dreigliederungsbewegung 1917-1922 / Goethe
- 4/98: Euro / Sozialziele und Verfassung
- 1/99: Wie weiter mit den Sozialsystemen?
- 2/99: Kosovo / Grundgesetz
- 3/99: Leitbildarbeit / Grundrechte in Europa
- 1/00: Individualisierung der globalen Verantwortung / Demokratiebewegung / Bodenrecht
- 2/00: Quo vadis Europa? Im Ringen um eine Grundrechtecharta
- 3/00: Gestaltungsfelder in Aufgabengemeinschaften
- 4/00: Dreigliederung und Einzeleinrichtung
- 4/01: Zur Weltlage nach dem 11. September - Die soziale Fragen als regionale Frage - Kommunale Auswirkungen von GATS
- 1/02: „Eine andere Welt ist möglich“ (WSF Porto Alegre) - Dreigliederung und Viergliederung
- 2/02: Die Welt ist keine Ware. Dienstleistungen und geistiges Eigentum
- 3/02: Tendenzen: Rio + 10 - Globalisierung, Initiation und Dreigliederung - Das Verschwinden des physischen Eigentums
- 4/02: Vom Ganzen her denken. Konzeptuelle Bausteine einer menschengerechten Globalisierung
- 1/03: Krieg und Frieden - Cross-Border-Leasing - Europäischer Verfassungsvertrag
- 2/03: eGovernment und eDemokratie - Amerikas globale Verantwortung - Gesundheitswesen
- 3/03: Wie die WTO in Cancún entgleiste - Zivilgesellschaft - Freiheit als Gestaltungsprinzip des geistig-kulturellen Lebens
- 4/03: Nach Cancún: Wie weiter mit der Landwirtschaft - Freiheit und Selbstverwaltung - Aufgaben und Perspektiven der Dreigliederungsarbeit
- 1/04: Geist oder Empire? - Das Weltsozialforum als offener Raum
- 2/04: Zur Auseinandersetzung um die EU-Verfassung
- 3/04: Vernetzung als Organisationsform des sozialen Lebens - Public Public Partnership
- 2/05: Nach dem NEIN: Wie weiter mit Europa?
- 1/07: Neoliberalismus und Russland - Menschlicher und sozialer Organismus
- 2/07: Bodenrecht - EU zwischen Russland und USA - G8-Gipfel
- 4/07: Helmut Zanders Missverstehen der sozialen Dreigliederung - Russland - Christentum und Reinkarnationsgedanke
- 1/08: Entwicklungslinien im Verhältnis von Arbeit, Lohn und Preis - Marx heute, was bleibt von der Mehrwerttheorie?
- 2/08: Die Krise der Finanzmärkte
- 3/08: Die Zukunft der Selbstverwaltung
- 4/08: Nachhaltige Entwicklung
- 1/09: Impulse der sozialen Dreigliederung - Obama - Militarisierung
- 2/09: Risikokapital - 60 Jahre Grundgesetz - Darwinismus
- 3/09: Wirtschaftskrise - EU - „Jahrzehnt des Bewusstseins“

Studiengang Sozialentwicklung

Anmeldung
noch möglich !!!

Soziale Dreigliederung als Weg
zu Verständnis und Gestaltung sozialer Prozesse
Sozialqualifizierende berufsbegleitende Ausbildung

3. Durchgang, 6. Februar 2010 bis Januar 2012

1. Studienjahr

Arbeitswoche (6. - 12. Februar 2010)
Die sozialen Konsequenzen individueller
Mündigkeit: Grundlagen und Aktualität der
Dreigliederung des sozialen Organismus

Wochenendseminar (9./10. April 2010)
Selbstverwaltung und Eigenverantwortung:
Soziale Lebensprozesse und Organbildung

Wochenendseminar (11./12. Juni 2010)
Fähigkeiten, Intelligenz, Kreativität:
Die Kraft individueller Impulse im sozialen Leben.
Freiheit und Gesellschaft

Wochenendseminar (17./18. September 2010)
Bedarf, Arbeitsteilung, Finanzierung:
Solidarität als Gestaltungskraft wirtschaft-
licher Prozesse im sozialen Organismus

Wochenendseminar (5./6. November 2010)
Vereinbarung, Abstimmung, Regelung:
Gleichheit als Grundlage des Rechtslebens
in der Gesellschaft

Wochenendseminar (14./15. Januar 2011)
In Entwicklungen denken: Nachhaltige Entwicklung

2. Studienjahr

Arbeitswoche (13. - 19. Februar 2011)
Sozialgestaltung und Menschenverständnis -
Das Soziale als Übungsfeld menschlicher
Entwicklung

Wochenendseminar (1./2. April 2011)
Der Vertrag als Quelle modernen Rechts -
Der Rechtsstaat als Schutz- und Förderraum

Wochenendseminar (27./28. Mai 2011)
Perspektiven und Praxis des
assoziativen Wirtschaftens - Fragen der
Preis- und Einkommensbildung

Wochenendseminar
(16./17. September 2011)
Die Bedeutung des Eigentums für die
individuelle und soziale Entwicklung

Wochenendseminar (11./12. November 2011)
Die Neuordnung des Geldwesens

Verlängertes Wochenendseminar
(13.-15. Januar 2012)
Vom Ganzen her wollen (Arbeit, soziale Sicherung) -
Abschließende Intervention der Teilnehmer/innen

Das zweijährige Studienangebot richtet sich besonders an Verantwortungsträger in alternativen
Einrichtungen und zivilgesellschaftliche AktivistInnen, aber auch an allgemein Interessierte.

Verantwortlich: Udo Herrmannstorfer (Dornach), Mag. Friedrich Platzer (Wien), Dr. Michael Ross (Berlin),
Prof. Dr. Harald Spehl (Mainz/Trier), Prof. Dr. Christoph Strawe (Stuttgart).

Weitere Information und Anmeldeunterlagen:

Institut für soziale Gegenwartsfragen, Libanonstr. 3, D-70184 Stuttgart, Tel. (+49) 0711 - 23 68 950,
Fax 23 60 218, institut@sozialimpulse.de, www.sozialimpulse.de